Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der ATTAC-Bewegung (4. 09. 2009)

# Sand im Getriebe 76

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort.
Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

PDF-Version: **www.attac.de/aktuell/attac-medien/sig/** html-Version: **http://sandimgetriebe.attac.at** Mail an die Redaktion: **sig@attac.de**

# *Vorsicht!* Roll-Back?




Dunkle Wolken ziehen auf. Der erste Militärputsch in Lateinamerika seit vielen Jahren hat nur eine sehr lauwarme Kritik aus den westlichen Hauptstädten hervorgerufen, die USA planen weitere Basen in Kolumbien. In Afghanistan, Pakistan, und im Irak eskalieren Kriege und Gewalt. Die neue rechtradikale Regierung in Israel bereitet offen einen militärischen Überfall auf den Iran vor. Präsident Obama, ist angeschlagen wegen der rechten Opposition zur längst überfälligen Reform der Gesundheitsreform der USA.

Die linke Zeitschrift „Analyse und Kritik(AK)" titelt schon: „Eine andere Welt war möglich". Droht ein globaler Rückschlag für den viel versprechenden Aufschwung progressiver Bewegungen im letzten Jahrzehnt?

Die Weltwirtschaftkrise ist noch längst nicht zu Ende, und der Kampf darum, wer die Kosten dieser Krise zahlen soll, hat erst begonnen. **Robert Brenner** stellt die These auf, dass nicht nur die Finanzmärkte, sondern Planlosigkeit, Chaos und Ungleichheit in der Realwirtschaft das Kernproblem der gegenwärtigen Krise des Kapitalismus sind. **Bernd Riexinger** (Verdi) schlägt sieben Punkte eines: „*Gegenentwurfs zum Modell des finanzgesteuerten Kapitalismus*" vor.

Zum Putsch in Honduras betont **Via Campesina**: *„Die Krise in Honduras wird das Schicksal der gesamten Region und ihrer Völker bestimmen. Ihr Ausgang wird internationale Auswirkungen haben"*
Für **Attac Frankreich** ist *„der Mut, mit dem die Menschen in Honduras für die Demokratie kämpfen, bewundernswert, und attac erklärt ihnen seine volle Solidarität."* Beklagt wird *„die an Unterstützung grenzende politische Zurückhaltung Washingtons…. Die Stationierung US-amerikanischer Militärs auf sieben kolumbianischen Stützpunkten, die der kolumbianische Präsident Alvaro Uribe dem Pentagon gestattet hat, ist eine Provokation gegenüber ganz Südamerika und insbesondere gegenüber Ecuador und Venezuela.."*

Mehrere Beiträge dieser Nummer befassen sich mit der Situation im Iran und mit der sich gefährlich zuspitzenden Situation im Nahen Osten: *„Es entsteht eine Vorkriegsstimmung. Das ist höchst gefährlich. Von Nahost bis Mittelost darf nicht gezündelt werden!"* Stimmen aus der **Friedensbewegungen** warnen vor den katastrophalen Folgen eines israelischen Angriffs auf Iran. **Matthias Jochheim (IPPNW)** fasst in einem weit ausholenden Beitrag auf der Sommerakademie von Attac-D die gefährliche Lage im Nahen Osten zusammen. *„Mit hoher Wahrscheinlichkeit würde ein Krieg gegen Iran das Irak-Debakel an politischer Sprengkraft noch in den Schatten stellen"* Er fordert von der deutschen Bundesregierung den sofortigen Stopp der Waffenlieferungen der BRD in die Krisenregion und eine neue Nahostpolitik, die Egon Bahrs Einsicht berücksichtigt, dass „Sicherheit nur gemeinsam erreicht werden kann, für alle Seiten in einer Konfliktregion". In diesem Zusammenhang hat der Ratschlag von Attac-D zur Solidarität mit den friedlichen Protesten gegen den Bau der Mauer in Bil´in aufgerufen.
**Attac-Schweiz** unterstützt eine Volksinitiative für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten!
*„Neutralität und humanitäre Tradition der Schweiz werden [sonst] zu leeren Phrasen."*
Die ehemalige Abgeordnete des afghanischen Parlaments, **Malalai Dschoja**, stellt zur Eskalation des Krieges in ihrem Land enttäuscht fest: *„Bis heute verfolgt Obama die gleiche Afghanistan-Politik wie zuvor Bush… Je länger die Besatzung dauert, desto schlimmer wird der Bürgerkrieg werden. Das afghanische Volk will Frieden. Die Geschichte zeigt, dass wir uns gegen Besatzungen und Dominanz von außen immer gewehrt haben. Wir wünschen uns eine helfende Hand in Form von internationaler Solidarität."*

Im globalen Kampf um die Sicherung von Rohstoffen und billigen Arbeitskräften finden zunehmend militärische Interventionen und Einmischungen in die inneren Angelegenheiten anderer Länder statt, vor allem in Länder des globalen Südens. Solche Interventionen verlangen nach einer ideologischen Rechtfertigung. Ein Versuch besteht in dem Vorschlag, mit R2P, „Responsibility to protect" das Völkerrecht „weiter" zu entwickeln. Was sich dahinter verbirgt, wird in der UNO heftig debattiert. Wir haben zwei Beiträge zu diesem Thema übersetzt: die Rede des kenianischen Dichters **Ngugi wa Thiongo** vor der UNO-Vollversammlung und eine ausführliche Erklärung des Veteranen der globalisierungskritischen Bewegung **Noam Chomsky**.

Entschieden ist nichts. Die Verschiebungen im globalen Kräfteverhältnis gehen ununterbrochen weiter. So beurteilt Yoko Akimoto von **Attac Japan** die Wahlen in Japan mit ihrem Erdrutsch in die linke Mitte als positiv, weil nun wohl einige neoliberale Konzepte überwunden werden und die Unterwürfigkeit den USA gegenüber ersetzt wird durch engere Zusammenarbeit mit den asiatischen Nachbarn.: *„Diese neue Politik ist eine einmalige Chance für uns als soziale Bewegung"*. Auch in Deutschland sickert die Kapitalismuskritik allmählich in den politischen Mainstream der Gesellschaft durch und wird in neuartigen Wahlergebnissen sichtbar. Vielleicht steht ein heißer Herbst bevor, dann, wenn die Lasten der Krise auf die Werktätigen abgewälzt werden sollen und diese rufen: „Wir zahlen nicht für eure Krise".

***Wir bedanken uns für die Übersetzungen durch die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von coorditrad!***
***Coorditrad braucht noch Unterstützung! www.coorditrad.attac.org***



**Die Redaktion dieser Nummer: Marie-D. Vernhes und Peter Strotmann (Attac Deutschland)**
**- Barbara Waschmann (Attac Österreich) - Maurizio Coppola (Attac Schweiz)**

# Bernd Riexinger

# Perspektiven des Protestes

## Wie weiter nach den Demonstrationen in Frankfurt und Berlin?

Am 28.3.2009 mobilisierte ein mehrheitlich links und antikapitalistisch orientiertes Bündnis 55.000 Menschen auf zwei bundesweite Demonstrationen in Berlin und Frankfurt unter dem Motto "Wir zahlen nicht für eure Krise". Am 16.5. brachte der DGB auf einer ebenfalls bundesweiten Demonstration immerhin 100.000 Menschen auf die Straße und strafte damit die aus den eigenen Reihen kommende Behauptung Lüge, man könne innerhalb von sechs Wochen nicht zwei Demonstrationen organisieren.
Das wird auch der Fall sein, wenn die IG Metall am 5. September eine Großveranstaltung in der Commerzbank-Arena in Frankfurt/Main und ver.di am 12. September einen bundesweiten Aktionstag zum gesetzlichen Mindestlohn durchführt.

Aber von diesen Ereignissen abgesehen, ist zurzeit wenig zu hören, wie denn die Proteste weitergehen sollen und welche politische Perspektive diese bekommen sollen. Besteht gar die Gefahr, dass die Großdemonstration in Berlin bereits wieder den Abgesang der gewerkschaftlichen Proteste markierte, ähnlich wie 2004 nach den Großdemonstrationen am 3. April gegen die Agenda 2010?
Das wäre fatal, denn die eigentliche Rechnung für die Finanz- und Wirtschaftskrise wird sowohl der Mehrheit der Bevölkerung als auch den Gewerkschaften unmittelbar nach den Bundestagswahlen präsentiert werden. Der Vorschlag des DIW-Präsidenten Klaus Zimmermann, die Mehrwertsteuer auf 25% zu erhöhen, oder die Debatte auf dem Ärztetag zur Amputation des gesetzlichen Gesundheitssystems bilden lediglich die Vorboten dessen, was uns erwartet. Die bevorstehenden Verteilungsauseinandersetzungen werden auch vor den Löhnen und Arbeitsbedingungen nicht halt machen. Die Gewerkschaften müssen sich heute schon auf diese Auseinandersetzungen vorbereiten, wenn sie nicht erneut in die Defensive geraten wollen. Dabei geht es sowohl um die inhaltlichen Perspektiven als auch um die Erweiterung der gewerkschaftlichen Kampfformen. Zu beidem sollen nachfolgend konkrete Vorschläge gemacht werden. Zuvor soll jedoch vor einigen gefährlichen Mythen und Fehleinschätzungen gewarnt werden.

**Es gibt keine gemeinsamen Interessen, aus der Krise herauszukommen**

War zu Beginn der Finanzkrise die wirtschaftliche und politische Klasse noch geschockt über den drohenden Zusammenbruch des gesamten Finanzsystems und die Blamage des neoliberalen Politikmodells, so ist diese kurze Phase bereits wieder Geschichte und die Brandstifter betätigen sich ungeniert und ungestört als Feuerlöscher. Es belegt, wie überrascht und z. T. sprachlos die Gewerkschaften waren, dass sie diese kurze Phase nicht für eine sofortige Kampagne gegen die vorherrschende Politik und zumindest den finanzgesteuerten Kapitalismus und seine wichtigsten Repräsentanten genutzt haben. Die gleichen Akteure, die der neoliberalen Doktrin der Deregulierung jahrelang gefolgt sind, werden jetzt nicht müde, die Bedeutung des Staates bei der Krisenbewältigung zu betonen. Nachdem sie tatkräftig dabei mitgeholfen haben, dass im wirtschaftlichen Aufschwung zugunsten des Kapitals umverteilt wurde, werden sie jetzt in der Krise unter veränderten ideologischen Vorzeichen ebenso tatkräftig mithelfen, dass die Lasten auf die Mehrheit der Bevölkerung abgewälzt werden.

Das ideologische Einfallstor dafür ist die These, dass wir jetzt gemeinsam aus der Krise herauskommen müssen. Regierung, Wirtschaft und Gewerkschaften müssten alle am gleichen Strang ziehen und alles dafür tun, dass die Wirtschaftsmotoren wieder in Gang gesetzt werden. Für diese Art der "Krisenbewältigung" sind die deutschen Gewerkschaften durchaus anfällig, wie die vielfachen Zugeständnisse bei der "Rettung" und "Sanierung" von Betrieben einerseits und die Beteiligung am aktiven Regierungshandeln andererseits belegen. Diese Art von Politik wird jedoch im Ergebnis höchstens dazu führen, dass die sozialen Standards, Löhne- und Arbeitsbedingungen nach der Krise deutlich schlechter als vor der Krise sein werden. Vielmehr müssen die Gewerkschaften im Verlauf des gesamten Krisenprozesses deutlich machen, dass sich ihre Lösungen diametral unterscheiden von denen der Wirtschaft und ihrer politischen Vertreter, und dass sie nur durch politische Mobilisierung durchgesetzt werden können. Nicht durch politische Anschlussfähigkeit an eine wie auch immer zusammengesetzte Bundesregierung nach dem 27. September.

**Die Krise ist kein vorübergehender Betriebsunfall**

Genau so wenig wie die Apologeten der neoliberalen Wirtschaftspolitik und die berufsmäßigen Ideologieproduzenten in der Lage waren, das Heraufziehen der Krise zu erkennen, so wenig dürfen wir ihrem berufsmäßigen Optimismus vertrauen, der jedes kleinste Anzeichen der wirtschaftlichen Besserung in einen bevorstehenden wirtschaftlichen Aufschwung umdeutet.
Die Gewerkschaften sind gut beraten, wenn sie sich auf einen längeren Krisenprozess einstellen. Wir erleben gerade die größte Finanz- und Wirtschaftskrise der Nachkriegsgeschichte, die nicht durch ein paar Konjunkturprogramme in einen erneuten Aufschwung münden wird. Viele sprechen zu Recht von einer Systemkrise des Kapitalismus. Die klassischen "Lösungsmechanismen" im Kapitalismus sind einerseits Vernichtung des überakkumulierten Kapitals, andererseits Erhöhung der Mehrwertrate durch Senkung der Löhne und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, um so ein neues Akkumulationsmodell hervorzubringen. Dieser Prozess verläuft in der Regel selbst krisenhaft. Die Opfer auf Seiten der Beschäftigten, Erwerbslosen, Rentner/innen und ihren Familien werden umso größer, je geringer die Bereitschaft der Gewerkschaften zur Gegenwehr ausgeprägt ist und je weniger sie im Bündnis mit den linken Kräfte und sozialen Bewegungen in der Lage sind, einen alternativen Gegenentwurf hervorzubringen und gesellschaftlich durchzusetzen. Diese Aufgabe ist umso drängender, je mehr sich die Finanz- und Wirtschaftskrise mit der nicht mehr zu leugnenden Klima- und weltweiten Hungerkrise verschränkt. Ein "weiter so" des bestehenden Produktions- und Lebensmodells würde die längst überhandnehmenden Destruktivkräfte des Kapitalismus nur noch mehr verstärken.

**Die veränderte Rolle des Staates stärkt nicht den Einfluss der Gewerkschaften**

Es wäre eine große Illusion zu meinen, dass die neoliberale Politik der vergangenen Jahre durch eine für die Gewerkschaften freundlichere staatliche Interventionspolitik abgelöst würde. Die Sozialisierung der Verluste ist weder Sozialismus noch eine soziale Variante des Kapitalismus. Die Art und Weise, wie das Finanz- und Bankensystem staatlich gestützt und deren Risiken auf die Bürger/innen abgewälzt wird, ist nicht nur die teuerste Variante, sondern auch diejenige, die die bestehenden Strukturen nur leicht modifiziert sichern soll. Die Kräfteverhältnisse haben sich nicht zugunsten der Gewerkschaften verändert. Weil sich alle politischen Parteien, ausgenommen die LINKE, mehr oder weniger einig

sind, die Reichen, Vermögenden und Kapitalbesitzer nicht zu belasten, werden die Staatsfinanzen durch die zunehmende Verschuldung und das Wegbrechen der Steuereinnahmen gewaltig unter Druck kommen. Schon heute setzen viele Kämmerer angesichts des zu erwartenden Einbruches bei der Gewerbesteuer den Rotstift an die städtischen Haushalte. Die öffentliche Daseinsvorsorge und die öffentlich Beschäftigten werden dies im Herbst zu spüren bekommen. Deshalb ist es nicht hoch genug einzuschätzen, dass ver.di trotz Krise einen Konflikt für bessere Bezahlung und Gesundheitsschutz der Beschäftigten in den Sozial- und Erziehungsdiensten führt und Streiks organisiert, um diese Forderungen durchzusetzen.

Insgesamt müssen die Gewerkschaften den Staat als umkämpftes Feld begreifen, auf dem sie nur Terrain gewinnen können, wenn sie die Kräfteverhältnisse zu ihren Gunsten verändern. Das bedeutet in erster Linie, das politische Mandat offensiv wahrzunehmen und massiven Druck auf die politischen Kräfte auszuüben. Die Option des politischen Streikes darf nicht länger ein Tabu sein.

**Retten, was zu retten ist, ersetzt keine politische Perspektive**

Vom IG Metall-Vorsitzenden Berthold Huber stammt der Satz: "Die Macht der IG Metall liegt in den Betrieben, nicht auf der Straße." Linke Gewerkschafter haben diesen Satz etwas umgewandelt in: "Die Macht der Gewerkschaften liegt in den Betrieben und auf der Straße." Es soll an dieser Stelle nicht angezweifelt werden, dass sich die Stärke der Gewerkschaften in allererster Linie in den Betrieben definiert. Es wäre sogar zu wünschen, dass der betriebliche Widerstand gegen Arbeitsplatzabbau, Kürzung von Löhnen und Sozialleistungen, Betriebsverlagerungen u.v.a. an Fahrt, Radikalität und Dynamik zunimmt. Unter dem Druck von Standortschließungen und Massenentlassungen greift jedoch Konzessionspolitik um sich. Unter dem Motto "Retten, was zu retten ist" werden alle möglichen Zugeständnisse gemacht, um Entlassungen zu verhindern oder zumindest zu begrenzen. Das ist verständlich, doch in der Gesamtschau wird das nur zu einem neuen Wettlauf nach unten führen. Unter den Bedingungen der Krise sind gerade den rein betrieblichen Handlungsmöglichkeiten enge Grenzen gesetzt. Die Stärke in den Betrieben kommt in erster Linie dann zur Entfaltung, wenn die betrieblichen und tariflichen Auseinandersetzungen mit den politischen Forderungen und Perspektiven verschränkt werden. Dabei gilt es, die Mobilisierung in den Betrieben und auf der Straße zu verstärken.

**Perspektiven für die Gewerkschaften**

Kapitalismuskritische Erklärungen der Krise drängen die Gewerkschaften nicht in die Rolle von Sektierern und Revolutionsromantikern. Eine grundlegende Kritik an der Logik von Profitwirtschaft, Konkurrenz, freien Märkten und der Unterordnung der Menschen unter die Zwänge der Kapitalverwertung würde den gewerkschaftlichen Positionen eine größere Schlagkraft verleihen. Zumindest eine fundierte Kritik am finanzgesteuerten Kapitalismus können wir von den Gewerkschaften erwarten, ohne dass dabei die Illusion genährt wird, dass die so genannte Soziale Marktwirtschaft (als Gegenentwurf zum Sozialismus) wieder auferstehen wird.

Wenn wir von den Gewerkschaften in ihrem derzeitigen Zustand also nicht erwarten können, dass sie sich an die Spitze einer sozialistischen Bewegung setzen, die aktuell auch nicht in Sicht sein dürfte, so werden sie dennoch nicht auf einen überzeugenden Gegenentwurf zum Modell des finanzgesteuerten Kapitalismus verzichten können. Das Ziel eines Systemwechsels oder – um mit Elmar Altvater zu sprechen – "eines Modellwechsels" ist unausweichlich, wenn die Gewerkschaften ihre Bedeutung als gesellschaftlich ernstzunehmende Kraft nicht verlieren wollen.

Aus heutiger Sicht müsste sich ein solcher Gegenentwurf an folgenden Grundlinien orientieren:

1. Massive Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten – Reiche, Vermögende und Kapitalbesitzer müssen zahlen.

2. Zurückdrängen von Markt und Wettbewerb durch Ausbau des öffentlichen und gemeinwohlorientierten Sektors.

3. Schutzschirm für die Menschen.

4. Regulierung und Verstaatlichung des Finanzsektors.

5. Vergesellschaftungsprozess vorantreiben – Wirtschaft und Gesellschaft demokratisieren.

6. Ressourcensparende und ökologische Wirtschafts- und Lebensweise aufbauen.

7. International soziale, demokratische und ökologische Standards durchsetzen.

**1. Umverteilung von oben nach unten**

Zwischen den meisten linken Ökonomen besteht Einigkeit, dass die massive Umverteilung von den Löhnen zu den Gewinnen und die entsprechende staatliche Umverteilung eine Ursache der gigantischen Ausdehnung und "Verselbständigung" der Finanzmärkte ist. Nach Berechnungen der Wirtschaftsabteilung von ver.di beträgt diese in den letzten zehn Jahren jeweils 500 Mrd. Euro. In Deutschland ist nicht nur die Lohnquote stetig gesunken, die Reallöhne sind ebenfalls ins Minus gefallen. Besonders deutlich macht sich das bei den unteren Lohngruppen bemerkbar. Für die Rückumverteilung von oben nach unten gibt es relativ präzise Vorstellungen, wie die Einführung einer Millionärssteuer, die nachhaltige Besteuerung großer Vermögen, die Erhöhung des Spitzensteuersatzes oder die Erhöhung der Erbschaftssteuer. Die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn soll eine untere Grenze für die Löhne einziehen. Die Höhe von 7,50 Euro, die bereits seit sieben Jahren unverändert gefordert wird, müsste in Richtung 10 Euro erhöht werden. Damit könnte diese Forderung zusätzlichen Drive bekommen, weil deutlich mehr Beschäftigte davon profitieren würden.

Die gewaltigen Umverteilungsprozesse – verstärkt und begünstigt durch die neoliberale Politik der letzten 20 Jahre – haben die Gewerkschaften gewaltig in die Defensive gebracht. Ohne eine Rückumverteilung gibt es keine Spielräume für linke Reformprojekte. Im Gegenteil, spätestens nach der Bundestagswahl wird in jeder zu erwartenden politischen Konstellation den Beschäftigten, Erwerbslosen und Rentnern die Zeche präsentiert werden. Entscheidend ist, dass die Gewerkschaften den stattfindenden Verteilungskampf mit offensiven Forderungen und einer gut vorbereiteten Kampagne führen. Er wird eindeutig auf dem Feld der außerparlamentarischen Aktivitäten geführt werden müssen, und zwar in der Verbindung von Tarif- und politischen Auseinandersetzungen.

**2. Ausbau des öffentlichen und gemeinwohlorientierten Sektors**

Ein wesentliches Element der neoliberalen Politik war und ist die Privatisierung von öffentlichen Einrichtungen und Dienstleistungen. Bereits in den 1990er Jahren wurden die Energieversorgung, Post und Telekommunikation privatisiert. Durch die politisch gewollte Finanzmisere der Kommunen verkauften viele Städte und Gemeinden ihre Krankenhäuser, Stadtwerke, privatisierten die Müllabfuhr oder die Wasserversorgung. Mittlerweile haben nahezu alle erkannt, dass Privatisierung nicht zur Wohlstandsvermehrung der breiten Bevölkerung beigetragen hat. Die These, dass Markt und Wettbewerb der öffentlichen Steuerung überlegen sind, hat sich vor der Wirklichkeit mehr als blamiert. Die Re-Kommunalisierung bereits privatisierter Bereiche und der massive Ausbau des öffentlichen und gemeinwohlorientierten Sektors könnte eines der wichtigsten Zukunftsprojekte der Gewerkschaften, insbesondere von ver.di und GEW sein, das sowohl die Beschäftigten im öffentlichen

Sektor, als auch die betroffenen Einwohner/innen mobilisieren kann.

Die Forderung nach Ausbau des öffentlichen Sektors paart sich auch mit der Misere im Bildungssystem, den Defiziten in der Gesundheitsversorgung und der Notwendigkeit einer verstärkt ökologischen Orientierung. Die beeindruckenden Bildungsstreiks, die z.B. in Stuttgart gemeinsam mit Erzieher/innen organisiert wurden, geben eine Vorahnung, welche gesellschaftlichen Bündnisse die Gewerkschaften auf diesem Feld schließen können. Außerdem brechen Monat für Monat Teile der industriellen Produktion zusammen. Der öffentliche Sektor könnte dies ganz oder teilweise auffangen. Alle Vergleiche zeigen, dass Deutschland im Vergleich z.B. zu den nordischen Ländern gerade mal über die Hälfte an öffentlich Beschäftigten, umgerechnet auf 1.000 Einwohner, verfügt. Der Ausbau öffentlicher Beschäftigung, verbunden mit der Forderung nach einem grundlegend anderen und besseren Bildungssystem, dem Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge und ökologischem Umbau, wäre ein wichtiger Baustein in Richtung bedarfsorientierte Wirtschaft. Voraussetzung ist, dass die Markt- und Wettbewerbsorientierung der öffentlichen Daseinsvorsorge, die durchaus auch die ÖTV und Teile von ver.di mitgemacht haben und vielleicht immer noch mitmachen, kritisiert und zurückgedrängt wird. Außerdem muss der öffentliche und gemeinwohlorientierte Sektor finanziell deutlich besser ausgestattet werden. Insofern verbindet sich diese Position mit der Frage der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Sinnvoll ist es, dieses Projekt mit Konzepten höherer Bürger/innendemokratie zu verknüpfen (Bürgerentscheide, Bürgerhaushalte usw.).

Der Kampf gegen Privatisierung, für Re-Kommunalisierung und Ausbau des öffentlichen Sektors ist durchaus als europäisches oder gar internationales Projekt der Gewerkschaften geeignet, gehört die Liberalisierung und Wettbewerbsorientierung doch geradezu zum Credo der vorherrschenden Politik der EU.

### 3. Schutzschirm für die Menschen

Belegschaften, die ganz konkret gegen Entlassungen oder Betriebsschließungen kämpfen, fordern in aller Regel statt eines Schutzschirms für die Banken einen für die Menschen oder zumindest für die Arbeitsplätze. Einmal davon abgesehen, dass der Kapitalismus einen solchen Schutzschirm nicht bieten kann, steckt dahinter die richtige Erkenntnis, dass der Staat, der hunderte von Milliarden für das marode Finanzsystem zur Verfügung stellt, sich nicht blind gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen und damit der Existenz von zigtausenden von Menschen zeigen darf. Zwar kippt dieses Verständnis gerade um, wie wir im Fall Arcandor sehen können, was aber damit zu tun hat, dass das staatliche Handeln, beschränkt auf die Feuerwehrrolle zur Unternehmensrettung, kein überzeugendes Konzept darstellt.

Die klassische "Lösung" von Krisen im Kapitalismus geschieht durch die massenhafte Vernichtung von Kapital, sprich Standortschließungen, Insolvenzen, Teilbetriebsschließungen oder Auslagerungen usw., damit der überlebende Rest wieder akkumulieren kann. Die aufgebaute Überproduktion von Autos, Verkaufsfläche usw. wird so auf die inhumanste Art und Weise abgebaut, indem zahlreiche Arbeitsplätze vernichtet und damit Millionen von Menschen die Existenzgrundlage entzogen werden.

Überkapazitäten können aber auch durch radikale Arbeitszeitverkürzung abgebaut werden. Gerade in der Krise erweist es sich als Fehler, dass die Gewerkschaften das gesellschaftliche Projekt der Arbeitszeitverkürzung aufgegeben und relativ unkritisch zugelassen haben, dass die Arbeitszeit verlängert, entgrenzt und dereguliert wurde. Die von linken Gruppen relativ schematische Forderung nach der 30 Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich hat jedoch kaum eine Chance, aufgegriffen zu werden, weil sie den ums Überleben kämpfenden Betrieben eine solche hohe Kostenbelastung aufzwingen würde, dass deren Überleben noch mehr in Frage gestellt wird.

Deshalb müssen die Gewerkschaften die Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich zu einem gesellschaftlichen Projekt machen. Statt sich auf die Verlängerung von Kurzarbeit zu beschränken, könnte der Staat Arbeitszeitverkürzung finanziell unterstützen, wie das z.B. die Memorandum-Gruppe fordert. Hierzu könnten gesellschaftliche Fonds aufgebaut werden, die insbesondere personalintensiven Betrieben Zuschüsse für Arbeitszeitverkürzung gewähren, mit Geldern, die von kapitalintensiven und hoch profitablen Konzernen geholt werden. Diese gesellschaftliche Arbeitszeitverkürzung müsste mit dem Schutz vor Entlassungen oder zumindest deren erhebliche Erschwernis verbunden werden. Wenn die Gewerkschaften bei der Arbeitszeit wieder in die Offensive kommen wollen, müssen sie die Arbeitszeitverkürzung zu einem gesellschaftlichen Projekt machen, das politisch durchgesetzt werden muss. Einen Anfang könnte ver.di beim öffentlichen Dienst in der im Januar kommenden Jahres beginnenden Tarifrunde machen. Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Dienst wäre nicht nur eine Tarifforderung, sondern eine politische Auseinandersetzung um die zukünftige Gestaltung der Arbeitszeit. Zur Arbeitszeitpolitik zählt auch die Forderung nach Abschaffung der Rente mit 67, verbunden mit der finanziellen Aufstockung der Renten.
Zum Schutzschirm für die Menschen gehören natürlich auch Forderungen wie die Abschaffung der Hartz-Gesetze und die Aufstockung von ALG II auf 500 Euro sowie die Abschaffung der heute damit verbundenen Repressionen, die erhebliche Begrenzung der Leiharbeit, die Abschaffung prekärer Arbeitsverhältnisse und die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns. Die Agenda 2010 muss rückgängig gemacht und durch ein neues existenzsicherndes System der sozialen Grundversorgung abgelöst werden.

### 4. Banken vergesellschaften und Regulierung des Finanzsektors

Die Kontrolle der Banken ist nicht oder nur begrenzt möglich, wenn sie nicht tatsächlich vergesellschaftet und in öffentliches Eigentum überführt werden. Dass dies nicht einmal bei den Banken passiert, die mit staatlichen Bürgschaften und Krediten vor dem Zusammenbruch bewahrt bleiben (z.B. Commerzbank), verdeutlicht, dass der herrschende Block nicht daran denkt, in diese Richtung zu gehen. Es wird allerhöchstens etwas mehr Aufsicht und Kontrolle geben, um der Selbstvernichtung des Finanzsystems entgegenzuwirken. So geht die Gründung einer so genannte Bad-Bank fast ohne großen gesellschaftlichen Widerstand über die Bühne. So werden bereits wieder die Grundlagen für die nächste Krise geschaffen, während die aktuelle noch längst nicht überwunden ist.

### 5. Wirtschaft und Gesellschaft demokratisieren

Der Vergesellschaftungsprozess der Ökonomie ist soweit vorangeschritten, dass sie nur der massive Eingriff des Staates vor dem Zusammenbruch rettet. Oder um mit Marx zu sprechen: Die weitere Entwicklung der Produktivkräfte gerät in Widerspruch zu den bestehenden Produktionsverhältnissen. Natürlich greifen die politischen Akteure von der CDU bis zur SPD oder den Grünen nur ein, um den Patienten zu retten und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass in den bisherigen Bahnen weitergemacht werden kann. Vielleicht wird der Staat dabei mit einer wieder stärkeren Rolle versehen. Aber auch das ist noch nicht ausgemacht. Der übliche Ausspruch, dass der Staat nicht der bessere Unternehmer ist, drückt aus, dass an eine nachhaltige steuernde Rolle des Staates oder gar an eine Vergesellschaftung wichtiger Schlüsselindustrien nicht gedacht ist.

Gerade das sollten die Gewerkschaften jedoch fordern. In diese Richtung geht z.B. der Vorschlag, Opel zu verstaatlichen und daraus einen umweltfreundlichen Mobili-

tätskonzern zu machen. Der Prozess der Vergesellschaftung muss verbunden werden mit den Anforderungen, eine stärker bedarfsorientierte, umweltverträgliche und geplante Ökonomie aufzubauen, als Gegenstück zum Modell des marktliberalen finanzmarktgesteuerten Kapitalismus. Ansatzpunkte gibt die permanente Debatte darüber, wo der Staat eingreifen soll und wo nicht. Diese Debatte müsste von den Gewerkschaften in Richtung eines höheren Vergesellschaftungsgrades und mehr wirtschaftliche Demokratie vorangetrieben werden.

Verstaatlichung allein ist sowenig Sozialismus wie die Sozialisierung der Verluste. Die Lenkung der Betriebe durch eine Staatsbürokratie stößt zu Recht bei der Bevölkerung auf großes Misstrauen. Deshalb müssten diese Positionen mit der Forderung nach mehr Demokratie und Mitbestimmung (auf dem Weg zur Selbstbestimmung) verbunden werden. Die Idee der IG Metall-Verwaltungsstelle Esslingen, auf der regionalen Ebene Wirtschafts- und Sozialräte einzurichten, die über die Verwendung der Mittel aus den Konjunkturprogrammen entscheiden, geht in diese Richtung, ebenso die Einführung von Vetorechten der Betriebsräte bei der Verlagerung von Standorten. Natürlich heben solche Forderungen die Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktion nicht aus den Angeln, aber sie bieten doch wichtige Ansatzmöglichkeiten, die Interessen der Beschäftigten wirkungsvoller zu vertreten, und gehen grundsätzlich in die Richtung, dass die Produzenten über die Produktion und Verteilung entscheiden sollen.

**6. Ökologische Wirtschafts- und Lebensweise aufbauen**

Wie bereits erwähnt verschränkt sich die Finanz- und Wirtschaftskrise mit einer Klima-, Umwelt- und auch Hungerkrise. Zwischenzeitlich müssen eine Milliarde Menschen hungern und gerade in den Hungerregionen dieser Erde ist die ökologische Zerstörung am weitesten vorangeschritten. Eine Fortsetzung unseres ressourcenfressenden und ökologisch belastenden Systems wäre verheerend. Kein Zweifel, es liegt in der Natur des Kapitalismus, die Kosten dieser Produktion auf die Gesellschaft und Natur abzuwälzen.

Eine ressourcenschonende und ökologische Produktions- und Lebensweise ist nur herstellbar, wenn diese Externalisierung gesellschaftlich reglementiert wird und klare Vorgaben gemacht werden. Das bedeutet massiven Eingriff in die Marktmechanismen. Die Gewerkschaften müssen die Debatte über eine zukunftsorientierte ökologische und ressourcenschonende Produktionsweise aufgreifen und dem "weiter so" eine klare Absage erteilen. Es wird ihr Beitrag sein müssen, die soziale und Arbeitsplatzfrage mit der Ökologiefrage zu verbinden.

**7. Internationale Standards durchsetzen**

Politisch müssen sich die Gewerkschaften, insbesondere die Industriegewerkschaften, vom Gedanken lösen, dass eine Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen der nationalen Industrie auch den Beschäftigten nützt – unter dem Motto, es ist uns lieber, ein Opel-Werk wird in Belgien geschlossen als in Deutschland. Auf diesem Klavier spielt die Bundesregierung, wenn sie immer davon redet, dass die deutsche Wirtschaft gestärkt aus der Krise herauskommen wird. Auf diesem Wege wird der Druck auf die Löhne, Sozialsysteme und Arbeitsbedingungen nur ständig erhöht. Der Kampf um internationale soziale, demokratische und ökologische Standards ist eine Alternative zu dieser Politik.

Die Internationalisierung der Gewerkschaften wird am besten durch konkrete Projekte und länderübergreifende Organisation der sozialen Kämpfe vorangetrieben. Folgende Projekte wären dafür geeignet:
– Kampf gegen Privatisierung und für den Ausbau des öffentlichen Sektors. Hier könnten die Gewerkschaften ein Gegenmodell zum kapitalistischen Wettbewerbsstaat entwickeln und dafür konkrete gemeinsame Forderungen entwickeln. Die EU wäre dafür ein geeignetes Feld.
– Die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung könnte international eine glaubwürdige Gegenposition gegen Standortschließungen und Arbeitsplatzvernichtung aufbauen.
– Ebenso ist die Forderung nach Vergesellschaftung und Regulierung des Finanzsektors eine internationale Angelegenheit, denn dieser Bereich ist sehr stark globalisiert.

## Gewerkschaften müssen sich neu aufstellen

Die Gewerkschaften müssen damit rechnen, dass spätestens nach den Bundestagswahlen die Angriffe auf die Tarifverträge und Sozialsysteme zunehmen. Das weitgehend widerstandslose Durchwinken der Schuldenbremse wird die Handlungsmöglichkeiten des Staates weiter einschränken und den Druck auf die Sozialsysteme, aber auch auf die Beschäftigten im öffentlichen Dienst konstant erhöhen. Auf diese Konstellation müssen sich die Gewerkschaften vorbereiten und aus den Niederlagen der letzten 20 Jahre lernen. Das bedeutet, die Gegenwehr in den Betrieben gegen die Angriffe auf die Arbeitsplätze, Tarifverträge und sozialen Standards stärken und auch vor Mitteln wie Betriebsbesetzungen nicht zurückschrecken. Auf regionaler Ebene wird das insbesondere gelingen, wenn die Auseinandersetzungen verstärkt vernetzt und zu Fragen der Region gemacht werden.

Die meisten Forderungen und angedeuteten Perspektiven wenden sich an die Regierungen, haben also politischen Charakter. Die Gewerkschaften brauchen auch ein wirkungsvolles politisches Instrument, um diesen Forderungen Gewicht zu verleihen, sprich ihrem politischen Mandat auch die nötige Durchsetzungskraft zu verleihen. Dazu gehört sicherlich die Politisierung der Gewerkschaftsarbeit in den Betrieben, dazu gehört aber auch der politische Streik. Der Kampf um das politische Streikrecht muss deshalb ein wichtiges Element werden. Immer wieder haben die Gewerkschaften sich dem Verbot des politischen Streiks widersetzt: beim Angriff auf die Tarifautonomie, bei der Rente mit 67 oder auch aktuell in der Verwaltungsstelle Stuttgart beim Schutzschirm für Arbeitsplätze. Es gibt aber keinen organisierten Ansatz, den politischen Streik etappenmäßig vorzubereiten, die verschiedenen Aktionen während der Arbeitszeit aufeinander abzustimmen. Genau das wäre notwendig, um der Aneinanderreihung von Niederlagen nach der Bundestagswahl nicht noch eine weitere hinzuzufügen.

Der politische Wille und die Herausarbeitung eines gemeinsamen politischen Projekts der Gewerkschaften gehören zu den wichtigsten Voraussetzungen, auf diesem Wege voranzukommen. Wenn sich die Zielrichtung der Gewerkschaften darauf beschränkt, Schwarz/Gelb zu verhindern und auf eine erstarkende SPD in einer Fortsetzung der großen Koalition zu setzen und die Anschlussfähigkeit an die Regierung nicht zu verlieren, ist der gesellschaftliche Bedeutungsverlust vorprogrammiert.

*Bernd Riexinger ist Geschäftsführer des ver.di-Bezirks Stuttgart.*

*Quelle: Zeitschrift Sozialismus, Heft Nr. 7-8 (Juli / August 2009), 36. Jahrgang, Heft Nr. 333*

*http://www.die-linke-bs.de/index.php?option=com_content&view=article&id=444:riexinger-perspektiven-des-protestes-&catid=65:krise-2009&Itemid=189*

Vom selben Autor: **Streik trotz Krise - Hintergrund. Der Kampf der Beschäftigten in den Sozial- und Erziehungsdiensten. Eine erste Bilanz,** *Von Bernd Riexinger und Cono Hägele http://www.jungewelt.de/2009/08-14/007.php*

Maurizio Coppola, attac Schweiz

# Krise, Arbeitsbedingungen und Sozialversicherungen

*Referat im Rahmen der Sommeruniversität von attac Schweiz, 5. und 6. September 2009 in Bern*

Das Thema „politische Antworten auf die Krise" verlangt einerseits eine Analyse der bürgerlichen Antwort auf die Krise, andererseits und in Anschluss daran die Identifikation der möglichen Handlungsfelder für linke Forderungen.

Anhand eines Zitats können wir die bürgerliche Antwort folgendermaßen zusammenfassen: *„Wodurch überwindet die Bourgeoisie die Krisen? Einerseits durch die erzwungene Vernichtung einer Masse von Produktivkräften; andererseits durch die Eroberung neuer Märkte und die gründlichere Ausbeutung der alten Märkte. Wodurch also? Dadurch, dass sie allseitigere und gewaltigere Krisen vorbereitet." (Marx, Engels; Das kommunistische Manifest)*

In diesem Referat vertrete ich die These, dass eines der wichtigen Handlungsfelder für die Formulierung von politischen Antworten auf die Krise die Sozialversicherungen sind. Dies aus folgenden Gründen:
- Sozialversicherungen sind das Resultat von sozialen Kämpfen und stellen somit Errungenschaften der Arbeiterbewegung dar;
- Sozialversicherungen sind neben dem Arbeitsrecht *die* Zielscheibe der bürgerlichen Angriffe der letzten Jahrzehnte und insbesondere in Krisenzeiten. Daher müssen sich unsere politischen Antworten einerseits auf die Verteidigung der Errungenschaften, andererseits auf die Ausweitung sozialer Rechte orientieren.

Anhand der Analyse der Projekte für die Revisionen der Arbeitslosenversicherung und der Invalidenversicherung sowie der Einführung von Kurzarbeit werde ich nun in den nächsten 15 Minuten mögliche Interventionen für die Linke zu formulieren versuchen.

## Krise und Arbeitslosigkeit

Die steigende Arbeitslosigkeit ist eine direkte Folge der anhaltenden Wirtschaftskrise. Stetig werden Prognosen vom SECO (Staatssekretariat für Wirtschaft) in die Höhe korrigiert. Die offiziellen Statistiken gehen von einer Arbeitslosenquote von ca. 5% für das Jahr 2010 aus. Wir können davon ausgehen, dass ab 2010 die Zahl der Erwerbslosen auf ca. 10% steigen wird. In dieser Schätzung sind nicht nur die in einem regionalen Arbeitsvermittlungszentrum (RAV) angemeldeten Personen, sondern auch die in den offiziellen Statistiken nicht mehr als Arbeitslose geltenden ***Stellensuchenden*** (ca. 70'000 im Dezember 2008), die ***Langzeitarbeitslosen*** (Ausgesteuerte=Personen in der Sozialhilfe, ca. 250'000) und die ***IV-RentnerInnen*** (ca. 255'000; Bedeutung siehe weiter unten) kalkuliert. Ob ein zukünftiger Wirtschaftsaufschwung all diese Menschen wieder in den Arbeitsmarkt integrieren kann, ist mehr als unwahrscheinlich. Die seit den 1990er Jahren eingetretene strukturelle Arbeitslosigkeit hält an und wird durch diese Krise sicherlich noch einmal verschärft.

Diese Situation hat zur Folge, dass die Arbeitslosenversicherung (ALV) einer verschärften finanziellen Belastung ausgesetzt sein wird. Die jährlichen Ausgaben von 5 Mrd. Fr. im 2008 werden schätzungsweise auf über 11 Mrd. Fr. steigen (NZZ, 12.08.2009). Die Wirtschaftsministerin Doris Leuthard hat zu Beginn 2008 ein Revisionsprojekt der Arbeitslosenversicherung vorgeschlagen. Wichtige Gesetzesänderungen sind vorgesehen:
- Die Beiträge an die ALV sollen von 2 auf 2.2 Lohnprozente erhöht werden.
- Zeitlich befristet sollen weitere 0.1 Prozentpunkte sowie auf höhere Einkommen (126'000 Fr. bis 315'000 Fr.) 1 Prozentpunkt erhoben werden („Solidaritätsprozent").
- Die Bezugsdauer soll stärker von der Beitragszeit abhängen: 400 Taggelder erhält erst, wer 18 Monate Beitragszeit nachweist.
- Die Leistungen für Versicherte, die keine Beiträge zahlen (Personen in Ausbildung), verschlechtern sich: Erst nach einer Wartezeit von 120 Arbeitstagen sollen sie Leistungen beziehen können, und dann nur noch 90 statt 260 Taggelder.
- Die Teilnahme an Arbeitsmarktmassnahmen (Weiterbildung etc.) und Zwischenverdienste berechtigen nicht mehr zu neuen Leistungen.

Worauf basieren diese Forderungen?
- Die vorgeschlagenen Massnahmen führen den so genannten ***workfare***-Gedanken weiter: Die Erwerbslosen sollen so rasch wie möglich und zu jedem Preis – in der Regel zu schlechteren Anstellungs- und Arbeitsbedingungen – wieder zur Aufnahme einer Erwerbsarbeit gezwungen werden. Diese Strategie wird zugleich durch den Vorstoß von FDP-Nationalrat Otto Ineichen verstärkt. Danach sollen die Arbeitslosen nicht nur den öffentlichen RAV zur Verfügung stehen, sondern ab dem Zeitpunkt der Anmeldung beim RAV auch den privaten Arbeitsvermittlern (NZZ, 17.01.2009).
- Zudem wird das ***Gegenleistungsmodell*** noch einmal verschärft. Obwohl die Erwerbslosen durch die in die ALV bezahlten Lohnabzüge eigentlich ein Recht auf Taggelder erworben haben, soll in Zukunft die Drohung einer Leistungskürzung bei einer Nichtteilnahme an Arbeitsmarktmaßnahmen (mit der ALV-Revision 1996 in Kraft getreten) ausgeweitet werden: Die Teilnahme an Maßnahmen soll nicht mehr neue Leistungen berechtigen.

Unsere Forderungen in diesem Bereich soll daher in Richtung ***Arbeitszeitreduktion für alle ohne Lohnkürzungen und somit in Richtung Umverteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit*** gehen.

## Kurzarbeit

Im Kontext der rückläufigen Aufträge und somit rückläufigen Produktion haben die Unternehmen vermehrt auf Kurzarbeit zurückgegriffen. Kurzarbeit bedeutet, dass Unternehmen für die maximale Zeitdauer von 12 Monaten die Lohnkosten auf die Arbeitslosenversicherung abwälzen können, ohne ihre Angestellten zu entlassen. Die Angestellten bekommen also 80% des Lohnes von der ALV bezahlt. Die Beiträge in die AHV und die zweite Säule verringern sich somit auch, was bedeutet: Kurzarbeit heute, tiefere Rente morgen.

Die Verschärfung der Krise hat dazu geführt, dass die Maximaldauer für Kurzarbeit auf 18 Monaten erhöht wurde. Die Gewerkschaften verlangen nun 24 Monate Kurzarbeit.

Diejenigen Unternehmen, die bis heute in der Schweiz Kurzarbeit eingeführt haben, haben sich an ein besonderes Schema gehalten: Der Phase der Kurzarbeit geht meist eine Entlassungsphase voran, der wiederum eine Phase der Entlassungen folgt (Entlassungen – Kurzarbeit – Entlassungen).

Die Unternehmen profitieren besonders von der Einführung von Kurzarbeit durch:
- Abwälzung der Lohnkosten auf die Arbeitslosenversicherung
- Reorganisation der Belegschaft durch strategischen Entlassungen (Ältere, besser Verdienende etc.)
- Zwang zu Lohnsenkungen durch Inkonkurrenzsetzung der ArbeiterInnen

Also ist eine Forderung, wie sie in Frankreich verlangt wurde „***zéro licenciement***" notwendig. Der Entlassungstopp könnte folgendermassen aussehen:

-> Bei rückläufigen Aufträgen sollen diejenigen ArbeiterInnen, die keine Arbeit haben, innerhalb des Unternehmens von ***Weiterbildungen*** profitieren können (zum Beispiel durch Umschulungen auf „ökologische" Produktion) und weiterhin ***95% des Lohnes*** erhalten.

-> Kampf gegen die Flexibilisierung und somit Prekarisierung der Arbeit durch ***Ausweitung des Kündigungsschutzes.***

## Invalidenversicherung

Die Analyse der Invalidenversicherung stellt ebenso ein wichtiges Instrument dar, um die bürgerlichen Antworten auf die Krise zu verstehen und daraus Handlungsstrategien zu entwickeln.

Am 27. September 2009 werden die Stimmberechtigen über die IV-Zusatzfinanzierung abstimmen. Die Vorlage sieht vor, die Mehrwertsteuer um 0.4% von 7.6% auf 8% im Zeitraum zwischen 2011 und 2018 zu erhöhen, um das 13 Mrd. Fr. Defizit der IV zu sanieren. Die Vorlage wird von den grössten Parteien unterstützt (Ja-Komitee „AHV sichern – IV sanieren"). Die IV-Zusatzfinanzierung soll den AHV-Fond, welcher durch das Defizit der IV finanziell angegriffen wird, absichern.

Ende August haben sich auch die Gewerkschaften für die Erhöhung der Mehrwertsteuer ausgesprochen. Im Pressedossier des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) und Travail.Suisse kann folgendes entnommen werden: *„Die vorgesehene Anhebung der Mehrwertsteuer ist das richtige Instrument für die IVZusatzfinanzierung. Sie führt zu einer moderaten Belastung der Haushalte bei unteren und mittleren Einkommen und es ist eine solidarische Finanzierung, die nicht nur die Erwerbstätigen belastet."*
Diese Stellungnahme der Gewerkschaften steht denjenigen Positionen von attac entgegen, welche in den letzten zehn Jahren in unseren Steuerkampagnen vertreten wurden. Die Mehrwertsteuer ist zwar eine Einheitssteuer, ihre Wirkung ist jedoch je nach Höhe des Einkommens unterschiedlich:
Gerade unteren Einkommen bekommen die Erhöhung der Mehrwertsteuer stärker zu spüren als hohe Einkommen, da der Anteil der Mehrwertsteuer an unteren Einkommen mehr ausmacht als an hohen Einkommen. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer kommt also einer fiskalpolitischen Umverteilung von unten nach oben gleich. Dieser bürgerliche Vorschlag wird von den Gewerkschaften unterstützt.

Unser **Nein** zur Zusatzfinanzierung der IV durch die Mehrwertsteuererhöhung basiert auf den politischen Willen, eine starke Versicherung zu gestalten, die Rechte der Lohnabhängigen zu verstärken und – nicht unbedeutend – Politik nicht nur in kurzfristigem Denken, sondern als langfristige Artikulationen von Alternativen zu verstehen.

Dafür muss einerseits die IV-Zusatzfinanzierung in den Kontext der vorangehenden und zukünftig geplanten IV-Revisionen gesetzt werden (alles im Namen des ***finanziellen Gleichgewichts***):
- 2007: ***5. IV-Revision*** mit dem Ziel, den Renteneintritt um 30% zu verringern und somit das Defizit zu stabilisieren (psychosomatische Krankheiten gelten nicht mehr als IV Grund, Zwangseingliederung in den Arbeitsmarkt etc.);
- 2009: ***IV-Zusatzfinanzierung*** durch Mehrwertsteuererhöhung, um das Defizit zu stoppen; das Defizit könnte leicht durch eine Beitragserhöhung auf Arbeitgeberseiten gestopft werden (von 0.7 Lohnprozente auf 1.08%);
- 2010/2011: ***6. IV-Revision***: Renteneintritt wieder um mind. 5% senken (Prüfung des Gesundheitszustandes alle 3 Jahre, rückwirkende Rentenstreichung bei psychosomatischen Erkrankungen [ca. 5'000 Personen betroffen] etc.).

Andererseit müssen wir uns im IV Kontext zwei Fragen stellen.
- Wie wird politisch und sozial eine Unterfinanzierung der IV konstruiert?
- Welches sind die Gründe für den stetigen Anstieg der IV-Fälle?




## Rechte Kritik an den Vorlagen

Um Antworten auf diese Fragen zu finden, ist es wichtig, die Positionen der rechten Parteien anzuschauen.

1. *Wie wird politisch und sozial eine Unterfinanzierung der IV konstituiert?*
Die SVP (***konservative Position***) kritisiert an den beiden Vorlagen die Erhöhung der Beiträge
– Erhöhung der Lohnprozente für die ALV und der Mehrwertsteuer für die IV. Die Ablehnung der beiden Vorlagen basiert jedoch nicht auf den politischen Willen, die Kaufkraft der Beitragszahler zu garantieren und die Sozialversicherungen zu verteidigen. Vielmehr soll die Ablehnung der Vorlage als Strategie für den Abbau der Sozialversicherungen verstanden werden: die SVP strebt eine ***Unterfinanzierung der Sozialversicherungen*** an, um folglich auf zwei Ebenen die Sozialversicherung anzugreifen: einerseits werden durch den „***Missbrauchsdiskurs***" repressive Maßnahmen gegen Leistungsbeziehern begründet, andererseits werden ***Leistungskürzungen*** angestrebt. Dadurch werden die Sozialversicherungen als Ganzes in Frage gestellt.
Hingegen wehren sich die ***Liberalen*** gegen jegliche Maßnahme, die einen Umverteilungseffekt von oben gegen unten haben – gegen die Einführung eines „Solidaritätsprozent" für hohe Einkommen für die Finanzierung der ALV, für die Mehrwertsteuererhöhung für die Zusatzfinanzierung der IV.
Dadurch wird der ***fiskalpolitische Druck auf die Sozialversicherungen*** erhöht, um anschliessend ***Leistungen abzubauen*** und schlussendlich die Sozialversicherungen als Ganzes in Frage zu stellen.

2. *Welche sind die Gründe für den stetigen Anstieg der IV-Fälle?*
Die zweite Frage weist auf den Zusammenhang zwischen Arbeit und Gesundheit hin und ist zentral.
Multiple Studien weisen darauf hin, dass die Arbeitsbedingungen, die Arbeitslosen- und Rentenregimes und der Druck auf die Invalidenversicherung einen Einfluss auf die Gesundheit und auf das Privatleben der Menschen haben (vgl. Details unter www.labreche.ch/mps/docs/DossierAI08_09.pdf)

***Gerade in Zeiten der Krise wird die Ausbeutung der Arbeitskraft akzentuiert, um die Profitrate zu erhöhen. Daher ist es unabdingbar, eine breite Kampagne zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen (Sicherheit auf dem Arbeitsplatz, Verlangsamung der Arbeitsrhythmen und somit Verringerung von Stressfaktoren, Sitzpausen für VerkäuferInnen etc.) zu führen.***

## Widerstand ist notwendig

Die Angriffe auf die kollektiven Sicherungssysteme müssen als bürgerliche Antwort auf die Krise verstanden werden, als politische Strategie also, um einen „utopischen und puren Kapitalismus" herzustellen, in dem die kollektive Sicherung durch Eigenverantwortung ersetzt wird. Dieser Tendenz müssen wir entgegenhalten. In erster Linie müssen wir uns durch die zur Verfügung stehenden Instrumente wehren und von den Erfahrungen lernen. Referenden gegen vorgesehene Gegenreformen sind also notwendig. Darüber hinaus müssen wir uns jedoch auch für die Ausweitung der Rechte aller Lohnabhängigen einsetzen und unsere Forderungen positiv formulieren. Denn die bürgerliche Überwindung der Krise wird stets durch die Vernichtung einer Masse von Produktivkräften und somit durch die Ausbeutung der Arbeitskraft erzwungen. In diesem Kontext ist der Kampf für ein angepasstes und großzügiges Sicherungssystem unabdingbar für die Lohnabhängigen.

# 17. September 2009 in Deutschland

# Wir zahlen nicht für eure Krise!

## Kämpfe vor Ort zusammen führen – lokale Bündnisse gründen!

Wir erleben derzeit die tiefste Krise des Kapitalismus seit 1929. Diese Krise kann und wird mit Konjunkturprogrammen und Rettungsfonds nicht überwunden werden. Die Krise wird die Arbeits- und Lebensbedingungen der Mehrheit der Bevölkerung weiter erheblich verschlechtern. Hunderttausende LeiharbeiterInnen wurden bereits entlassen. Bei prekär Beschäftigten, Jugendlichen und MigrantInnen ist die Arbeitslosigkeit besonders stark gestiegen.
Die eigentliche Rechnung für die Finanz- und Wirtschaftskrise wird uns erst nach den Bundestagswahlen präsentiert. Der Vorschlag des Präsidenten des Deutschen Industrie- und Wirtschaftstags (DIW), Klaus Zimmermann, die Mehrwertsteuer auf 25 % zu erhöhen, oder die Debatte auf dem Ärztetag über die Amputation des gesetzlichen Gesundheitssystems bilden lediglich die Vorboten dessen, was uns noch erwartet.

**Wir bleiben bei unserem Widerstand**
Die Proteste gegen die herrschende Politik in der Krise haben am 28. März einen ersten deutlich sichtbaren Auftakt genommen: 55.000 Menschen protestierten unter dem Motto „Wir zahlen nicht für eure Krise" in Berlin und Frankfurt a. M. Über 100.000 Menschen demonstrierten am 16. Mai für ein soziales Europa und dafür, dass die Reichen und Profiteure der Krise sie auch bezahlen. Im Juni streikten in vielen Städten SchülerInnen und Studierende, ErzieherInnen und Beschäftigte im sozialen Bereich, wo schon seit Jahren chronische Unterfinanzierung und immer neue Kürzungswellen zu verzeichnen sind.

**Unser Protest geht weiter – gemeinsam und entschlossen in lokalen Bündnissen**
Vor Ort ist nun mit weiteren Verschärfungen der Schikanen gegenüber Arbeitslosen, Kürzungen von Kultur- und Sozialinitiativen, Lohndrückerei und massiven Entlassungen zu rechnen.
Diese Angriffe werden wir nur abwehren können, wenn wir unseren gemeinsamen Widerstand **in lokalen Bündnissen** solidarisch vernetzen und zusammenführen.
In Berlin, Kassel, Leipzig und Mannheim arbeiten bereits seit einigen Monaten Bündnisse unter dem Motto „Wir zahlen nicht für eure Krise" daran, verschiedene linke Gruppen und Strömungen, GewerkschafterInnen, kritische KollegInnen, MigrantInnen, soziale Initiativen und Menschen aus verschiedenen Bereichen zu vernetzen. In Bremen, Darmstadt, Frankfurt, Köln, Marburg und Stuttgart befinden sich Bündnisse in Gründung.

Der bundesweit **dezentral organisierte Aktionstag am Donnerstag, den 17. September 2009,** bietet nun eine Möglichkeit, gemeinsame Aktionen durchzuführen und in weiteren Städten vor Ort ein Bündnis zu gründen. Die Krise gehört den Reichen. Die Zukunft gehört uns. Damit ihre Krise nicht zu unserer Katastrophe wird, brauchen wir eine Intensivierung der Proteste. Widerstand wird nur gemeinsam erfolgreich sein. Vor Ort, bundesweit und global.

*Entstanden in der Bundeskoordination Krisenproteste im Anschluss an den Ratschlag und die Aktionskonferenz am 27./28. Juni 2009 in Kassel*
Weitere Infos:
**www.kapitalismuskrise.org**

Einige Internetseiten: www.die-soziale-bewegung.de, www.labournet.de, http://www.klartext-info.de

# 19. September in der Schweiz

## Attac Schweiz: Mobilisieren wir uns gegen die Krise am 19. 9. in Bern

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) ruft zu einer zweiten Demonstration am 19. September 2009 in Bern auf (Treffpunkt 13.30 Uhr Schützenmatte). Dabei steht viel auf dem Spiel.

Unsere Gesellschaft durchlebt eine wirtschaftliche, soziale und ökologische Krise, dessen Auswirkungen tagtäglich auf die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Lohnabhängigen (1) Druck ausüben: Kurzarbeit, Senkung der Kaufkraft, Angriffe auf die sozialen Errungenschaften (GAV's, Arbeitszeit...) etc. Waren bis vor kurzem die Beschäftigten der Privatwirtschaft davon betroffen, weiten sich die Auswirkungen der Krise vermehrt auf den öffentlichen Sektor aus: Budgetkürzung, erste Sparmaßnahmen, Restrukturierungen.
Die Prognosen des schweizerischen Staatssekretariats für Wirtschaft SECO und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung OECD zur wirtschaftlichen Entwicklung der Schweiz wurden im letzten Jahr in regelmäßigen Abständen publiziert. Behauptete man noch zu Beginn, dass die Schweiz durch ihren „Sonderweg" nicht bzw. nur in geringem Masse von der Krise betroffen sei, so hat sich das Blatt komplett gewendet: auch die Schweizer Wirtschaft ist in eine tiefe Rezession gestürzt und sie wird nicht so schnell wieder herauskommen. Die Arbeitslosigkeit wird steigen (Einstellungsstopp und Entlassungen) und der Druck auf die Menschen noch einmal erhöht.

Die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft haben auch schon einen Plan erstellt, wie der Krise begegnet werden kann: Revision der Arbeitslosenversicherung (Leistungskürzungen und Beitrags(zeit)-erhöhungen), Rentenkürzungen durch die Senkung des Umwandlungssatzes der Pensionskassen, Krankenkassenprämienerhöhung etc. Kurzum: die Vormachtstellung der Politiker und der Wirtschaftselite wird gesichert, parallel dazu wird sich die Lage der Lohnabhängigen verschlechtern.

In dieser Situation können wir nicht auf den Goodwill der Verantwortlichen in der Politik hoffen. Die immer wieder auftretenden Krisen sind Ausdruck einer Wirtschaftsweise, die auf der Logik einer maß- und endlosen Kapitalverwertung beruht. Es reicht nicht, dieser Wirtschaftsweise ein menschliches Antlitz zu geben, so wie es ständig propagiert wird. Die Spielregeln müssen geändert werden und dabei sollen auch alle mitentscheiden können.

Unsere Forderungen müssen Elemente beinhalten, welche unsere unmittelbaren Arbeits- und Lebensverhältnisse verbessern und sie vor weiteren Angriffen schützen. Dazu gehören die Verteidigung unserer Renten und der Arbeitslosenversicherung gegen die Gesetzesrevisionen des Bundesrates. Auch muss verhindert werden, dass die Kurzarbeitsregelung ein unkontrollierbares Ausmaß annimmt, denn Kurzarbeit dient schlussendlich der Umwälzung von Lohnkosten auf die Arbeitslosenversicherung (und somit auf die Lohnabhängigen) und der Vorbereitung von Entlassungen. Darüber hinaus müssen wir uns jedoch auch für das 'Fernziel' einer möglichen anderen Welt einsetzen. Noch nie war der Moment für die Formulierung unserer Alternativen so geeignet wie inmitten der heutigen Kapitalismuskrise. Wie und was wollen wir produzieren? Wie soll der gesellschaftliche Reichtum verteilt werden? Solche Fragen sollen Nah- und Fernziele verbinden.

Noch nie stand so viel auf dem Spiel wie heute. Darum ist es unabdingbar, an der gesamtschweizerischen Demonstration am 19. September 2009 in Bern teilzunehmen. Doch unsere Mobilisierung darf nicht dort aufhören. Schon heute müssen wir uns überlegen, wie wir nach dem 19. September weitere Aktionen und Mobilisierungen planen und umsetzen. Dennnichts soll uns davon abhalten, den 19. September 'nur' als Vorbereitung für einen Generalstreik im Oktober zu benutzen.

*(1) Unter dem Begriff Lohnabhängige versteht man all diejenigen Menschen, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben und für ihre Existenz somit von einem Lohn abhängig sind. Das sind sowohl ArbeiterInnen und Angestellte in der Privatwirtschaft wie auch Lehrlinge, illegalisierte MigrantInnen, RentnerInnen und diejenigen Menschen, die nicht im Arbeitsmarkt integriert sind.*

**Aufruf des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**:
http://www.sgb.ch/uploaded/Texte/SGB_Flugi_Demoaufruf_Krise_dt.pdf

http://www.suisse.attac.org/Mobilisieren-wir-uns-gegen-die

# Gitta Düpertha: Nur nicht buckeln

*Initiative für soziale Gerechtigkeit in Wiesbaden schlägt Krach bei Hartz-IV-Ungerechtigkeiten und hat Erfolg*

Wer den Wiesbadener Hauptbahnhof in Richtung Innenstadt verläßt, sieht als erstes, daß es hier aktiven Protest gegen Hartz IV gibt. Am Vorplatz fallen Plakate der Initiative für soziale Gerechtigkeit sofort ins Auge. Auf vergleichsweise harmlosen Exemplaren heißt es, daß Sozialhilfe und Hartz IV ungesunde Ernährung verursachen. Der Regelsatz von 359 Euro im Monat enthalte bei einer alleinstehenden Person 133 Euro für Nahrungsmittel, Getränke und Tabak – 240 Euro müßten es sein, um sich gesund zu ernähren. Derlei Plakate genehmigt die Stadt. Anders verhält es sich mit jenen, die Verantwortliche für dieses und ähnliches Elend benennen. Beispiel: »Sozialdezernent Goßmann (SPD) läßt schwerbehinderte Hartz-IV-Empfängerin in unrenovierter Wohnung sitzen.«

**Beharrlichkeit siegt**

Einschüchtern läßt sich die 2008 gegründete Initiative von Hartz-IV-Gegnern nicht. Weder wenn der in Wiesbaden für die Genehmigungen verantwortliche Dezernent Joachim Pös (FDP) das Plakatieren untersagt, noch wenn verärgerte Politiker gegen die Nennung ihres Namens auf den Plakaten gerichtlich vorgehen. Der Erfolg gibt der Initiative recht. Was sie wiederum breit plakatiert: »Gericht gibt Initiative gegen FDP-Dezernenten Pös zum zweiten Mal recht! Plakate mußten hängenbleiben.« Der zweite Erfolg ist ebenso publiziert: »Die Wohnung wird jetzt renoviert.« Beharrlichkeit siegt. Das haben die Mitglieder des gemeinnützigen Vereins erfahren. Amtsbesuche absolvieren die dort Organisierten mit erhobenem Haupt und nicht allein. Seit sich herumgesprochen hat, daß gemeinsam mehr zu erreichen ist, nehmen viele Begleitschutz freudig in Anspruch.

Jeden zweiten Dienstag im Monat lädt die Initiative ins Eintrachthaus in der Hellmundstraße 25 ein. Dort darf zwar auch gejammert und geschimpft werden, aber der stellvertretende Vorsitzende Ansgar Robel sorgt mit Erfolgsmeldungen für frischen Wind und neues Selbstbewußtsein. So erzählt er die Geschichte einer Fallmanagerin, die in seiner Gegenwart in der Arbeitsagentur einen 53jährigen Mann habe schikanieren wollen. Sie setze sich erst für eine Stelle auf dem ersten Arbeitsmarkt für ihn ein, wenn er sein Sozialverhalten verbessere, habe die Mitarbeiterin des Amtes ihn gemaßregelt. Alles nur wegen einer Meinungsverschiedenheit: Der Mann habe eine Qualifizierung gewünscht, sie beabsichtigte, ihn in einen Ein-Euro-Job zu drücken, weil er angeblich »keine Teamfähigkeit« besitze, erläutert Robel. Mehrere Agenturmitarbeiter agierten von oben herab, sagt er wütend. Beschäftigungsgelegenheiten würden eingesetzt wie eine Besserungsanstalt im vergangenen Jahrhundert. Das habe er der Fallmanagerin verdeutlicht – die sei aber beim harten Kurs geblieben. Im Anschluß habe er sich bei ihrem Vorgesetzten beschwert, und Einsicht in die Akten verlangt, die ihre Arbeit mit diesem Erwerbslosen dokumentiert. Was ihm gewährt worden sei, jedoch nur für eine Stunde. Robel will mehr Zeit durchsetzen, weil es sich um eine mehrere Jahre währende Beratungsarbeit handele.

Dann das übliche Prozedere: »Hilft die Beschwerde beim Leiter nicht, gehen wir bis hoch zum Dezernenten, hilft das auch nicht, informieren wir die Presse.« Gibt es immer noch keine Lösung, klebt die Initiative ihre gefürchteten Plakate. Nur nicht buckeln, ist die Devise. Daß sie in nicht betroffenen Kreisen als Krawallschachteln und Nervensägen angesehen werden, läßt sie kalt. Die Wut ist groß: »Bestimmte Leute meinen, nur weil sie die Macht haben, könnten sie sich rechtswidrig verhalten«, empört sich Aktivist Wolfgang Gerecht. Es könne nicht sein, daß Bürger in Deutschland zittern, heulen und Beruhigungsmittel schlucken, bevor sie zum Amt gehen, ergänzt Robel. Der Funke springt über. Die schwerbehinderte Christel Chliha, der die Initiative zur überfälligen Wohnungsrenovierung verholfen hat, bedankt sich auf ihre Weise. Sie hält beim Treffen einen Vortrag über gesunde Ernährung in Zeiten von Hartz IV: 4,43 Euro am Tag reichen nicht, um sich mit Obst und Gemüse zu versorgen. Lebensmittel der Tafeln, deren Haltbarkeitsdatum mitunter überschritten sei, seien oft schimmelig, referiert sie. Allergiker kämen mit dem Geld sowieso nicht aus.

Gegen soviel Zusammenhalt hat jene Dame keine Chance, die bei dem Treffen der Initiative gebetsmühlenartig angeblich »tolle Angebote von Lidl und Aldi« preist. Eine Almosengeberin, die in Spenderlaune einen Kochkurs für Arme anbietet, steht ebenso nicht hoch im Kurs. »Wir wollen nicht dafür herhalten, daß Ehrenamtliche uns Hartz-IV-Empfänger als Alibi nutzen, um ihr Ego aufzupolieren«, sagt jemand.

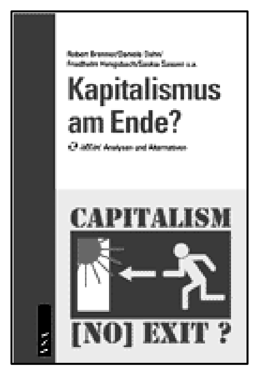
**Kein Zurückweichen**

Längst kommen Leute aus dem ganzen Rhein-Main-Gebiet, um sich am Erfolgsrezept in der hessischen Landeshauptstadt zu orientieren. »Unsere Aktivisten sorgen für Belebung«, sagt Robel. »Zurückweichen bringt nichts«, meint auch der Vorsitzende des Vereins Rainer Monzheimer, »wir müssen uns unsere Würde zurückerobern«. Das tun sie, und zwar alle miteinander.

*http://www.jungewelt.de/2009/07-21/047.php*

## Robert Brenner

# Die Idee eines finanzgeleiteten Kapitalismus ist ein Widerspruch in sich




*Die globale Wirtschaftkrise nimmt ihren Lauf, aber in der Erklärung ihrer Ursachen gibt es immer noch keinen Konsens. Die Beiträge auf dem Kapitalismus-Kongress* von Attac-D *sind inzwischen zum Nachlesen bei VSA als Buch erschienen. Robert Brenner, der das CHAOS der durch das Privateigentum und die Konkurrenz getriebenen, ungeplanten Märkte ins Zentrum seiner Analysen stellt (siehe SiG 65) und die Krise ziemlich präzise vorausgesagt hatte, konnte selbst nicht zum Kongress erscheinen. Deshalb ist in diesem Buch (und auf* www.chinaleftreview.org *) das folgende Interview mit dem koreanischen Ökonomie-Professor Seongjin Jeong erschienen.*

*Seongjin Jeong: Die meisten Medien und Analysten bezeichnen die derzeitige Krise als eine »Finanzkrise«. Stimmen Sie dieser Charakterisierung zu?*

Robert Brenner:
Es ist verständlich, dass die Analysten der Krise am Zusammenbruch des Bankwesens und des Wertpapiermarkts angesetzt haben. Aber die Schwierigkeit ist, dass sie nicht tiefer gegangen sind.
Die wesentliche Quelle der heutigen Krise ist die nachlassende Dynamik der fortgeschrittenen Ökonomien seit 1973, und insbesondere seit 2000. Die Wirtschaftsleistung in den USA, Westeuropa und Japan ist, Konjunkturzyklus um Konjunkturzyklus, was sämtliche makroökonomische Standardindikatoren angeht – BIP, Investitionen, Realeinkommen und so weiter –, stetig gesunken. Am aufschlussreichsten ist, dass der gerade zu Ende gegangene Konjunkturzyklus von 2001 bis 2007 der bei weitem schwächste der Nachkriegszeit war, und zwar trotz des stärksten staatlich finanzierten wirtschaftlichen Impulses der US-amerikanischen Geschichte in Friedenszeiten.

*Wie erklären Sie sich die langfristige Abschwächung der Realwirtschaft seit 1973, also das, was Sie in Ihrem Werk den »langen Abschwung« nennen?*

Hauptsächlich dafür verantwortlich ist eine starke und anhaltende Abnahme der Renditen für Kapitalinvestitionen seit Ende der 1960er Jahre. Dass die Profitrate sich nicht erholt hat, ist umso bemerkenswerter, als die Steigerung der Realeinkommen in diesem Zeitraum stark zurückgegangen ist. Die Hauptursache, wenn auch nicht die einzige Ursache für die Abnahme der Profitrate ist eine anhaltende Tendenz zur Überkapazität in der weltweiten verarbeitenden Industrie. Eine neue Industriemacht nach der anderen stieg in den Weltmarkt ein – Deutschland und Japan, die nordostasiatischen Schwellenländer, die südostasiatischen Tiger und schließlich der chinesische Leviathan. Diese später entwickelten Ökonomien produzierten die gleichen Güter wie die früher entwickelten, nur billiger. Dies führte in einer Branche nach der anderen zu einem zu großen Angebot im Verhältnis zur Nachfrage, sodass die Preise, und damit auch die Profite, sanken.

Darüber hinaus stiegen die Unternehmen, die einen Druck auf ihre Profite verspürten, nicht kleinlaut aus ihrer Branche aus, sondern versuchten mit Hilfe ihrer Innovationskapazitäten ihren Platz zu behaupten und verstärkten daher die Investitionen in neue Technologien. Doch dies steigerte die Überkapazitäten natürlich noch weiter. Aufgrund des Abfalls ihrer Rendite erhielten Kapitalisten für ihre Investitionen geringere Gewinne. Daher hatten sie keine andere Wahl, als das Expansionstempo ihrer Betriebe, des dort angelegten Kapitals und der Beschäftigung zu drosseln. Gleichzeitig hielten sie, um die Rentabilität wiederherzustellen, die Löhne niedrig, und die Regierungen reduzierten das Wachstum der Sozialausgaben. Doch langfristig zogen all diese Ausgabenkürzungen ein Problem der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage nach sich, deren anhaltende Schwäche die unmittelbare Quelle der langen Wirtschaftsflaute ist.

*Sie haben in prophetischer Weise die derzeitige Krise sowie die Rezession von 2001 vorhergesagt. Was ist Ihre Prognose für die Weltwirtschaft heute? Wird es ihr noch schlechter gehen, oder wird sie sich noch vor Ende 2009 erholen? Erwarten Sie, dass die derzeitige Krise so schwer wird wie die Große Depression?*

Die derzeitige Krise ist ernster als die bislang schlimmste Rezession der Nachkriegszeit, zwischen 1979 und 1982, und wird möglicherweise der Großen Depression gleichkommen, obwohl man das nicht wirklich wissen kann. Wirtschaftsprognostiker haben ihre Schwere unterschätzt, weil sie die Stärke der Realwirtschaft überschätzten und nicht berücksichtigten, in welchem Ausmaß sie von der auf Vermögenspreisblasen gestützten Schuldenanhäufung abhängig war.

*Es wurde vielfach behauptet, die derzeitige Krise sei eine typische »Minsky-Krise«, keine Marxsche, da das Platzen der finanziellen Spekulationsblasen die zentrale Rolle in dieser Krise gespielt habe. Wie würden Sie darauf antworten?*

Ich halte es nicht für hilfreich, die realen und finanziellen Aspekte der Krise in dieser Weise einander gegenüberzustellen. Wie ich betont habe, ist es insofern eine Marxsche Krise, als sie ihre Wurzeln in einem langfristigen Abfall und der Nichterholung der Profitrate hat, was die wesentliche Ursache des bis heute anhaltenden Rückgangs der Kapitalakkumulation darstellt. Nichtsdestotrotz ist es zum Verständnis des aktuellen Einbruchs notwendig, den Zusammenhang zwischen der Schwäche der Realwirtschaft und dem Kollaps des Finanzwesens zu demonstrieren. Hauptbindeglied ist die stetig zunehmende Notwendigkeit von Kreditaufnahmen für das Weiterlaufen der Wirtschaft und der immer größere Verlass der Regierung auf Höhenflüge der Vermögenswerte für das Fortbestehen dieser Verschuldung.

*Gelegentlich ist die Rede davon, dass ein neues Paradigma der »Finanzialisierung« oder des »finanzgeleiteten Kapitalismus« zwischen den 1980ern und heute ein so genanntes »Capital Resurgent« (Gérard Duménil) aufrecht erhalten hat. Was halten Sie von der These der »Finanzialisierung«, oder des »finanzgeleiteten Kapitalismus«?*

Die Idee eines finanzgeleiteten Kapitalismus ist ein Widerspruch in sich, denn im Allgemeinen – es gibt signifikante Ausnahmen wie das Kundenkreditgeschäft – sind die Finanzrenditen auf fortwährende Gewinnerzielung in der Realwirtschaft angewiesen. Als Reaktion auf den Niedergang der Profitrate in der Realwirtschaft förderten einige Staaten, allen voran die USA, eine Hinwendung zum Finanzwesen, indem sie den Finanzsektor deregulierten. Aber weil die Realwirtschaft weiterhin vor sich hindümpelte, führte die Deregulierung hauptsächlich zu einer Intensivierung der Konkurrenz im Finanzsektor, die wiederum die Gewinnaussichten verschlechterten und noch größere Spekulationen und das Eingehen höherer Risiken förderte.

*Der Keynesianismus oder Etatismus steht anscheinend bereit, um als neuer Zeitgeist zurückzukehren. Wie schätzen Sie den wiederauflebenden Keynesianismus oder Etatismus ein? Kann er dazu beitragen, die aktuelle Krise zu überwinden oder zumindest zu mildern?*

Die Regierungen haben heute tatsächlich keine andere Wahl als sich in dem Versuch, die Wirtschaft zu retten, dem Keynesianismus und dem Staat zuzuwenden. Schließlich hat sich der freie Markt als vollkommen außerstande erwiesen, wirtschaftliche Katastrophen zu verhindern oder zu meistern, von der Sicherung von Stabilität und Wachstum ganz zu schweigen. Daher sind die politischen Eliten der Welt, die gestern noch die deregulierten Finanzmärkte gefeiert haben, heute plötzlich alle Keynesianer. Aber ob der Keynesianismus im Sinne gewaltiger Staatsdefizite und leichter Kredite zur Ankurbelung der Nachfrage die Wirkung haben kann, die sich viele versprechen, lässt sich bezweifeln. Schließlich erlebten wir in den vergangenen sieben Jahren, dank des Konsums auf Kredit, der durch die Immobilienblase der US-Zentralbank und das Haushaltsdefizit der Bush-Regierung gefördert wurde, den wohl tatsächlich stärksten keynesianischen Wirtschaftsimpuls in Friedenszeiten. Das Resultat war gleichwohl der schwächste Konjunkturzyklus der Nachkriegsepoche.

Heute ist die Herausforderung viel größer. Während die Immobilienblase in sich zusammenfällt und Kredite schwieriger zu bekommen sind, schränken private Haushalte ihren Konsum ein. Als Folge davon leiden Unternehmen unter fallenden Profiten. Sie kürzen daher in rasender Geschwindigkeit Löhne und entlassen Beschäftigte, was zu einer Abwärtsspirale aus sinkender Nachfrage und sinkender Rentabilität führt. Private Haushalte hatten sich lange auf steigende Immobilienpreise verlassen, um höhere Kredite aufnehmen und ohne weiteres Zutun sparen zu können. Aber aufgrund der Schuldenanhäufung werden sie, gerade jetzt, wo die Wirtschaft ihren Konsum am nötigsten hätte, die Kreditaufnahme zurückfahren und das Sparen verstärken müssen.

Ein Großteil des Geldes, das der Staat in die Hände privater Haushalte gibt, wird voraussichtlich gespart und nicht ausgegeben. Da der Keynesianismus die Wirtschaft während der Expansion kaum anschieben konnte, was können wir in der schlimmsten Rezession seit den 1930er Jahren von ihm erwarten? Um eine maßgebliche Auswirkung auf die Wirtschaft zu haben, muss die Obama-Regierung über eine enorme Welle direkter oder indirekter staatlicher Investitionen nachdenken, eigentlich eine Art Staatskapitalismus. Dies umzusetzen erfordert die Überwindung enormer politischer und wirtschaftlicher Hindernisse. Die politische Kultur in den USA steht Staatsbetrieben äußerst ablehnend gegenüber. Gleichzeitig könnten die Höhe der Ausgaben und der Staatsverschuldung den Dollar gefährden. Bis jetzt sind ostasiatische Regierungen glücklich damit, die Defizite der USA zu finanzieren, um den US-amerikanischen Konsum und ihre eigenen Exporte aufrecht zu erhalten. Aber wenn die Krise sogar China einholt, könnte es diesen Staaten unmöglich werden, die US-Defizite zu finanzieren, insbesondere wenn sie zu nie da gewesener Größe anwachsen. Die wahrhaft erschreckende Aussicht auf eine Flucht aus dem Dollar zeichnet sich im Hintergrund bedrohlich ab.

*Sie glauben, dass die Krise nur durch die Krise zu überwinden ist? Das ist eine klassische marxistische Antwort.*

Ich denke, das ist vermutlich der Fall. Die Analogie wäre Folgendes. Zunächst, in den frühen 1930er Jahren, waren New Deal und Keynesianismus unwirksam. Ja, die ganzen 1930er Jahre hindurch wurde es versäumt, die Bedingungen für einen neuen Boom zu schaffen, wie der Rückfall der Wirtschaft in die tiefe Rezession von 1937/38 veranschaulichte. Aber schließlich resultierte aus der langen Krise der 30er Jahre die Gesundschrumpfung der teuren, wenig Profit einbringenden Produktionsmittel, und so wurden die Rahmenbedingungen für hohe Profitraten geschaffen. Man könnte also sagen, Ende der 1930er Jahre war die potenzielle Profitrate hoch, und es fehlte nur an einem Nachfrageschock. Für diese Nachfrage sorgten natürlich die enormen Rüstungsausgaben für den Zweiten Weltkrieg. So erhielt man während des Krieges hohe Profitraten und diese schufen die notwendige Bedingung für den Nachkriegsboom. Aber ich glaube, selbst wenn man es 1933 mit einem keynesianischen Defizit versucht hätte, hätte es nicht funktioniert, denn man brauchte, in Marx' Worten, zuerst eine systembereinigende Krise.

*Erwarten Sie neue Anknüpfungspunkte für Progressive in einer Welt der jüngsten Fehlschläge des Neoliberalismus?*

Die Niederlage des Neoliberalismus eröffnet definitiv große Möglichkeiten, die die Linke zuvor nicht hatte. Der Neoliberalismus fand bei großen Teilen der Bevölkerung nie viel Anklang. Die Arbeiterschaft identifizierte sich nie mit freien Märkten, freiem Finanzwesen und all dem. Aber ich glaube, große Teile der Bevölkerung waren überzeugt, dass dies die einzige Alternative darstellte, sie waren überzeugt von TINA (»there is no alternative«). Aber jetzt hat die Krise den totalen Bankrott der neoliberalen Form der Organisation der Wirtschaft aufgedeckt, und die Veränderung ist bereits spürbar. Sie wurde in der Opposition US-amerikanischer Arbeiter gegen die Rettungsaktionen für die Banken und den Finanzsektor sehr mächtig bekundet. Was sie heute sagen, ist: »Uns wird erzählt, die Rettung der Finanzinstitute, der Finanzmärkte sei der Schlüssel zur Wiederherstellung der Wirtschaft und des Wohlstands. Aber wir glauben das nicht. Wir wollen nicht, dass noch mehr Geld an Leute geht, die uns nur berauben.« Ideologisch besteht also ein großes Vakuum. Das birgt eine große Chance für linke Ideen. Das Problem ist der sehr geringe Organisationsgrad der Arbeiterschaft, von irgendeinem politischen Ausdruck ganz zu schweigen. Man kann also sagen, die Veränderung im politischen Umfeld, oder dem ideologischen Klima hat eine Riesenmöglichkeit geschaffen, aber sie allein wird nicht für ein progressives Ergebnis sorgen. Daher noch einmal: Die erste Priorität für Progressive – für alle linken Aktivisten – sollte der aktive Versuch einer Wiederbelebung der Arbeiterorganisationen sein. Ohne die Wiederherstellung der Macht der Arbeiterklasse wird wenig Progressives möglich sein, und der einzige Weg, diese Macht wiederherzustellen, ist die Mobilisierung für Protestaktionen. Nur indem die Arbeiterschaft aktiv wird, kollektiv und en masse, wird sie den Grad an Organisiertheit schaffen und die Macht ansammeln können, die notwendig sind, um sozusagen die soziale Grundlage zu liefern für einen Wandel ihres eigenen Bewusstseins, für politische Radikalisierung.

*Jeong Seong-jin, 53, received his Ph.D. in Economics from Seoul National University in 1990. He has served as a professor in the Department of Economics at Gyeongsang National University in Chinju, South Gyeongsang Province, since 1996. Jeong is a renowned Marxist scholar in economics and has developed theories about the crisis in contemporary capitalism that are based on Marxian theories of economic crises. Jeong is the author of several works, including: Marxist Perspectives on South Korea in the Global Economy (2007); Neoliberal Restructuring and Labor Problems in Korea*

*(2003); and Issues in Modern Marxist Economics (2002). His work has also appeared in international journals such as the Review of Radical Political Economics and Rethinking Marxism.*

*Robert P. Brenner, 63, is a renowned Marxist economic historian and a professor of history at the University of California, Los Angeles, where he is also the director of the Center for Social Theory and Comparative History. Brenner incited a debate over his ideas about the transition from feudalism to capitalism in western Europe as published in the historical journal Past and Present in the 1970s and 1980s. He is a leading contributor to the book documenting that debate, The Brenner Debate: Agrarian Class Structure and Economic Development in Pre-industrial Europe (1987). An article he wrote for the New Left Review (November-December 2000) led to another intellectual controversy and became the basis for his book, The Boom and The Bubble: The US in the World Economy (2003).*

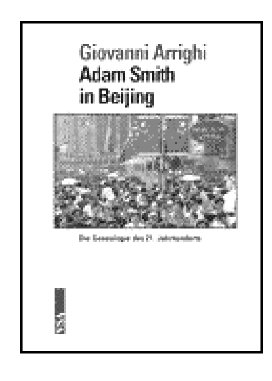
Robert P. Brenner/Daniela Dahn/Friedhelm Hengsbach/Saskia Sassen u.a. :**Kapitalismus am Ende?**
Attac: Analysen und Alternativen, 240 Seiten; EUR 14.80, ISBN 978-3-89965-350-2
VSA: Verlag Hamburg 2009
Die Titelgrafik stammt von Jule Axmann/Attac - Der Link auf das Buch lautet http://www.vsa-verlag.de/books.php?kat=ta&isbn=978-3-89965-350-2

## Peter Strotmann*

# Imperiale Zyklen des Weltkapitalismus

*„Den Völkern des Südens [bietet sich] eine nie da gewesene Gelegenheit zum Erwerb sozialer und wirtschaftlicher Macht“*

Giovanni Arrighis Theorie der Zyklen des Weltkapitalismus in seinem Buch „Adam Smith in Beijing“




Der am 18.Juni.2009 verstorbene Giovanni Arrighi hat ein Erbe hinterlassen, an dem weder die progressiven Wissenschaftler noch die Aktivisten der Bewegung für eine andere Welt vorbei kommen werden.
Ausgehend vom weiten Zeithorizont des Weltsystemansatzes stellt er im vorliegenden, 2007 fertig gestellten Buch, dessen Hauptthese durch die seitherige Finanzkrise bestätigt worden ist, die Frage, wieso *„Europas auf Außenhandel basierende Entwicklung und [die] überlegene Militärmacht, mit deren Hilfe Europäer sich mindestens drei Jahrhunderte lang den größten Teil der Gewinne aus der zunehmenden Integration der globalen Ökonomie aneignen konnten“* (98), so lange andauern konnten. Er will zeigen, *„dass die Synergie zwischen Kapitalismus, Industrie und Militarismus, angetrieben durch innerstaatliche Konkurrenz, tatsächlich einen positiven Kreislauf der Bereicherung und Ermächtigung für die Völker europäischer Abstammung und einen entsprechenden Teufelskreis der Verarmung und Entmachtung für die meisten anderen Völker erzeugte.“* (123)

### Niedergang des US-Imperialismus

Dieser lang währende Zustand ändert sich gerade. Der Versuch der USA, ihre privilegierte Stellung im kapitalistischen Weltsystem mit Waffengewalt abzusichern, scheiterte zunächst in Vietnam, und dann erst recht bei dem Versuch, das Trauma dieser Niederlage durch den Irakkrieg zu überwinden.
Den Niedergang der USA ordnet Giovanni Arrighi in das Muster imperialer Zyklen des Weltkapitalismus ein. Er vermeidet dabei den Begriff **„Finanzmarktkapitalismus“**, der einen anderen Kapitalismus suggeriere, während die besondere Rolle der Finanzmärkte nur auf die Phase des hegemonialen Übergangs hindeute. Nach einer **Phase** der „Finanzialisierung“ (dem „Herbst“ eines jeden historischen Akkumulationszyklus), in der das Kapital nach neuen, größeren Feldern der Akkumulation sucht, bilde sich jeweils ein neues Zentrum der Weltökonomie heraus: nach Genua zunächst in den Niederlanden, und als das zu klein wird, im britischen Imperium. Nach dem Ersten Weltkrieg sei auch dieser „Behälter“ zu klein geworden, und das Zentrum der Akkumulation in die USA gewandert, deren „Herbst“ mit dem Aufblähen der Finanzmärkte und der gigantischen Verschuldung nach innen und außen inzwischen zutage trete. Mit dem Aufstieg der asiatischen Tiger und der nachholenden Entwicklung Chinas biete sich jetzt *„den Völkern des Südens eine nie da gewesene Gelegenheit zum Erwerb sozialer und wirtschaftlicher Macht“* (124). Wenn die Devisenpolster nicht mehr dem Norden zur Verfügung gestellt, sondern als *„Instrumente der Emanzipation des Südens“* eingesetzt würden, könne ein *„**neues Bandung**“* entstehen, das *„den globalen Markt mobilisieren und als Instrument der Angleichung der Süd-Nord-Machtverhältnisse“* wirken könnte (476).

In dieser neuen Imperialismustheorie bildet das Aufblähen der finanziellen Sektoren durch die Überakkumulation von Kapital, das die normalen Investitionsmöglichkeiten überschreitet, *„eine immer wiederkehrende weltsystemische Tendenz“* (291), wobei *„sich Epochen der materiellen Expansion (G-W-Phase der Kapitalakkumulation) mit Phasen der finanziellen Expansion (W-G`-Phasen) abwechseln… Zusammengenommen machen die beiden Epochen das aus, was ich einen systemischen Zyklus der Akkumulation genannt habe (G-W-G´).“* (292)

Die monetaristische Konterrevolution der letzten 30 Jahre hatte das Ziel, die Stagnation der kapitalistischen Akkumulation zu überwinden. Indem sie zur *„Wiederbelebung der Rentabilität auf Kosten der Arbeiterschaft beitrug, hat sie die Position der USA als finanzielle Clearingstelle der Welt gestärkt und damit eine wachsende Minderheit der US-amerikanischen Bevölkerung in die Lage versetzt, an der Aktivität von Gehirnen und Muskeln anderer Länder teilzuhaben, ohne ihre eigenen Gehirne und Muskeln anstrengen zu müssen“* (220). Dieser Trend führte zur beispiellosen Auslandsverschuldung der USA und zum Verlust der Wettbewerbsfähigkeit der US-amerikanischen Industrie. Der Versuch der Bush-Regierung, den Abstiegstrend durch die einzig verbliebene Trumpfkarte, die militärische Suprematie, im Irak zu stoppen und die

„*schwindende Hegemonie in eine ausbeuterische Dominanz zu zementieren*“ (210), scheiterte kläglich.

## China: Dialog mit den fortschrittlichen Traditionen

Die Einschätzung Chinas spielt eine zentrale Rolle für die Beurteilung der globalen Verschiebungen. Einerseits wird Chinas Rückkehr zur Marktwirtschaft als eine Folge des Scheiterns der Kulturrevolution interpretiert. Das hat zu extremer Ausbeutung und zu einem enormen Anstieg der Einkommensunterschiede führte. „*Im Laufe der Zeit geriet die zunehmende Ungleichheit mit der revolutionären Tradition in Konflikt*“ (465). China hat auch noch keinen ökologisch nachhaltigen Entwicklungspfad erschlossen. Andererseits ist die chinesische Revolution selbst nicht gescheitert und unter der neuen Führung von Hu Jintao und Wen Jiaobao „*kommt es anscheinend zu einer Umkehr*“ (457). Denn alle Reformen stehen im Dialog mit den fortschrittlichen Traditionen und den „*außergewöhnlichen sozialen Errungenschaften der Mao-Ära*“ (458). Das mag auch der Grund sein für die vielfältigen, welthistorisch einmaligen massenhaften Protestaktionen und Streiks, die immerhin zur Einführung eines neuen Arbeitgesetzbuches geführt hat und zur Umkehr des Ressourcenflusses vom Osten nach Westen mit dem Ziel, das Programm des Aufbaus einer „neuen sozialistischen Landwirtschaft“ zu beleben. Arirghi. will „*mit dem Mythos aufräumen, der chinesische Aufstieg sei einem angeblichen Festhalten am neoliberalen Credo zuzuschreiben*“ (438). Vielmehr ist es in seinem Verständnis das Ergebnis des Anknüpfens an die chinesische Tradition einer marktbasierten „*„Fleißrevolution*“, was zu einer „*Akkumulation ohne Enteignung*“ geführt habe, in der auch die Wanderarbeiter – ähnlich wie im südlichen Afrika die Minenarbeiter – ihr Familiengrundstück zur Bewirtschaftung behalten haben und in Krisenzeiten darauf zurückgreifen können.

## Primat der Politik

Man kann das Buch auch lesen als ein Plädoyer für die Aufrechterhaltung des Primats der Politik unter Benutzung des Marktes als Instrument der Politik. Der Markt habe sich in China nicht verselbständigt, er agiere unter dem politischen Primat der Gesellschaft. Ende der 1970er Jahre „*waren die Voraussetzungen geschaffen für eine pragmatische Nutzung des Marktes als **Instrument** des Machterwerbs der KPChinas auf nationaler und der VRCh auf internationaler Ebene. Während über den Machterwerb der KPCh das letzte Wort noch nicht gesprochen ist – da noch nicht klar ist, ob ihr Einfluss auf Staat und Gesellschaft gestärkt oder geschwächt worden ist –, steht bereits fest, dass die Wirtschaftsreformen für den Machterwerb der VRCh ein durchschlagender Erfolg waren.*“(462)

## Marktsozialismus?

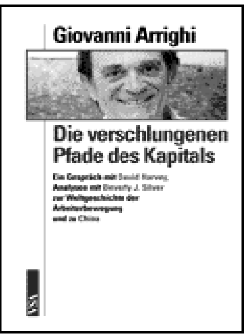
Arrighi unternimmt den Versuch, „Marktsozialismus“ als ein mit dem Marxismus kompatibles Konzept anzubieten. Seine in diesem Zusammenhang entwickelte Neubewertung der Theorien von Adam Smith verharmlosen jedoch die polarisierenden und chaotische Krisen erzeugenden Charakteristika der Marktmechanismen. Dennoch erweitert das Buch den Horizont marxistischer Debatten. In der Auseinandersetzung mit Robert Brenner (siehe diese Nummer) z.B. beklagt Verf. dessen ökonomistische Verengung auf die verarbeitende Industrie der Triade, wogegen er selbst vor allem die politische Ebene der Klassenkämpfe und Kriege zur Erklärung wiederkehrender „*hegemonialer Übergänge*“ heranzieht. Im Unterschied zu Brenner interpretiert er „*die Rentabilitätskrise als einen Aspekt einer umfassenden Hegemoniekrise*“ und betrachtet „*die Finanzialisierung des Kapitals, statt der anhaltenden Überkapazitäten und Überproduktion im verarbeitenden Gewerbe, als vorherrschende kapitalistische Reaktion auf die miteinander **zusammenhängenden** Krisen der Rentabilität und der Hegemonie*“(206).

Das Anschwellen des finanziellen Sektors bezeichne *das* wiederkehrende Moment imperialer Übergänge. Kurzfristig führe es zwar zur Stabilisierung bestehender Ordnungen, langfristig würden diese jedoch durch wirtschaftliche (mangelnde Nachfrage), politische (Entstehung neuer Machtkonstellationen) und soziale Entwicklungen (Aufstände durch massive Umverteilung) destabilisiert. Dann schlage die Stunde des subjektiven Faktors, in der die Karten der Weltgeschichte neu gemischt werden.

**Besprechung für ARGUMENT 283 (Herbst 2009)*

**Arrighi, Giovanni,** *Adam Smith in Beijing. Die Genealogie des 21. Jahrhunderts*, VSA, Hamburg 2008 (516 S., br., 36,80€)

Nach seinem Tode hat der Verlag ein Büchlein mit Beiträgen von und zu Giovanni Arrighi zusammengestellt:




**„Die verschlungenen Pfade des Kapitals“**
Ein Gespräch mit David Harvey, Analysen mit Beverly J. Silver zur Weltgeschichte der Arbeiterbewegung und zu China, 96 Seiten (August 2009) EUR 9.80 sFr 17.90
ISBN 978-3-89965-368-7

---




**isw-wirtschaftsinfo 42 "Bilanz der Großen Koalition 2005 bis 2009"**
In 17 Einzelkapiteln - von Armut/Schulden über Einkommensverteilung, Gewinne/Profite, Investitionen, Löhne, ... bis zu Vorstandsbezüge und Vermögen/Reichtum – untersuchen die isw-Autoren die wirtschaftliche und soziale Situation. Anschaulich aufbereitet mit zahlreichen Grafiken. Einige Schlagzeilen: 132 Milliarden Verteilungsverluste für Arbeitnehmer / Dividendenflut trotz Krise / Konjunkturpaket: Chance vertan / Exportdoping der Bundesregierung / Nach Kurzarbeit droht Rekord-Arbeitslosigkeit / Gesundheitsfonds, ein teurer Murks / Ab 2010: Rentenkürzungen oder Nullrunden über Nullrunden. Den Kapitel vorangestellt ist ein ausführlicher Kommentar von Conrad Schuhler: "Die große Koalition hat versagt". Die Grafiken aus wirtschaftsinfo 42 sind als powerpoint-präsentation auf CD erhältlich.
Bestellungen an: isw_muenchen@t-online.de wirtschaftsinfo 42 (66 Seiten, 5,- Euro) CD (5,- Euro) zzgl. Versandkosten
Beispielseiten finden Sie unter http://www.isw-muenchen.de/wirtschaftsinfo420.html

## Attac Frankreich

# Honduras, an der Frontlinie des Kampfes um die Demokratie

Montreuil, am 17. August 2009

Mit dem Staatsstreich vom 28. Juni 2009 gegen den gewählten Präsidenten von Honduras, Manuel Zelaya, wurde das kleine mittelamerikanische Land zur Frontlinie im Kampf um die Demokratie in Lateinamerika. Die zivilen und militärischen Putschisten, allesamt Angehörige der honduranischen Oligarchie, richten eine Diktatur ein, eine Herrschaftsform, mit der diese Region der Welt bereits bittere Erfahrungen hat: Mord (bisher 10 Tote), Verschleppung, Folter – z.B. durch das Bataillon 3-16, das in den 1980ern, von der CIA gegründete honduranische Todesschwadron - , Massenverhaftungen, totale Überwachung der Medien, etc.

Die Nationale Front gegen den Staatsstreich, ein Zusammenschluss vieler Bewegungen, fordert die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung und die Rückkehr von Zelaya in sein Amt. Auf die zunehmende Repression reagiert die Nationale Front mit einer Strategie gewaltfreier Aktionen. Provokateure im Sold der Putschisten versuchen jedoch die Widerstandsbewegung vom Weg der Gewaltfreiheit abzubringen, um das Eingreifen von Polizei und Armee zu rechtfertigen. Der Mut, mit dem die Menschen in Honduras für die Demokratie kämpfen, ist bewundernswert, und attac erklärt ihnen seine volle Solidarität.

In Lateinamerika ist selbstverständlich die Solidarität vielfältig und stark ausgeprägt, sowohl unter den sozialen und zivilgesellschaftlichen Bewegungen als auch unter den Regierungen der UNASUR-Staaten (Union der Südamerikanischen Nationen). Diese haben erneut die sofortige und bedingungslose Rückkehr Zelayas in sein Amt gefordert und weigern sich, Wahlen, die unter der Schreckensherrschaft der Putschisten durchgeführt werden, anzuerkennen. Das De-facto-Regime spielt in der Tat auf Zeit und spekuliert für eine maßgeschneiderte «Präsidentschaftswahl» auf das Nachlassen des internationalen Interesses und vor allem auf die an Unterstützung grenzende politische Zurückhaltung Washingtons.
Es ist bekannt, dass die US-Militärberater und Diplomaten in Tegucigalpa vollständig über den sich abzeichnenden Staatsstreich informiert waren und dass sie – um es wohlwollend zu formulieren – alles unterlassen haben, diesen zu verhindern. Dies erklärt auch die ersten überaus peinlichen Äußerungen des US-Außenministeriums, welche Manuel Zelaya und die Urheber des Putsches auf dieselbe Stufe stellten. Auch wenn sich Barack Obama kurz darauf bemüht hat, den Putsch zu verurteilen, übt die amerikanische Regierung keinerlei Druck auf die Putschisten aus. Sie begnügt sich, die militärische Zusammenarbeit „vorläufig einzustellen" - sofort wirksame Maßnahmen wie ein Einreiseverbot und das Einfrieren der Konten der Putschisten- in den USA werden aber nicht getroffen.
Mit dieser doppelzüngigen Haltung gegenüber Honduras führt die US-amerikanische Regierung die Politik von George Bush fort, wenn auch bedeutend kultivierter. Ihr Ziel ist es, den lateinamerikanischen Einigungsprozess, der wie im Fall der UNASUR ohne die USA stattfindet, zu bremsen oder - besser noch - zum Scheitern zu bringen, bisher allerdings erfolglos. Insbesondere soll vor allem die kontinuierliche Erweiterung der Bolivarischen Alternative für Amerika, kurz **ALBA**, unterbunden werden. Seit dem Beitritt von Honduras unter Manuel Zelaya umfasst das alternative Handelsbündnis nun 9 Mitgliedsländer [1].

In allerbester imperialistischer Tradition soll die US-Politik zu guter Letzt auch den Zugang zu neuen **Militärstützpunkten** sichern, um die Überwachung der Region und mögliche Interventionen zu erleichtern. Die Stationierung US-amerikanischer Militärs auf sieben kolumbianischen Stützpunkten, die der kolumbianische Präsident Alvaro Uribe dem Pentagon gestattet hat, ist eine Provokation gegenüber ganz Südamerika und insbesondere gegenüber Ecuador und Venezuela. In der Region gibt es bereits Stützpunkte in Puerto Rico, in Honduras (Soto Cano), in El Salvador (Comalapa) und auf Kuba (Guantánamo).

Die weltweit überbordende Obamania kaschiert das ungebrochene Streben der USA nach der Vorherrschaft in Lateinamerika, das sie früher als ihren «Hinterhof» zu bezeichnen pflegten. In Honduras stehen zwei Dinge auf dem Spiel: Erstens die Zukunft der Regierungen, die tief greifende soziale Umwandlungsprozesse eingeleitet haben, und die, nach dem Tegucigalpa-Modell, das Ziel von Destabilisierungsversuchen durch die landeseigenen Oligarchien werden können. Zweitens, vor dem Hintergrund der anstehenden 200-Jahr-Feiern zur Unabhängigkeit Lateinamerikas von den europäischen Mächten, die Unumgänglichkeit einer zweiten Befreiung, diesmal aus der Abhängigkeit von den USA.

Für attac ist die Wiedereinsetzung von Präsident Zelaya in seinen Amt eine demokratische Priorität. Am 11. August fand ein von Via Campesina initiierter Tag der internationalen Solidarität mit Honduras statt. In Frankreich wurde dieser von attac, der Bauerngewerkschaft *Confédération paysanne*, sowie anderen Gewerkschaften und Parteien unterstützt. Attac ruft alle sozialen Bewegungen und die Bürgerinnen und Bürger auf, als Zeichen ihrer Solidarität, vor allem über die Widerstandsbewegung in Honduras zu berichten. Von den europäischen und nationalen Parlamentsabgeordneten fordert attac kritische Wachsamkeit gegenüber den europäischen Regierungen und Institutionen. Ihr Atlantismus ist wie ihre zweite Natur und dieser kann nur zu einem Einschwenken auf die Positionen Washingtons führen.

*[1] Zur ALBA gehören neun Länder. Drei südamerikanische: Bolivien, Ecuador und Venezuela; zwei mittelamerikanische: Honduras und Nicaragua; vier karibische: Kuba, Dominica, Saint Vincent und Grenada, Antigua und Barbados (die drei letzten mit der Staatssprache Englisch). Statt auf den Wettbewerb setzt das Bündnis auf Kooperation und Komplementarität unter Berücksichtigung des Ungleichgewichts innerhalb der Mitgliedsstaaten. Die Einführung einer gemeinsamen virtuellen Währung, SUCRE, ist geplant.*

http://www.france.attac.org/spip.php?article10231, *Übersetzt von Birgit Wörishofer, coorditrad, SiG-Redaktion*

S. auch http://www.attac-netzwerk.de/ag-lateinamerika/honduras/ http://www.amerika21.de
ILA 327, http://www.ila-bonn.de/artikel/ila327/honduras_putsch_vorgeschichte.htm
**Chomsky** Freiheit und Demokratie im Sommer 2009, http://www.zmag.de/artikel/freiheit-und-demokratie-im-sommer-2009
Weitere Infos: http://www.laxxi.net/, , http://www.redglobe.de

# Aufruf der internationalen Landarbeiterorganisation Via Campesina: "Wir brauchen Spenden, um den Kampf in Honduras zu unterstützen"

**Von Marbel Màrquez, Tegucigalpa**
(Übersetzung von Harald Neuber)

Die Menschen in Honduras sind auf der Straße. Frauen und Männer aller sozialer Schichten halten seit gut einem Monat den Protest aufrecht, seit ein Staatsstreich am vergangenen 28. Juni den gewählten Präsidenten Manuel Zelaya aus dem Amt gedrängt und Roberto Micheletti an die Spitze des Staates gebracht hat. Der Putschistenführer wird von der konservativen Elite unterstützt, von Teilen der Armee, von der Kirche und von Unternehmern, die durch die Sozialpolitik von Zelaya um ihre Privilegien bangen mussten.

Seit jenem Tag sind tausende Bürgerinnen und Bürger zur Grenze mit Nicaragua gefahren, um eine mögliche Rückkehr des gewählten Präsidenten zu unterstützen, die bisher jedoch nicht durchgesetzt werden konnte. Diejenigen, die den Protest vor Ort fortführen, sind in Zeltlagern auf beiden Seiten der Grenze untergekommen, um den Druck aufrechtzuerhalten. In den Städten demonstrieren zahlreiche Gruppen der gemeinsamen Widerstandsfront: Landarbeiterorganisationen, Gewerkschaftsverbände, Feministinnen, Studentengruppen, Lehrerorganisationen, andere soziale Gruppen und unorganisierte Bürgerinnen und Bürger.

Die Repression war noch nie so groß: Hunderte Personen wurden von Polizei- und Armeekräften zusammengeschlagen, die Medien wurden zum Schweigen gebracht und nach unseren Informationen sind mindestens acht Personen ermordet worden.

Dennoch erhöhen die sozialen Bewegungen in Honduras ihren Druck, und sie waren nie zuvor derart organisiert wie zurzeit.
Am 5. August haben Tausende Menschen einen Marsch aus den verschiedenen Provinzen in die beiden größten Städte des Landes begonnen: Tegucigalpa und San Pedro Sula. Jeden Tag legen sie 15 Kilometer zurück. Sie beweisen damit allen gegenüber die Stärke und Entschlossenheit des Widerstandes gegen den blutigen Putsch. Der Sternmarsch wird am 11. August zum Höhepunkt kommen, dem unlängst deklarierten internationalen Aktionstag für Honduras.

Die Protestteilnehmer/innen fordern die Rückkehr des gewählten Präsidenten. Jeden Tag gehen sie aber mit größeren Entschlossenheit auch für eine neue Gesellschaft auf die Straße, in der die LandarbeiterInnen, die LehrerInnen, ArbeiterIinnen, Studierende und politisch Aktive im Zentrum der Politik stehen. Sie stehen für eine solidarische und gerechte Gesellschaft, die nicht von Privilegien und Geld dominiert wird.

Die Krise in Honduras wird das Schicksal der gesamten Region und ihrer Völker bestimmen. Ihr Ausgang wird internationale Auswirkungen haben.
Wir alle, Männer und Frauen, sind deswegen höchst beunruhigt. Die Menschen im Widerstand in Honduras brauchen jetzt finanzielle Hilfe, um ihren Kampf aufrechterhalten zu können. Nach über einem Monat des Kampfes ruft die internationale Landarbeiterorganisation Via Campesina zu Spenden auf, um die Massenprotest fortführen zu können.
**http://www.viacampesina.org/main_sp/index.php?option=com_content&task=view&id=800&Itemid=29**

**Spendenkonto**
Bank: Ipar Kutxa, Kontoinhaber:
Asociacion Lurbide, Land: Spanien
SWIFT: CVRVES2B
IBAN: ES54 3084 0023 5364 0006 1004
Stichwort: Lucha Honduras

# Berliner Appell - Gegen eine Unterstützung der Putschisten in Honduras

Berlin, am 20. Juli 2009

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Wieczorek-Zeul, sehr geehrter Herr Bundesminister Steinmeier,

wir wenden uns an Sie aus Protest gegen die Politik der deutschen Friedrich-Naumann-Stiftung in Honduras. Nach dem international verurteilten Militärputsch gegen den legitimen Präsidenten Manuel Zelaya Rosales am 28. Juni dieses Jahres hat der Vertreter der Naumann-Stiftung in Tegucigalpa, Herr Christian Lüth, diesen Putsch mehrfach verteidigt. (…)
Die Organisation der Vereinten Nationen, die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), die Europäische Union und auch die US-Regierung haben den Militärputsch in Honduras als solchen Verurteilt und die Rückkehr Zelayas in sein Präsidentenamt gefordert. OAS-Generalsekretär José Miguel Insulza erklärte mehrfach, zuletzt am 16. Juli: „Ein Staatsstreich stellt eine Verletzung der Demokratie dar". Wir halten es für nicht akzeptabel, wenn die Naumann-Stiftung als eine durch Steuergelder finanzierte Organisation dennoch offen mit diesem demokratischen Konsens bricht und die international nicht anerkannte Putschregierung uneingeschränkt verteidigt.
Dieser Widerspruch ist umso größer, da die Machthaber nach dem Militärputsch mit zunehmender Brutalität gegen Mitglieder der Demokratiebewegung vorgehen. Die US-amerikanische Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch bestätigte am 8. Juli die „Anwendung exzessiver Gewalt" gegen Demonstranten durch das Militär. Mehrere Demonstranten und Mitglieder von Oppositionsparteien wurden seit dem Militärputsch ermordet. Vertreter sozialer Organisationen warnen vor der Gefahr einer dramatischen Zuspitzung der Lage.

Mit großer Sorge haben wir Berichte aus der lateinamerikanischen Presse zur Kenntnis genommen, nach denen die von der Naumann-Stiftung geförderte Jugendorganisation „Generation für den Wandel" an gewalttätigen Übergriffen gegen Mitglieder der Demokratiebewegung teilnimmt. Einen entsprechenden Vorwurf hat Andrés Pavón Murillo erhoben, der Vorsitzender des renommierten Komitees zur Verteidigung der Menschenrechte in Honduras (CODEH).

Vor diesem Hintergrund fordern wir Sie auf:

- Distanzieren Sie sich von der Unterstützung der Friedrich-Naumann-Stiftung in den Militärputsch in Honduras;
- Erinnern Sie die Vertreter der Stiftung eindringlich an ihren rechtsstaatlichen Auftrag, für den Sie mit öffentlichen Geldern finanziert werden;
- Drängen Sie auf die Wahrung der Menschenrechte unter dem Regime von Roberto Micheletti in Honduras:
- Unterstützen Sie die rechtmäßige Regierung von Präsident Manuel Zelaya.

*Erstunterzeichner: Attac Deutschland; Deutscher Friedensrat; Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V.; ila - Monatszeitschrift für Lateinamerika; Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V.; Internetportal amerika21.de; AK Internationalismus der IG Metall, Verwaltungsstelle Berlin; Thilo Hoppe, Bundestagsabgeordneter Bündnis 90/Die Grünen,; Dr. Gregor Gysi, Vorsitzender der Bundestagsfraktion DIE LINKE; Heike Hänsel, Bundestagsabgeordnete DIE LINKE; Sven Giegold, Europaabgeordneter Bündnis 90/Die Grünen; Prof. Dr. Elmar Altvater, Autor; (…)*
http://www.amerika21.de/nachrichten/inhalt/2009/jul/petition-9263537-naumann/

# Matthias Jochheim

# Die nukleare Kriegsdrohung im Nahen Osten

## *Vortrag bei der attac-Sommerakademie, Karlsruhe 6.8.09*

Heute, am 6.August, ist der 64.Jahrestag des ersten Atombombenabwurfs über Japan. 200000 Menschen starben damals in den ersten Tagen nach den A-Bomben auf Hiroshima und Nagasaki.
Die Experten sind sich einig: Die Region, über die wir heute sprechen, der Nahe/Mittlere Osten, ist eine zentrale und vielleicht die global gefährlichste Konfliktregion in der Welt. Iran wird verdächtigt, nach Atomwaffen zu streben, und damit nicht nur die Vernichtung Israels, sondern eine tödliche Bedrohung des ganzen Westens vorzubereiten. Um dieser behaupteten ungeheuren Gefahr zu begegnen, erscheinen aus dieser Sicht alle Mittel gerechtfertigt, inklusive ein Präventivkrieg, und sogar der Einsatz nuklearer Waffen wird hierzu in Erwägung gezogen.
Die Folgen solcher militärischer „Lösungs"-Versuche wären völlig unabsehbar. Das Friedensgutachten 2006 von fünf führenden deutschen Friedensforschungseinrichtungen urteilte: *„Mit hoher Wahrscheinlichkeit würde ein Krieg gegen Iran das Irak-Debakel an politischer Sprengkraft noch in den Schatten stellen...Da es zur Fortsetzung der Lösungssuche durch Verständigung und Interessensausgleich keine vertretbare Alternative gibt, muss sich die EU klar und deutlich gegen ein gewaltsames Vorgehen aussprechen."*
Dies aber geschieht aus unserer IPPNW-Sicht bisher völlig unzureichend. Offenbar bedürfen die Regierenden noch wesentlich energischerer Anstöße aus gut informierten Sektoren der Zivilgesellschaft. Wir wollen versuchen, heute und hier dazu ein wenig beizutragen.

Verständigung und Interessensausgleich, auch darauf weisen die Wissenschaftler aus gegebenem Grund hin, kann nicht gelingen, wenn nicht auf das Anlegen unterschiedlicher Maßstäbe an die verschiedenen Akteure verzichtet wird. Doppelte Standards sind mit Friedenspolitik nicht vereinbar. Die Anwendung geltender Verträge und völkerrechtlicher Bestimmungen ist unentbehrlich, wenn es nicht nur um die Durchsetzung eigener Machtansprüche, sondern um tragfähige Lösungen für ein sicheres und konstruktives Zusammenleben der Nationen geht.

### Iran auf dem Weg zur Atomwaffenmacht?

Wesentlicher Vorwurf an den Iran ist, dieser betreibe unter dem Vorwand seines Atomenergie-Programms die nukleare Aufrüstung, unter Verletzung seiner Verpflichtungen aus dem Atomwaffensperrvertrag (Non-Proliferation-Treaty NPT), den Iran 1974 unterzeichnet hatte.
Hier nun einige wesentliche Bestimmungen dieses Vertrags:

---

## Einschub: Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV)

Die Vertragparteien „…eingedenk dessen, dass die Staaten im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt unterlassen müssen und dass die Herstellung und Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit unter möglichst geringer Abzweigung menschlicher und wirtschaftlicher Hilfsquellen der Welt für Rüstungszwecke zu fördern ist – sind wie folgt übereingekommen:

**Artikel I**
Jeder Kernwaffenstaat, der Vertragspartei ist, verpflichtet sich, Kernwaffen und sonstige Kernsprengkörper oder die Verfügungsgewalt darüber an niemanden unmittelbar oder mittelbar weiterzugeben und einen Nichtkernwaffenstaat weder zu unterstützen noch zu ermutigen noch zu veranlassen, Kernwaffen oder sonstige Kernsprengkörper herzustellen oder sonstwie zu erwerben oder die Verfügungsgewalt darüber zu erlangen.

**Artikel II**
Jeder Nichtkernwaffenstaat, der Vertragspartei ist, verpflichtet sich, Kernwaffen oder sonstige Kernsprengkörper oder die Verfügungsgewalt darüber von niemandem unmittelbar oder mittelbar anzunehmen, Kernwaffen oder sonstige Kernsprengkörper weder herzustellen noch sonst wie zu erwerben und keine Unterstützung zur Herstellung von Kernwaffen oder sonstigen Kernsprengkörpern zu suchen oder anzunehmen.

(Hier wird deutlich, dass die Bundesrepublik Deutschland als Nichtkernwaffenstaat gegen den NPT verstößt, durch ihre „atomare Teilhabe" im Rahmen der NATO und die Lagerung von rund 20 US-amerikanischen Atombomben auf der deutschen Luftwaffenbasis Büchel, sowie die Vorbereitung des Abwurfs dieser Waffen durch Bundeswehr-Tornado-Maschinen, nach Freigabe durch die US-Regierung, Anmerkung M.J.)

**Artikel III**
(1) Jeder Nichtkernwaffenstaat, der Vertragspartei ist, verpflichtet sich, Sicherungsmaßnahmen anzunehmen, wie sie in einer mit der Internationalen Atomenergie-Organisation nach Maßgabe ihrer Satzung und ihres Sicherungssystems auszuhandelnden und zu schließenden Übereinkunft festgelegt werden, wobei diese Sicherungsmaßnahmen ausschließlich dazu dienen, die Erfüllung seiner Verpflichtungen aus diesem Vertrag nachzuprüfen, damit verhindert wird, dass Kernenergie von der friedlichen Nutzung abgezweigt und für Kernwaffen oder sonstige Kernsprengkörper verwendet wird. Die Verfahren für die nach diesem Artikel erforderlichen Sicherungsmaßnahmen werden in Bezug auf Ausgangs- und besonderes spaltbares Material durchgeführt, gleichviel ob es in einer Hauptkernanlage hergestellt, verarbeitet oder verwendet wird oder sich außerhalb einer solchen Anlage befindet. Die nach diesem Artikel erforderlichen Sicherungsmaßnahmen finden Anwendung auf alles Ausgangs- und insbesondere spaltbare Material bei allen friedlichen nuklearen Tätigkeiten, die im Hoheitsgebiet dieses Staates, unter seiner Hoheitsgewalt oder unter seiner Kontrolle an irgendeinem Ort durchgeführt werden.

(2) Jeder Staat, der Vertragspartei ist, verpflichtet sich, a) Ausgangs- und besonderes spaltbares Material oder b) Ausrüstungen und Materialien, die eigens für die Verarbeitung, Verwendung oder Herstellung von besonderem spaltbarem Material vorgesehen oder hergerichtet sind, einem Nichtkernwaffenstaat für friedliche Zwecke nur dann zur Verfügung zu stellen, wenn das Ausgangs- oder besondere spaltbare Material den nach diesem Artikel erforderlichen Sicherungsmaßnahmen unterliegt.

(3) Die nach diesem Artikel erforderlichen Sicherungsmaßnahmen werden so durchgeführt, dass sie mit Artikel IV in Einklang stehen und keine Behinderung darstellen für die wirtschaftliche und technologische Entwicklung der Vertragsparteien oder für die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet friedlicher nuklearer Tätigkeiten, einschließlich des internationalen Austausches von Kernmaterial und Ausrüstungen für die Verarbeitung, Verwendung oder Herstellung von Kernmaterial für friedliche Zwecke in Übereinstimmung mit diesem Artikel und dem in der Präambel niedergelegten Grundsatz der Sicherungsüberwachung.

(4) Nichtkernwaffenstaaten, die Vertragspartei sind, schließen entweder einzeln oder gemeinsam mit anderen Staaten nach Maßgabe der Satzung der Internationalen Atomenergie-Organisation Übereinkünfte mit dieser, um den Erfordernissen dieses Artikels nachzukommen. Verhandlungen über derartige Übereinkünfte werden binnen 180 Tagen nach dem ursprünglichen Inkrafttreten dieses Vertrags aufgenommen. Staaten, die ihre Ratifikations oder Beitrittsurkunde nach Ablauf der Frist von 180 Tagen hinterlegen, nehmen Verhandlungen über derartige Übereinkünfte spätestens am Tag der Hinterlegung auf. Diese Übereinkünfte treten spätestens achtzehn Monate nach dem Tag des Verhandlungsbeginns in Kraft.

**Artikel IV**

**(1)** Dieser Vertrag ist nicht so auszulegen, als werde dadurch das unveräußerliche Recht aller Vertragsparteien beeinträchtigt, unter Wahrung der Gleichbehandlung und in Übereinstimmung mit den Artikeln I und II die Erforschung, Erzeugung und Verwendung der Kernenergie für friedliche Zwecke zu entwickeln.

(2) Alle Vertragsparteien verpflichten sich, den weitestmöglichen Austausch von Ausrüstungen, Material und wissenschaftlichen und technologischen Informationen zur friedlichen Nutzung der Kernenergie zu erleichtern, und sind berechtigt, daran teilzunehmen. Vertragsparteien, die hierzu in der Lage sind, arbeiten ferner zusammen, um allein oder gemeinsam mit anderen Staaten oder internationalen Organisationen zur Weiterentwicklung der Anwendung der Kernenergie für friedliche Zwecke, besonders im Hoheitsgebiet von Nichtkernwaffenstaaten, die Vertragspartei sind, unter gebührender Berücksichtigung der Bedürfnisse der Entwicklungsgebiete der Welt beizutragen.

…

**Artikel VI**

Jede Vertragspartei verpflichtet sich, in redlicher Absicht Verhandlungen zu führen über wirksame Maßnahmen zur Beendigung des nuklearen Wettrüstens in naher Zukunft und zur nuklearen Abrüstung sowie über einen Vertrag zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle.

(Dieses Zugeständnis der offiziellen Nuklearmächte an die „nuklearen Habenichtse“ wurde de facto nicht umgesetzt, eine klare Verletzung des NPT. Anmerkung M.J.)

...

**Artikel VIII**

…(3) Fünf Jahre nach dem Inkrafttreten dieses Vertrags wird in Genf, Schweiz, eine Konferenz der Vertragsparteien zu dem Zweck abgehalten, die Wirkungsweise dieses Vertrags zu überprüfen, um sicherzustellen, dass die Ziele der Präambel und die Bestimmungen des Vertrags verwirklicht werden.

Danach kann eine Mehrheit der Vertragsparteien in Abständen von je fünf Jahren die Einberufung weiterer Konferenzen mit demselben Ziel der Überprüfung der Wirkungsweise des Vertrags erreichen, indem sie den Verwahrregierungen einen diesbezüglichen Vorschlag unterbreitet.

(Die letzte dieser Überprüfungskonferenzen fand 2005 in New York ohne irgendein Ergebnis statt, da die US-Regierung sich mit Verweis auf ihren „Krieg gegen den Terror“ weigerte, über einen Abbau ihrer Nuklearwaffen-Arsenale zu verhandeln. Die nächste Überprüfungskonferenz findet 2010, also im nächsten Jahr statt, und es wird spannend, ob die neue US-Administration dabei ihren Ankündigungen in Richtung eines Abbaus der Nuklearrüstung auch konkrete Schritte folgen lassen wird. Anmerkung M.J.)

...

**Artikel X**

**(1**) Jede Vertragspartei ist in Ausübung ihrer staatlichen Souveränität berechtigt, von diesem Vertrag zurückzutreten, wenn sie entscheidet, dass durch außergewöhnliche, mit dem Inhalt dieses Vertrags zusammenhängende Ereignisse eine Gefährdung der höchsten Interessen ihres Landes eingetreten ist. Sie teilt diesen Rücktritt allen anderen Vertragsparteien sowie dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen drei Monate im Voraus mit. Diese Mitteilung hat eine Darlegung der außergewöhnlichen Ereignisse zu enthalten, durch die ihrer Ansicht nach eine Gefährdung ihrer höchsten Interessen eingetreten ist.

(Nordkorea hat von diesem Recht Gebrauch gemacht, und ist durch mindestens einen erfolgreichen Atombombentest zur neunten Nuklearwaffenmacht geworden. Anmerkung M.J.)

(2) Fünfundzwanzig Jahre nach Inkrafttreten dieses Vertrags wird eine Konferenz einberufen, die beschließen soll, ob der Vertrag auf unbegrenzte Zeit in Kraft bleibt oder um eine oder mehrere bestimmte Frist oder Fristen verlängert wird. Dieser Beschluss bedarf der Mehrheit der Vertragsparteien.

(1995 hat diese Konferenz stattgefunden, und beschlossen, dass der NPT auf unbestimmte Zeit in Kraft bleiben soll. Anmerkung M.J.)

---

Im Licht dieser Vertragsbestimmungen betrachtet, hat der Iran bisher die aus dem NPT-Vertrag erwachsenen Verpflichtungen höchstens marginal verletzt. Die Urananreicherung in der umstrittenen Anlage von Natanz genügt mit 3% lediglich den Anforderungen für Brennstäbe von Kernkraftwerken, in keiner Weise aber den 90%, die für militärische Zwecke erforderlich wären. Intensive Inspektionen der IAEO in den letzten Jahren und der Austausch von Informationen mit den iranischen Betreibern konnten einige Verdachtsmomente ausräumen, die IAEO fand keinerlei Beweise für ein iranisches Atomwaffenprogramm. Selbst die US-Geheimdienste erklärten in einem vielbeachteten gemeinsamen Statement Ende 2007, zumindest seit 2003 gäbe es kein iranisches Atomwaffenprogramm mehr.

Die Verhandlungen der EU-Vertreter mit der iranischen Regierung, übrigens noch vor der Amtszeit Ahmadinedjads, ergaben weder verlässliche Zusagen bezüglich der Brennstoffversorgung für das iranische Atomenergieprogramm, noch Sicherheitszusagen der USA, ihre militärische Bedrohung des Landes zurückzunehmen.

Iran ist ein Land, das nie in den letzten Jahrhunderten seine Nachbarstaaten militärisch angegriffen hat. Im Gegenteil war es auch nach dem 2.Weltkrieg massiven Interventionen aus dem Ausland ausgeliefert- so dem von USA und GB mitorganisierten Putsch gegen die demokratische Regierung Mossadegh 1953, mit dem Ziel, die von dieser durchgeführte Nationalisierung der Rohölproduktion rückgängig zu machen. Oder der von den USA und den Westmächten massiv unterstützte Angriffskrieg des irakischen Saddam-Regimes von 81-88, der etwa 1 Million Todesopfer auf beiden Seiten forderte, und mit Unterstützung deutscher Lieferanten unter Einsatz von Giftgas durch die irakische Armee geführt wurde. Die USA lieferten übrigens damals pikanterweise clandestin und über israelische Häfen Waffen auch an das iranische Mullahregime, was in Präsident Reagans berüchtigtem „Irangate“-Skandal dann aufflog. Die finanziellen Erträge der Waffen-Deals mit Iran wurden übrigens den terroristischen nicaraguanischen Contras zugesteckt, die im Auftrag der CIA die nicaraguanische Bevölkerung und ihre sandinistische Revolution zu ersticken versuchten. (Deswegen wurde „Irangate“ auch „Contragate“ genannt.)

US-Präsident Bush, den man in Anbetracht von hunderttausenden von Opfern seines völkerrechtswidrigen Irakkriegs mit Fug und Recht als einen Kriegsverbrecher bezeichnen kann, setzte Iran auf seine Liste von „Schurkenstaaten“, der sogenannten „Achse des Bösen“. Iran ist ein wesentliches Ziel, wenn es um die Konsolidierung US-amerikanischer Vorherrschaft in der MiddleEast-Region geht. Dies macht das Land zum Ziel politisch-ökonomischer Destabilisierung wie auch massiver militärischer Drohung, die selbstverständlich mit der UN-Charta gänzlich unvereinbar ist; dort ist nämlich nicht nur militärische Aggression, sondern auch die Drohung mit solcher Gewalt untersagt.

### Israel- die (un-)heimliche Atomwaffenmacht im Nahen Osten

Kurzer historischer Abriss:
1950 schließen Israel und Frankreich ein Kooperationsabkommen über die friedliche Nutzung der Atomenergie
1957 unterzeichnen Frankreich und Israel ein Abkommen zum Bau des Reaktors von Dimona, in der Negev-Wüste. Der Bau wird geheim gehalten.
1961: Die CIA berichtet über ihre Erkenntnisse bezüglich eines israelischen Nuklearwaffenprogramms, Präsident Kennedy weitet trotz Bedenken gegen Israels mögliche Atomwaffen die Rüstungsunterstützung der USA massiv aus.
1967 Frankreich stellt nach dem 6-Tag-Krieg die Uran-Lieferungen für die Anlage in Dimona ein, Israel und Südafrika beginnen eine jahrzehntelange nukleare Zusammenarbeit, u.a. auch bei A-Waffen-Tests, zuletzt 1979 über dem indischen Ozean.
1986 der israelische Atomtechniker Mordechai Vanunu informiert die internationale Öffentlichkeit über das israelische Nuklearwaffenprogramm, wird daraufhin im Ausland entführt, nach Israel verschleppt und zu 18 Jahren Haft verurteilt
2006: Premier Olmert spricht offen von Israel als Nuklearwaffenmacht – wobei ungeklärt bleibt, ob dies ein Versehen ist, oder damit die Politik der Geheimhaltung beendet werden soll.
Es wird davon ausgegangen, dass Israel über ein Arsenal von 200 bis zu 500 nuklearen Sprengsätzen verfügt, mit einer totalen Sprengkraft von rund 50 Megatonnen TNT(Sprengkraft der Hiroshima-Bombe: 13,5 Kilotonnen TNT).
Israel hat den Atomwaffensperrvertrag nicht unterzeichnet, und unterwirft sich keinerlei internationalen Kontrollen
Es verfügt über modernste Trägerwaffen aus eigener, US-amerikanischer und in Gestalt der Dolphin-U-Boote auch aus deutscher Produktion. Israel lehnt die in UN-Resolutionen geforderte atomwaffenfreie Zone in Nahost ab.

### Dolphin-U-Boote nach Israel, Rechtfertigungsversuche und Hintergründe

Die Rüstungskooperation zwischen der Bundesrepublik Deutschlands und Israel reicht bis in die 1950er Jahre zurück. Schon lange bevor beide Staaten diplomatische Beziehungen aufnahmen, vereinbarten die Regierungschefs Adenauer und Ben Gurion eine intensive Zusammenarbeit auf diesem Gebiet. Dies hinderte die deutsche Rüstungsindustrie aber nicht daran, auch arabische Länder in ihren Kundenkreis mit einzubeziehen. Ein besonders grausiges Ergebnis deutsch-irakischer Handelsbeziehungen war die Lieferung einer Chemieanlage durch die Firma Karl Kolb, die angeblich der Produktion von Insektiziden dienen sollte, tatsächlich aber Giftgas für den Einsatz im Krieg gegen den Iran und gegen die kurdische Bevölkerung erzeugte.

Im zweiten Golfkrieg 1991 schoss dann das Saddam-Regime Scud-Raketen gegen Israel ab, was bei der israelischen Bevölkerung die panische Furcht auslöste, diese Projektile könnten mit Giftgas munitioniert sein, wohlgemerkt aus einer von Deutschen gelieferten Fabrik.
Sozusagen als Entschädigung für diesen deutschen Beitrag zu Saddams Giftgas-Arsenal erklärte sich dann die deutsche Bundesregierung bereit, drei hochmoderne „Dolphin“-U-Boote an Israel zu liefern, finanziert ganz wesentlich aus dem deutschen Staatshaushalt, und sicher nicht zum Schaden der einschlägigen deutschen Kriegswerften. Das Besondere an diesen Booten: sie wurden mit Torpedorohren eines Kalibers ausgestattet, welches sich für Cruise Missiles eignet, das sind atomar zu munitionierende Marschflugkörper, über die die israelische Marine verfügt, und die nach Beobachtungen der US-Navy von israelischen Dolphin-Booten auch bei Manövern vor Sri Lanka bereits abgefeuert wurden, mit einer Flugweite von rund 1500 km.

2007 vertrat Rainer Arnold, der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, bei einer Tagung in Bad Boll die Lieferung dieser Boote ganz offen mit der Notwendigkeit Israels, über eine „Zweitschlagskapazität“ zu verfügen, das bedeutet: im Fall eines Angriffs von außen in jedem Fall mit einem nuklearen Vergeltungsschlags reagieren zu können.
Die rot-grüne Bundesregierung wollte denn auch gegenüber ihrer Vorgängerin nicht zurückstehen, und sagte Israel die Lieferung zweier weiterer dieser Boote zu, zum Preis von rund 1 Milliarde €, zu denen die deutschen Steuerzahler direkt und indirekt etwa zwei Drittel beitragen. Es war ein besonderes Bubenstück, wie der Bundessicherheitsrat der Schröder/Fischer-Regierung diesem Rüstungsvertrag sozusagen im Abgang nach verlorener Bundestagswahl 2005 noch zustimmte, ohne dass das Parlament dazu noch einmal hätte Rechenschaft fordern können. Außenminister Fischer selber schickte einen seiner Vertreter vor, diesen brisanten deal zu unterschreiben, der dem Geist und Sinn des Atomwaffensperrvertrags eindeutig widerspricht.

### Eine Petition an den Bundestag – und die Antwort

Schockiert vom massiven israelischen Militär-Angriff auf den Libanon, brachte die Kooperation für den Frieden, ein bundesweiter Zusammenschluss von Friedensorganisationen und –Gruppen, im Herbst 2006 mit der Unterstützung von rund 10.000 Unterschriften eine Petition beim hierfür zuständigen Ausschuss des deutschen Bundestag ein, alle Rüstungslieferungen in die Nahost-Region angesichts der dort geführten Kriege und der Menschenrechtsverletzungen zu stoppen, gleichgültig an welche der Konfliktparteien solche Lieferungen gehen sollten. Konkret forderten wir, den Liefervertrag für die weiteren zwei „Dolphin“-Boote zu kündigen, sowie den Probeeinsatz eines gepanzerten deutschen Mannschaftstransportwagens vom Typ „Dingo“, besonders geeignet zum Einsatz in Aufstandsgebieten, unverzüglich zu beenden.
Diese Forderungen übergaben wir im November 06 persönlich an die Vorsitzende des Petitionsausschuß, die Abgeordnete Naumann von der Fraktion der Linken.

Die Antwort des Bundestages zog sich trotz wiederholter Nachfragen unsererseits lange hin. Schließlich erhielten wir im März 2009 ein Schreiben mit dem Beschluss des Bundestags, der dem Votum der Ausschuss-Mehrheit folgte:dieser sehe „keine Anhaltspunkte, die Anliegen der Petition zu unterstützen, und empfiehlt daher, das Petitionsverfahren abzuschließen.“ Bemerkenswert erschienen uns die Argumente, mit denen dieser Bescheid begründet wurde, deswegen hier einige Passagen aus dem Schreiben:
*„Entscheidungen über die Genehmigung oder Nichtgenehmigung von Rüstungsex-*

*porten werden von der Bundesregierung auf der Basis der Bestimmungen des Kriegswaffenkontrollgesetzes (KWKG) und des Außenwirtschaftsgesetzes (AWG) über Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern getroffen. Desgleichen wird berücksichtigt der „Verhaltenskodex der Europäischen Union für Waffenausfuhren" vom Juni 1998 und die „Prinzipien zur Regelung des Transfers konventioneller Waffen", im November 1993 verabschiedet von der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). All dies ist niedergelegt in den „Politischen Grundsätzen der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern" vom Januar 2000.*
*Das Entscheidungsgremium für die Genehmigung von Rüstungsexporten auf diesen Grundlagen ist ein Kabinettsausschuss der Bundesregierung, der Bundessicherheitsrat (BSR). Durch die Zusammensetzung dieses Gremiums ist gewährleistet, dass die unterschiedlichen Aspekte einer Entscheidungslage zur Geltung kommen können.*
*Da der BSR geheim tagt und die Entscheidungsunterlagen, in denen die Argumente für und gegen eine bestimmte Entscheidung abgewogen werden, als Verschlusssachen VS-Geheim eingestuft sind, ist die Entscheidungsgrundlage im jeweiligen Einzelfall nicht zugänglich und erscheint daher in der Öffentlichkeit weder nachvollziehbar noch transparent. Dies gilt für die Ausfuhrgenehmigung nach Israel, auf die die Petition sich bezieht, und auch für etwaige weitere Ausfuhrgenehmigungen. Die Diskussion der Entscheidungsgrundlagen und der Argumente entzieht sich somit einer Bewertung.*
*Der Petitionsausschuss konzediert, dass diese Entscheidungsstrukturen auch für das Parlament, zu dessen wesentlichen Aufgaben die Kontrolle der Regierung gehört, nicht leicht zu akzeptieren sind. Auch die Bürgerinnen und Bürger werden das durchaus in manchen Zusammenhängen bedauern oder sogar als Zumutung empfinden. Dass aber Diskussionen, die die Sicherheit der Bundesrepublik und hochsensible außenpolitische Entscheidungen betreffen, nicht auf dem Forum der politischen Öffentlichkeit und in den entsprechenden Medien ausgetragen werden können und sollten, leuchtet ebenso unmittelbar ein. Zudem sieht der Petitionsausschuss sich nicht veranlasst, die Einhaltung der oben dargestellten Grundlagen seitens des BSR generell oder im genannten Einzelfall in Zweifel zu ziehen.“…*
*… „Eine Lösung der Probleme in der Region kann nur im Rahmen eines tragfähigen politischen Prozesses erreicht werden, mit dem Ziel, die Sicherheit Israels dauerhaft zu gewährleisten. Der daraus in der Petition gezogene Schluss, dass deshalb jeglicher Rüstungsexport nach Israel zu unterbleiben habe, wird jedoch vom Petitionsausschuss so nicht geteilt. Der Petitionsausschuss sieht die Bundesrepublik aus historischen Gründen in einer moralischen und politischen Verantwortung für die Sicherheit und Existenz des Staates Israel. Die in jüngster Zeit massive Infragestellung des Existenzrechts von Israel, insbesondere durch den Iran, hat die prekäre Lage des israelischen Staates erneut vor Augen geführt. Der kürzlich wieder entflammte Konflikt in Gaza zeigt, wie sehr es darauf ankommt, eine dauerhafte Lösung des Konflikts zu erzielen, die die Sicherheit für die Bevölkerung in Gaza und Israel garantiert. Dies bedeutet insbesondere, die moderaten Kräfte in der Region zu stärken.*
*Der Petitionsausschuss sieht die in der Petition angesprochene Lieferung von Rüstungsgütern in diesen Gesamtzusammenhang einer für Israel mitverantwortlichen Nahostpolitik eingeordnet. Hier gilt es auch, den Blick für die Proportionen hinsichtlich der gelieferten Mengen und des Charakters der Güter zu wahren. Der Petitionsausschuss sieht durch diese Lieferung den Nahostkonflikt nicht aufrechterhalten oder verschärft, und schon gar nicht ausgelöst. Dies hieße auch, eine derartige Transaktion in ihren Auswirkungen völlig zu überschätzen.“…*

Bemerkenswert ist sicherlich, dass der Petitionsausschuß offenbar die Lieferung von Atomwaffenträgersystemen in die Nahost-Region als weniger bedeutsame Maßnahme einschätzt. Eine Bewertung des Demokratieverständnisses, insbesondere bezüglich der Rechte von Parlament und Öffentlichkeit, wie es offenbar von der Mehrheit dieses Gremiums geteilt wird, sollte jeder Leser selber vornehmen.
Nicht unterschlagen will ich das Minderheitsvotum im Ausschuss, welches zum Abschluss des Schreibens erwähnt wird:
*„Der von der Fraktion DIE LINKE gestellte Antrag, die Petition der Bundesregierung zur Berücksichtigung zu überweisen, ist mehrheitlich abgelehnt worden.“*

## Schlussfolgerungen

Die Nahost-Politik der Bundesregierung, wie sie auch im Schreiben des Petitionsausschuß zum Ausdruck kommt, beruht wesentlich auf der Anwendung **doppelter Standards** gegenüber den Akteuren dieser Region. Die Sicherheit Israels steht vorgeblich im Zentrum der Entscheidungen, womit die alte Erkenntnis von Egon Bahr, eines Vordenkers der West-Ost-Entspannung, verdrängt wird, dass Sicherheit nur gemeinsam erreicht werden kann, für alle Seiten in einer Konfliktregion.

Die westlichen Mächte und explizit auch die Bundesregierung verhindern durch die Ungleichbehandlung der verschiedenen Mächte, gerade auch in der Frage der nuklearen Bewaffnung, Möglichkeiten zu einer dringend gebotenen politischen Lösung der tiefgreifenden Widersprüche, und gefährden gerade damit nicht zuletzt die langfristige Sicherheit der israelischen Bevölkerung.

Kritikern dieser einseitigen Unterstützung der aktuellen israelischen Militärpolitik wird in Deutschland häufig der Vorwurf des zumindest latenten Antisemitismus gemacht.
Hierzu abschließend ein Zitat des prominenten jüdischen Denkers Tony Judt, Direktor des Remarque-Instituts an der New York-Universität:
*„Wenn Israel die Bevölkerung in den besetzten Gebieten ausraubt und demütigt, zugleich aber jedem Kritiker mit lauter Stimme „Antisemit“ entgegengeschleudert wird, heißt das in Wirklichkeit: was in Libanon, in der Westbank und in Gaza geschieht, das sind keine israelischen, sondern jüdische Akte. Und wenn du das nicht magst, dann nur, weil dir Juden unsympathisch sind. In vielen Teilen der Welt läuft diese Position Gefahr, eine sich selbst erfüllende Prophezeiung zu werden.“*

(Quellennachweise beim Autor)

Hinweis der SiG-Redaktion:
***Gegen die Lieferung deutscher U-Boote an Israel wenden sich deutsche Friedensgruppen auch in einem Offenen Brief an die Bundeskanzlerin, der auf der Homepage der Ärzteorganisation IPPNW unterschrieben werden kann, siehe: http://www.ippnw.de***

# Felicia Langer erhält Bundesverdienstkreuz zu Recht

?

24.7.2009 – Bundespräsident Horst Köhler verlieh der Schriftstellerin und Anwältin Felicia-Amalia Langer am 16. Juli das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse. Felicia Langer erhielt die Auszeichnung als Anerkennung für *„ihr herausragendes Engagement und für ihr gesamtes humanitäres Lebenswerk“*, so die Laudatio.
Die Arbeitsgruppe Globalisierung & Krieg von Attac Deutschland begrüßt die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an Felicia Langer. Geprägt durch die Erfahrung des Sechs-Tage-Kriegs 1967, der zur Besetzung palästinensischer Gebiete führte, setzt sich Felicia Langer seitdem für die Rechte der Palästinenser in den von Israel besetzten Gebieten ein. Ihr Engagement zielt darauf, allen in der Region ansässigen Menschen ein Leben in Würde, in Gleichberechtigung und in Anerkennung ihrer jeweiligen kulturellen Traditionen zu ermöglichen.
Im Jahre 1990 schloss Felicia Langer ihre Anwaltskanzlei in Israel. Sie protestierte damit gegen Entwicklungen im israelischen Justizwesen, die ihr die Aufgabe, anwaltlich für die Rechte der Palästinenser einzutreten, zunehmend erschwert hatten. Lehraufträge an den Universitäten Bremen und Kassel folgten, und Felicia Langer übersiedelte nach Deutschland. Felicia Langer ist Ehrenbürgerin der Stadt Nazareth und Trägerin des Alternativen Nobelpreises.
Felicia Langer hat mit ihrer oft deutlichen Kritik an der Politik Israels vielfach Diskussionen angestoßen. Ihre Positionen sind dabei auch auf Widerstand gestoßen. Die Arbeitsgruppe Globalisierung & Krieg von Attac Deutschland wirbt dafür, diese Diskussionen zu führen und die vorliegenden Argumente zu wägen. *„Aufforderungen an Bundespräsident Köhler, Felicia Langer das Bundesverdienstkreuz zu entziehen, entsprechen nicht unserer Vorstellung einer offenen gesellschaftlichen Diskussion zu den von Felicia Langer vertretenen Positionen“*, erklärt Sprecherin Gudrun Reiß.

http://www.attac-netzwerk.de/ag-globalisierung-und-krieg/medien-informati-on/detailansicht/datum/2009/07/24/bundesverdienstkreuz-1-klasse-fuer-felicia-langer/?cHash=438da86025

*Felicia Lange wurde von attac Deutschland für eine Podiumsdiskussion auf dem Ratschlag im Herbst 2003 eingeladen. Ihr Beitrag ist in SiG Nr. 27 abgedruckt worden. Weiterer Artikel in SiG Nr.65*

## Solidarität mit dem palästinensischen Widerstand in Bil´in

Pressemitteilung zum **Netanjahu-Besuch**, am 26.8.2009

***Am heutigen Donnerstag empfängt Bundeskanzlerin Angela Merkel den israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu. Dabei soll sie sich für die Freilassung aller Palästinenser aus Bilin im Westjordanland einsetzen, die von der israelischen Armee inhaftiert worden sind. Das fordern neben vielen Einzelpersonen die Ärzteorganisation IPPNW, pax christi und die AG Globalisierung und Krieg von ATTAC Deutschland:***

*Kinder von Bil´in demonstrieren am 19.8.2009, s. www.bilin-village.org*




Seit fast fünf Jahren demonstrieren Palästinenser, Israelis und internationale Aktivisten in Bilin, Nilin und anderen besetzten Ortschaften der Westbank gewaltfrei gegen den Bau der Mauer auf dem Gebiet ihrer Dörfer. Sie fordern die vollständige Rückgabe der Ländereien, die von Israel in Mißachtung aller internationalen Verpflichtungen und in Verstoß gegen die Menschenrechte annektiert worden sind.
In den vergangenen Monaten hat die israelische Armee zunehmend Demonstranten inhaftiert und entführt. Mohammed Khatib vom Bürgerkomitee Bilin ist (unter Auflagen) wieder auf freiem Fuß – aber 19 Palästinenser sind immer noch inhaftiert. In der Nacht zum 20. August wurde ein anderes Mitglied des Bürgerkomitees gegen die Mauer, Mohammad Abu Rahma, verhaftet. Er ist zugleich stellvertretender Vorsitzender des Gemeinderates. Im vergangenen Dezember wurde das Bürgerkomitee von Bilin (Bilin Popular Committee) mit der Menschenrechtsmedaille 2008 der Internationalen Liga für Menschenrechte in Deutschland geehrt.
Aus Anlaß des Staatsbesuches wird die Forderung nach einer neuen Nahostpolitik an die Bundeskanzlerin bekräftigt, die sich am Völkerrecht orientiert und sich ernsthaft um einen dauerhaften Frieden zwischen den beiden Völkern bemüht. So heißt es in einer von pax christi und IPPNW vorgelegten Erklärung:
Insbesondere fordern wir die Bundesregierung auf,
– die Aufhebung der Blockade des Gazastreifens und das Ende der Besetzung des Westjordanlandes, Ostjerusalems und Gazas zu einem vordringlichen Ziel der deutschen Nahostpolitik zu machen,
den Abbau der völkerrechtswidrigen Sperranlagen, Siedlungen und Checkpoints auf palästinensischem Gebiet im Westjordanland zu verlangen,
– bei der Beurteilung des Konflikte für beide Seiten gleiche Maßstäbe anzulegen: gleiche Sicherheit, gleiche Selbstbestimmung, gleiche Freizügigkeit,
– die gewählten Vertreter des palästinensischen Volkes anzuerkennen und mit ihnen zu verhandeln, auch wenn ihre politischen Vorstellungen nicht geteilt werden,
– sich für die Freilassung der politischen Gefangenen, darunter gewählte Parlamentarier, einzusetzen,
– keine Waffen in die Konfliktregion zu liefern.
http://www.ippnw.de/presse/presse-2009/artikel/426742000c/freilassung-inhaftierter-palaestinen.html

**Der Ratschlag von attac Deutschland beschloss im Konsens (9.8.2009):**

*Zusammen mit der israelischen Friedensbewegung protestieren wir gegen die jüngsten Angriffe der israelischen Armee auf Bil'in, ein palästinensisches Dorf bei Ramallah, das seit 2005 gewaltfrei gegen den Landraub und Siedlungsbau protestiert.*
*Wir fordern die Freilassung der Verhafteten - darunter Mohammed Khatib, Träger der Carl-von-Ossietzky-Medaille der Internationalen Liga für Menschenrechte.*
*Wir fordern ein Ende der Überfälle auf Bil'in und eine Ende der Gewaltakte gegen den palästinensischen gewaltfreien Widerstand.*
*Wir erwarten von der Bundesregierung und von Außenminister Steinmeier, dass sie diese Forderungen gegenüber der israelischen Regierung mit Nachdruck vertreten.*
*Die aktuellen Übergriffe schüren die Gewalt in Israel/Palästina.*

# Michael Warschawski, AIC
# Ein wichtiger Faktor bei kolonialen Konflikten ist die Opposition von innen

12. August 2009

In einem kolonialen Konflikt sind die Hauptprotagonisten auf der einen Seite die Kolonialmacht und auf der andern Seite die kolonisierte Bevölkerung - und wenn sie besteht - die Befreiungsbewegung der letzteren. Dies war der Fall im algerischen Befreiungskrieg, beim Kampf des vietnamesischen Volkes, in Angola und in Mozambique. Die Fähigkeit der nationalen Befreiungsbewegungen durch zivile und/ oder militärische Kämpfe ein günstiges Kräfteverhältnis im Bezug zum kolonialen Militär und zur kolonialen Verwaltung zu schaffen, bestimmt letztlich das Ende der kolonialen Herrschaft.

Doch kam der Sieg niemals allein durch militärische Erfolge oder das Vermögen ziviler Mobilisierung der Kolonisierten zustande; es ist ein zusätzlicher Faktor nötig gewesen, der die Sache ändert: eine wachsende Opposition innerhalb der Gesellschaft des Kolonialstaates. Was im Vietnamkrieg die USA ihr Militär schließlich zurückziehen und die vietnamesischen Befreiungskräfte Saigon einnehmen ließ, war die überzeugende amerikanische (und internationale) Friedensbewegung; das Ende der französischen Kolonisierung in Algerien war die Folge einer ernsten Krise, die der Kolonialkrieg innerhalb der französischen Gesellschaft auslöste.

Offensichtlich war die zunehmende Anti-Kriegsstimmung die Folge des Preises, die dem Kolonialstaat und seiner Gesellschaft auferlegt wurde: (zu viele) Opfer, (zu hohe) finanzielle Kosten, wachsende internationale Kritik und Isolierung, aber auch das eigene Image der kolonialen Gesellschaft selbst und ihr wachsendes Bewusstsein, dass der andauernde Krieg notwendigerweise ihre eigene moralische Degeneration und politische Krisis größer werden lässt.

Und Israel ist hier keine Ausnahme. Der Rückzug aus Beirut 1982 und dann 1984 von fast allen libanesischen Gebieten wurde von einer massiven israelischen Friedensbewegung aufgezwungen, die nach und nach die Unterstützung der Mehrheit der öffentlichen Meinung gewonnen hat. Dazu kamen noch die Anerkennung der PLO durch die israelische Regierung und der Anfang von Verhandlungen (in Madrid, 1992), um die Besatzung zu beenden - es war die Folge einer Wandlung der israelischen öffentlichen Meinung. In beiden Fällen war jener Wandel der internen öffentlichen Meinung wiederum die Folge von erfolgreichem Widerstand gegen die israelische Besatzung durch seine direkten Opfer, die Palästinenser, und seine Auswirkung auf die internationale politische Arena.

Doch kann der Widerstand allein – egal wie stark seine Wirksamkeit ist – nur dann gewinnen, wenn ein wesentlicher Teil der Kolonialgesellschaft selbst seine Forderungen der Regierung aufzwingt und damit die Illusionen neutralisiert werden, die vom kolonialen Militär, der Verwaltung und von jenem Teil des politischen Establishments verbreitet werden, das **jeden** Preis für das fortgesetzte militärische Unterfangen zu zahlen bereit ist.
Deshalb ist es so wichtig, eine politische Opposition innerhalb der kolonialen Gesellschaft aufzubauen, auch dann, wenn solch eine Bewegung anfänglich und manchmal für eine lange Zeit vom Mainstream isoliert ist, einschließlich eines großen Teiles der demokratischen Gesellschaft. Früher oder später wird sich die öffentliche Meinung als Folge von (zu hohen) Kosten der Besatzung wandeln. Einer der größten Fehler einer Befreiungsbewegung ist, zu glauben, dass sie ihre Rechte erhält, wenn sie nur eine offene Hand zum Frieden hinhält: um den Feind zu überzeugen, ist eine eiserne Faust zusammen mit der offenen Hand nötig.

Die Rolle anti-kolonialer Aktivisten innerhalb der israelischen Gesellschaft ist es, eben dieser genau die beiden Optionen zu zeigen: zum einen der Preis, der für den Krieg und die Besatzung gezahlt werden muss und zum andern die Vorteile, die Frieden und Versöhnung mit sich bringen.

Eine politische Opposition innerhalb Israels ist auch noch aus einem zweiten Grund wichtig: es geht um die Zukunft unserer Kinder. Das Verhältnis der Kräfte zwischen den Protagonisten bleibt nicht dasselbe, die regionalen und internationalen Kräfte verändern sich. Die Starken von heute können morgen die Schwachen sein; die dominante Kraft riskiert die unterlegene zu werden. Das trifft ganz sicher in einem kolonialen Kontext zu. Nach 130 Jahren (französischer) Herrschaft waren Hunderttausende von Pieds Noirs (die französischen Siedler) gezwungen, das Ende ihrer Privilegien zu akzeptieren und wenn nicht, Algerien zu verlassen und Displaced People (Flüchtlinge) in der Metropole zu werden. Die meisten Israelis aber können nirgendwohin zurückkehren, und nach dem Ende ihrer Vor-Herrschaft müssen sie mit jenen zusammenleben, die sie unterdrückt haben.

Dass es Israelis gibt, die ihre Unterstützung für die Rechte der einheimischen palästinensischen Bevölkerung praktisch gezeigt haben, kann auf jeden Fall beim allmählichen Aufbau einer Ko-Existenz, die sich auf Gleichheit und gegenseitigem Respekt gründet, helfen. Sie können die Brücke sein, die über den Fluss des Hasses führt, der sich nach Jahrzehnten von Unterdrückung und Demütigung aufgestaut hat.

Während ich kurze Zeit wegen Unterstützung palästinensischer Organisationen im Gefängnis saß, erinnere ich mich an einen Faktor, der mir half, den Mut nicht zu verlieren: es war die Tatsache, dass ich wusste, dies war ein bescheidener Preis, für etwas, das ich tun musste, dass die zukünftige israelische Generation in einem freien demokratischen und vereinten Palästina leben kann.

*Übersetzt von Ellen Rohlfs für SiG und Tlaxcala / SiG-Redaktion*

http://www.alternativenews.org/michael-warschawski/2070-a-crucial-factor-in-colonial-conflicts-opposition-from-within-.html

## Erklärung aus der Friedensbewegung

# Wir warnen vor Kriegsdrohungen Israels gegen Iran

## Der Konflikt muss und kann mit zivilen Mitteln gelöst werden

04. August 2009

In deutschen und internationalen Medien häufen sich die Meldungen über Manöver des israelischen Militärs zur Vorbereitung militärischer Angriffe gegen Iran und seine Nuklearanlagen. Laut Times vom 16. Juli handelt es sich um "ernsthafte Vorbereitungen". Dazu gehört die Verlegung von Israels raketenbestückten, aus Deutschland gelieferten U-Booten in das Rote Meer und Angriffsübungen auf den US-Stützpunkten in Nevada und Washington. Israels Regierung überrascht die Weltöffentlichkeit fast wöchentlich mit Meldungen über neue iranische Bedrohungen.

Verbreitet wird immer noch die Falschmeldung, US-Vizepräsident Joe Biden habe Israel grünes Licht für einen Angriff gegen Irans Nuklearanlagen erteilt. Inzwischen hat sich Präsident Obama deutlich gegen "grünes Licht" ausgesprochen. Dennoch bestand Israels Verteidigungsminister Ehud Barak im Gespräch mit US- Verteidigungsminister Robert Gates am 26. Juli über den Atomkonflikt mit Iran eindringlich darauf, die militärische Option offen zu halten.

Auch von iranischer Seite wird der Konflikt immer wieder durch Drohungen gegen Israel als Besatzungsmacht im Westjordanland aufgeheizt. Es entsteht eine Vorkriegsstimmung. Das ist höchst gefährlich. Von Nahost bis Mittelost darf nicht gezündelt werden!

Es stellt sich die Frage, ob Israels rechtsgerichtete Regierung Netanjahu-Liebermann für ihre Bedrohungseskalation gegen den Iran auch andere handfeste Motive hat. Diese Regierung steht angesichts der Forderung von US-Präsident Obama, den Nahost-Konflikt im Sinne einer Zweistaaten-Lösung zu regeln, vor einer äußerst schwierigen Situation. Während die US-Regierung aktuell auf einem Stopp des Siedlungsbaus auf palästinensischem Boden besteht, hält Israels Regierung hartnäckig am Bau weiterer Siedlungen fest, wie gerade jetzt auch in Ostjerusalem. Sie ist offensichtlich nicht bereit, eine Zweistaaten-Lösung ernsthaft anzusteuern. Soll etwa die Bedrohungseskalation gegenüber dem Iran Israels rechter Regierung eine Atempause gegenüber dem US-Druck verschaffen? Oder wird hier gar eine langfristige Legitimation für einen tatsächlichen Militärangriff aufgebaut? Israels Geschichte ist voll von Angriffskriegen: 1981 zerstörten israelische Kampfflugzeuge den irakischen Atommeiler Osirak, der mit französischer Hilfe gebaut wurde; die jüngsten verheerenden Angriffe auf den Libanon 2006 und auf Gaza 2008/2009 sind noch gut in Erinnerung, ebenso der israelische Angriff auf eine vermutete Nuklearanlage in Syrien im Jahre 2007. Ein Krieg Israels gegen den Iran beruhte wesentlich auf dem Einsatz der aus Deutschland gelieferten U-Boote der Delphin-Klasse und deren Raketenreichweite. Damit wäre Deutschland indirekte Partei.

Wir warnen vor den katastrophalen Folgen eines israelischen Angriffs auf Iran:

* Er könnte zu einem Flächenbrand in der ganzen Region werden.
* Er würde nationalistische und fundamentalistische Kräfte auf allen Seiten stärken, der neuen Welle der Demokratisierung im Iran ein Ende setzen und die theokratische Diktatur festigen.
* Die Folgen für den gesamten Mittleren und Nahen Osten wären unabsehbar: Staatszerfall, Bürgerkrieg, Vertiefung der Feindschaft und Kulturkampf zwischen der islamischen Welt und dem Westen.
* Er würde nicht zuletzt auch ein Scheitern von Obamas Politik des Dialogs gegenüber dem Iran und eine Rückkehr zur gefährlichen Politik der Neokonservativen heraufbeschwören. Daran kann niemandem - auch in Deutschland nicht - gelegen sein.

Die Behauptung, der Iran beabsichtige die Vernichtung Israels, entbehrt jeglicher rationalen Grundlage. Ein iranischer Angriff auf Israel mit Nuklearbomben würde die eigene Vernichtung nach sich ziehen. Nach Auffassung von Friedensforschungsinstituten und westlichen Geheimdiensten benötigt Iran noch Jahre, um Atombomben herstellen und transportieren zu können. Dieses nach wie vor geöffnete Zeitfenster kann für eine zivile Verhandlungslösung genutzt werden. Wir teilen jedoch uneingeschränkt die Sorge, dass Irans Nuklearprogramm dem allgemeinen nuklearen Wettrüsten im Mittleren und Nahen Osten neuen Auftrieb gibt. Dieses Wettrüsten ist allerdings durch die umfangreiche Nuklearrüstung Israels sowie die nukleare Aufrüstung Indiens und Pakistans, die mit US-amerikanischer Zustimmung erfolgte, schon längst im Gange.

Dieser weitreichenden Gefahr gilt es zu begegnen. Deshalb müssen alle Anstrengungen auf eine friedliche, zivile Lösung des aktuellen Konflikts ohne Drohungen mit der Militärkeule gerichtet sein. Dazu kann auch eine Demokratisierung der Verhältnisse im Iran einen wichtigen Beitrag leisten.

Wir treten dafür ein, in künftigen Verhandlungen mit dem Iran die Perspektive der Sicherheit für alle Staaten im Mittleren und Nahen Osten, einschließlich der Sicherheit Israels und Irans, zur Grundlage zu machen. Unter einer Perspektive, in der nicht länger die gegenseitige Bedrohung, sondern der Wille dominiert, sich gegenseitig zu respektieren und zu kooperieren, kann der Konflikt deeskaliert werden. Ein wichtiges Instrument, um dieses Ziel zu erreichen, könnte die Bildung einer dauerhaften 'Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittleren und Nahen Osten' sein. In ihre Konsultationen wäre auch der Israel/Palästina-Konflikt einzubeziehen. Es ist an der Zeit, eine solche Perspektive für diese Region endlich auf die Tagesordnung zu setzen.

Zur Deeskalation des aktuellen Bedrohungsszenariums fordern wir die Regierungen in Israel, den USA und im Iran auf, alle verbalen und militärischen Drohgebärden zu unterlassen und ihre Bereitschaft für eine zivile Bearbeitung des Konflikts zu unterstreichen. Die Formel "alle Optionen bleiben offen", die nach wie vor einen Krieg einschließt, lehnen wir entschieden ab.

Wir fordern von der Bundesregierung, die geplante Lieferung weiterer U-Boote an Israel und alle Waffenexporte in das Spannungsgebiet Mittlerer und Naher Osten unverzüglich zu stoppen. Des Weiteren erwarten wir von der Bundesregierung, alle ihre Möglichkeiten für eine Deeskalation des Konflikts zwischen Israel und Iran zu nutzen.

**Andreas Buro** (Friedenspolitischer Sprecher des Komitees für Grundrechte und Demokratie), **Reiner Braun** (Geschäftsführer der Deutschen Sektion von IALANA), **Angelika Claussen** (Vorsitzende der Deutschen Sektion von IPPNW), **Hans-Peter Dürr** (Schirmherr der Internationalen Münchner Friedenskonferenzen), **Heiko Kauffmann** (Träger des Aachener Friedenspreises), **Mohssen Massarrat** (Friedens- und Konfliktforscher), **Wiltrud Rösch-Metzler** (Pax Christi Nahostkommission, deutsche Sektion), **Clemens Ronnefeldt** (Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des internationalen Versöhnungsbundes), **Otmar Steinbicker** (Vorsitzender des Aachener Friedenspreis e.V., Sprecher der Kooperation für den Frieden),**Mani Stenner** (Geschäftsführer des Netzwerks Friedenskooperative), **Peter Strutynski** (Sprecher Bundesausschuss Friedensratschlag)
*Presserechtlich verantwortlich:*
Prof. Dr. Mohssen Massarrat, Hofbreede 64, 49078 Osnabrück

# Erklärung von 40 engagierten Wissenschaftlern:
# *Die iranische Zivilgesellschaft schützen*

**http://www.campaigniran.org/casmii/index.php?q=node/8391**

*Die Kinder Adams sind aus einem Stoff gemacht,*
*als Glieder eines Leibs von der Schöpfung erdacht.*

*Sobald ein Leid geschieht nur einem dieser Glieder,*
*dann klingt sein Schmerz sogleich in ihnen allen wider.*

*Ein Mensch, den nicht die Not der Menschenbrüder rührt,*
*verdient nicht, dass er noch des Menschen Namen führt.*
Sa'adi (1210 – 1290)

Wenn wir uns gegen die Gewaltandrohung von außen an den Iran (im Atomkonflikt) aussprechen und vor einem Luftangriff warnen, können wir nicht bei der Gewaltanwendung im Iran selbst gegen die eigene Zivilgesellschaft schweigen. Denn die Solidarität mit der Zivilgesellschaft und eine Friedensordnung in der Region begründen das Hauptanliegen unserer Bemühung. Wenn wir die Sanktionen des Auslandes gegen das iranische Volk verurteilen, verurteilen wir umso mehr inländische Sanktionen gegen friedliche Demonstranten, Journalisten, Gewerkschaftler, Professoren, Studenten u.a. Dadurch entzieht sich die Regierung auch die eigene inländische Basis gegen die ausländische Bedrohung.

Wir wollen nicht nur einzeln, sondern auch als eine Gruppe von engagierten Wissenschaftlern unseren entschiedenen Protest gegen die brutale Niederschlagung von Demonstrationen und gegen die massenhaften Verhaftungen kundgeben und zum friedlichen Dialog mit der Zivilgesellschaft ermahnen. Wir fordern die iranische Regierung auf, alle politischen Gefangenen der letzten Wochen, darunter auch alle Professoren, freizulassen und gerade mit diesen als Moderatoren der Zivilgesellschaft ins Gespräch zu kommen. Meinungsfreiheit und Demonstrationsrecht – Grundpfeiler der auch vom Iran unterzeichneten UN-Charta der Menschenrechte – werden heute im Iran massiv verletzt.

Wir erinnern daran, dass der gegen Iran aufgebaute Belagerungszustand und die fortwährende Drohkulisse nun wieder auf fatale Weise vor Augen führen, wie sehr dadurch die Spielräume für eine demokratische Entwicklung beschnitten werden.

Gleichzeitig wenden wir uns gegen die unsachliche und vereinnahmende Darstellung der letzten Geschehnisse im Iran in einigen deutschen und internationalen Medien. Als Unterstützer der iranischen Zivilgesellschaft möchten wir die genuine Natur der Proteste der iranischen Demokratiebewegung betonen. Die Demonstranten, die sich aus allen gesellschaftlichen Schichten zusammenstellen, setzen sich für freie Wahlen und freie Meinungsäußerung ein.

Andererseits erzeugt gewisse Verwunderung, dass gerade diejenigen, die für lähmende Sanktionen und Präventivkrieg gegen den Iran warben, worunter die Zivilgesellschaft zu leiden gehabt hätte, plötzlich von der Solidarität mit dem iranischen Volk sprechen. Sie werden erst dann überzeugend, wenn Sie sich auch gegen die Sanktionen und Gewaltandrohung und für friedlichen Dialog in der Region einsetzen.

---

## UnterzeichnerInnen:

1. **Dr. Behrooz Abdolvand**, Freie Universität Berlin & Wissenschaftlicher Beirat von CASMII (Campaign Against Sanctions and Military Intervention in Iran) / 2. **Prof. Dr. Gilbert Achcar**, School of Oriental and African Studies (SOAS), University of London / 3. **Dr. Arshin Adib-Moghaddam,** School of Oriental and African Studies (SOAS), University of London / 4. **Dipl.-Ing. Ahmad Ahgary**, Gründungsmitglied des Vereins Iranischer Naturwissenschaftler und Ingenieure (VINI) in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 5. **Prof. Dr. Mohammad Ala**, Persian Gulf Taskforce & Iran Heritage 6. **Tariq Ali**, Autor, London / 7. **Dr. Katajun Amirpur**, Hochschule für Philosophie der Jesuiten in München / 8. **Dr. Matin Baraki**, Universität Marburg & Wissenschaftlicher Beirat von CASMII / 9. **Angelika Beer**, ex-MdEP & ehem. Präsidentin der Iran-Delegation des Europäischen Parlaments/ 10. **Reiner Braun**, Juristen gegen Atomwaffen (IALANA) & Wissenschaftlicher Beirat von CASMII / 11. **Dr. Bettina Bouresh**, wissenschaftliche Referentin, Archiv des Landschaftsverbands Rheinland / 12. **Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Peter Dürr,** Alternativer Nobelpreisträger 1987 & Schirmherr Internationale Münchner Friedenskonferenzen / 13. **Prof. Dr. Hamid Dabashi**, Columbia University, New York /. 14. **Prof. Dr. Abbas Edalat**, Imperial College London & Campaign Against Sanctions and Military Intervention in Iran (CASMII) / 15. **Ali Fathollah-Nejad**, Universität Münster & Wissenschaftlicher Beirat von CASMII / 16. **Prof. Dr. Sasan Fayazmanesh**, California State University, Fresno / 17. **Prof. Dr. Ali Gorji**, Universität Münster / 18. **Homeira Heidary**, Leiterin des "Panorama Hindukusch"-Festivals, Filmhaus Köln / 19. **Foaad Khosmood**, University of California, Santa Cruz & CASMII International Steering Committee / 20. **Prof. Dr. Mohssen Massarrat**, Universität Osnabrück & Wissenschaftlicher Beirat von CASMII / 21. **Naz Massoumi**, Campaign Iran, London / 22. **Prof. Dr. Georg Meggle,** Universität Leipzig / 23. **Prof. Dr. Pirouz Mojtahed-Zadeh**, Tarbiat-Modares-Universität, Teheran & Urosevic Research Foundation, London / 24. **Daniel M. Pourkesali**, US-Vorstand, Campaign Against Sanctions and Military Intervention in Iran (CASMII) / 25. **Prof. Dr. Ahad Rahmanzadeh**, Universität Bonn & Wissenschaftlicher Beirat von CASMII / 26. **Sanaz Raji**, University of Leeds & London School of Economics and Political Science / 27. **Dipl. Päd. Jürgen Rose**, Oberstleutnant der Bundeswehr, München / 28. **Prof. Dr. Werner Ruf**, Universität Kassel & Wissenschaftlicher Beirat von CASMII / 29. **Tobias Pflüger**, Ex-MdEP (DIE LINKE) & Vorstand Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V., Tübingen 30. **Prof. Dr. Nader Sadeghi**, George Washington University Hospital, Washington D.C./ 31. **Prof. Dr. Muhammad Sahimi**, University of Southern California, Los Angeles / 32. **Dr. Sabine Schiffer**, Institut für Medienverantwortung (IMV), Erlangen / 33. **Dr. Yvonne Schmidt**, Universität Graz & Wissenschaftlicher Beirat von CASMII / 34. **Prof. Ursula Schumm**-Garling, Frankfurt/Main / 35. **Miriam Shabafrouz**, German Institute of Global and Area Studies (GIGA), Hamburg / 36. **Siba Shakib**, Autorin & Filmemacherin / 37. **Prof. Dr. Albert Stahel**, Universität Zürich & Wissenschaftlicher Beirat von CASMII / 38. **Dr. Rainer Werning**, Politikwissenschaftler & Publizist, Frechen / 39. **Kaveh Yazdani**, Universität Osnabrück / 40. **Azadeh Zamirirad**, Universität Potsdam

**Iran Dossiers: http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Iran/Welcome.html**
**http://www.jungewelt.de/themen/index.php?tcid=57**

Malalai Dschoja

# Die große Lüge Afghanistan

2005 war ich die jüngste Person, die in das neue Afghanische Parlament gewählt wurde. Frauen wie ich, die sich um ein (öffentliches) Amt bewarben, wurden als Beispiele vorgezeigt, wie der Krieg in Afghanistan die Frauen befreit habe. Aber die Demokratie war Fassade, und die so genannte 'Befreiung' eine große Lüge.
Im Namen meines Volkes, das schon so lange leidet, spreche ich allen Menschen in Großbritannien, die auf afghanischem Boden Angehörige verloren haben, mein herzliches Beileid aus. Wir teilen den Schmerz der Mütter, Väter, Ehefrauen, Söhne und Töchter der Gefallenen. Meiner Meinung nach sind diese britischen Toten - ebenso wie die vielen tausend zivilen afghanischen Toten - Opfer einer ungerechten Afghanistan-Politik der Nato-Länder unter Führung der Regierung der USA.

Fast acht Jahre nach dem Sturz der Taliban-Regierung sehen wir uns um unsere Hoffnungen auf ein Afghanistan, das wirklich demokratisch und unabhängig ist betrogen - durch die fortdauernde Dominanz der Fundamentalisten und die brutale Besatzung, die letztendlich nur den strategischen Interessen der USA in der Region dient.
Sie sollten begreifen, dass die Regierung unter Leitung Hamid Karsais voll von Warlords und Extremisten ist. Beim Thema 'Gier' sind sie Brüder der Taliban. Während des Afghanischen Bürgerkrieges in den 90ger Jahren (1) verübten diese Männer furchtbare Verbrechen gegen das afghanische Volk.

Weil ich meine Ansichten äußerte, nahm man mir meinen Parlamentssitz weg. Ich habe zahllose Attentatsversuche überlebt. Die Tatsache, dass man mich aus dem Parlament warf, während brutale Warlords Immunität genießen und nicht wegen ihrer Verbrechen verfolgt werden, sagt alles, was Sie über diese "Demokratie", die den Rückhalt der Nato-Truppen hat, wissen müssen.
Unsere Verfassung verbietet es Kriegsverbrechern, für hohe politische Ämter zu kandidieren. Dennoch hat Karsai zwei berüchtigte Warlords - Fahim und Khalili - als Mitbewerber bei der bevorstehenden Präsidentschaftswahl (2) benannt. Es ist eine Wahl im Schatten des Kriegsherrentums, der Korruption und der Okkupation. Sie wird keine Legitimität haben. Es scheint, als würden die wirklichen Entscheidungen wieder einmal hinter verschlossenen Türen - im Weißen Haus - getroffen.

Bis heute verfolgt Obama die gleiche Afghanistan-Politik wie zuvor Bush. Doch die Entsendung weiterer Truppen und die Ausweitung des Krieges auf Pakistan wird nur weiter Öl ins Feuer gießen. In den dunklen Jahren der Taliban riskierte ich - wie viele andere Afghanen - mein Leben, indem ich Mädchen an Untergrundschulen unterrichtete. Heute ist die Situation der Frauen so schlimm wie je zuvor. Opfer von Vergewaltigungen und Misshandlungen finden keine Gerechtigkeit, da die Justiz von Fundamentalisten beherrscht wird. Immer mehr Frauen sehen keinen anderen Ausweg aus ihrem leidvollen Dasein, als es durch Selbstverbrennung zu beenden (3).
In dieser Woche sagte US-Vizepräsident Joe Biden, "weitere Verluste an Menschenleben" in Afghanistan seien "unausweichlich" (4) und die fortdauernde Besatzung im "nationalen Interesse" sowohl der USA als auch Großbritanniens.

Ich habe eine andere Botschaft für die Briten. Ich glaube nicht, dass es in Ihrem Interesse ist, sich mit an zu sehen, wie noch mehr junge Leute in den Krieg geschickt und noch mehr Steuergelder auf eine Besatzung verwendet werden, die eine Bande von korrupten Kriegsherren und Drogenbaronen in Kabul an der Macht hält.
Noch wichtiger ist, dass ich nicht glaube, dass es unausweichlich ist, dass das Blutvergießen immer weitergeht. Manche sagen, wenn die ausländischen Truppen aus Afghanistan abziehen, werde das Land in einen Bürgerkrieg abgleiten. Doch was ist mit dem Bürgerkrieg und der Katastrophe, die wir bereits haben? Je länger die Besatzung dauert, desto schlimmer wird der Bürgerkrieg werden.

Das afghanische Volk will Frieden. Die Geschichte zeigt, dass wir uns gegen Besatzungen und Dominanz von außen immer gewehrt haben. Wir wünschen uns eine helfende Hand in Form von internationaler Solidarität. Gleichzeitig wissen wir, dass wir Afghanen uns Werte wie 'Menschenrechte' selbst erkämpfen und erringen müssen.
Ich weiß, Millionen von Briten wollen, dass dieser Konflikt möglichst bald endet. Gemeinsam können wir unsere Stimme erheben für Frieden und Gerechtigkeit.

***Anmerkungen***

(1) Wikipedia: 'Bürgerkrieg in Afghanistan' (1989 – 1992)
(2) http://news.bbc.co.uk/2/hi/south_asia/8102805.stm
(3) http://www.worldpoliticsreview.com/article.aspx?id=873
(4) 'More troops will die in Afghanistan' says Joe Biden
http://www.guardian.co.uk/world/2005/ju/23/afghanistan-british-us-troops-deaths

26.07.2009 — ZNet - Originalartikel: The big lie of Afghanistan, Übersetzt von: Andrea Noll

# Friedensbewegung zur Bundestagswahl
# Dem Frieden eine Chance - Truppen raus aus Afghanistan

***8 Jahre Krieg in Afghanistan***

„Stabilisierungs- und Kampfeinsatz“ nennt Verteidigungsminister Franz Josef Jung den Auftrag der Bundeswehr in Afghanistan.
Wir nennen es: Krieg!
Die Bundesregierung möchte den Krieg in Afghanistan aus dem Wahlkampf heraushalten.
Wir wollen, dass Sie bei Ihrer Entscheidung zur Bundestagswahl ein Ende des Krieges in Afghanistan bedenken.




**Afghanistan-Krieg:
Die Ablehnung wächst**

Eine stetig wachsende Mehrheit der deutschen Bevölkerung will das Ende des Krieges am Hindukusch.
Ungeachtet dessen haben Bundesregierung und das Gros der Parlamentarier acht Jahre lang den Einsatz der Bundeswehr immer wieder neu beschlossen und ausgeweitet.
Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 wurde die deutsche Beteiligung am Krieg in Afghanistan mit dem NATO-„Bündnisfall“ begründet. Zuerst galt es, Bin Laden zu ergreifen, dann wechselte das Ziel zum Sturz der Taliban und schließlich zur „Stabilisierung“ des Regimes des vom Westen eingesetzten Präsidenten Karzai.

Nach acht Jahren Krieg wird Afghanistan mehr denn je von Anschlägen und Kampfhandlungen heimgesucht. Es herrschen Korruption, Rechtlosigkeit und Willkür.

Die Lage nach acht Jahren Krieg ist verheerend: ›› Unter den insgesamt 50.000 Opfern befinden sich zahlreiche getötete Zivilpersonen.
›› Mit 9.000 t Rohopium wird für 2009 ein Rekord bei der Drogenproduktion erwartet.
›› Acht Millionen Menschen leiden an Hunger und Unterernährung.
›› Die durchschnittliche Lebenserwartung ist mit 46 Jahren um 20 Jahre kürzer als die in den Nachbarstaaten.
›› Nur 25 Prozent der Bevölkerung haben Zugang zu sauberem Trinkwasser.
Sicherheit, Wiederaufbau und Entwicklung lassen sich nicht durch einen „Krieg gegen den Terror“ erreichen. Im Gegenteil: Der Krieg selbst ist Terror.

### Warum dieser Krieg?

Trotz Fehlens bedeutsamer eigener Rohstoffe ist Afghanistan von geostrategischem Interesse: Durch Afghanistan soll nach dem Willen der USA eine Öl-Pipeline aus den zentralasiatischen Republiken nach Süden bis zum Indischen Ozean geführt werden – um so zu verhindern, dass das Öl über Russland in den Westen gelangt. Daher ist die Kontrolle über Zentralasien ein wichtiger Teil der Beherrschung „Eurasiens“, in dem 80 Prozent des Erdöls und 75 Prozent des Erdgases lagern und zwei Drittel der Menschheit leben.

### Der Krieg ist völkerrechtswidrig

Eine multinationale Koalition der Willigen unter Führung der USA intervenierte 2001 in Afghanistan mit der Operation Enduring Freedom (OEF – „Operation dauerhafte Freiheit“). Inzwischen ist die Kriegszone auf das angrenzende Pakistan ausgedehnt. Dieser Krieg verstößt gegen das Völkerrecht. Auch der von der UNO bewilligte ISAF-Einsatz, der unter der Regie der NATO stattfindet, destabilisiert die Lage in Afghanistan weiter.

### Zivil und militärisch gehen nicht zusammen

Nun wird der Militäreinsatz häufig mit der Notwendigkeit zur humanitären Hilfe begründet.
Humanitäre Hilfe beruht aber auf dem Prinzip der Neutralität. Die von der NATO und der Bundeswehr propagierte „zivil-militärische Zusammenarbeit“ widerspricht diesem Grundsatz.
In Afghanistan zeigen sich die negativen Konsequenzen des im ISAF-Mandat angelegten zivil-militärischen Ansatzes. Aufgrund der Unterordnung humanitärer und ziviler Organisationen unter das Militär erscheinen zivile Helfer als Teil der Besatzungsmacht. Das hat Konsequenzen: Laut UN-Angaben wurden 2008 insgesamt 38 Mitarbeiter von Nicht-Regierungsorganisationen – mehr als doppelt so viele als im Vorjahr – getötet, 147 wurden entführt.

### 8 Jahre Krieg ... und kein Ende?

Jeder Forderung nach einem Abzug der ausländischen Truppen wird von Seiten der Bundesregierung entgegen gehalten, dies liefere Afghanistan endgültig dem Terrorismus aus. Chaos, Mord und Totschlag seien dann wieder auf der Tagesordnung.
Die Wahrheit ist: Schon heute wird gestorben, geraten Zivilpersonen ins Visier der NATO-Truppen und der Aufständischen.
Die Spirale der Gewalt muss durchbrochen werden! Experten sind sich darin einig, dass die Besatzungstruppen nicht die Lösung, sondern Teil des Problems sind.
Nun wissen auch wir, dass der Abzug der Truppen allein den Frieden nicht bringen wird. Er ist aber eine unabdingbare Voraussetzung für die Beendigung der bewaffneten Kämpfe und für eine friedlichere und selbstbestimmte Entwicklung in Afghanistan.
Um wirklich einen Beitrag zur sozialen, wirtschaftlichen und demokratischen Entwicklung des Landes zu leisten, muss der Rückzug des Militärs mit Angeboten zum zivilen Aufbau verbunden werden: dort wo es von den Menschen in Afghanistan gewünscht wird und wo es möglich ist.
Ein Bruchteil des Geldes, das für den Krieg verwendet wird (bisher allein von Deutschland 3 Mrd. Euro), würde ausreichen, um spürbare Verbesserungen für die Lage der Not leidenden Menschen zu erzielen.

**Die Menschen in Afghanistan brauchen die Chance, selbst über ihr Schicksal zu entscheiden. Deshalb fordern wir den Abzug der Bundeswehr!**

Bitte überlegen Sie, Ihre Stimme bei der Bundestagswahl entsprechend zu nutzen.

***Flugblatt als pdf Datei und Unterstützerkreis :*** *http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/bewegung/afgh/flyer-wahl-1aufl.pdf*
***Dossier über Afghanistan, Aktionen der Friedensbewegung:***
*http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Afghanistan/Welcome.html*, *http://www.friedenskooperative.de/termdat.htm*

# Schweizer Waffen töten. Weltweit.
## *Argumente gegen Kriegsmaterial-Exporte*

*In der Schweiz findet am 29.11. eine Volksabstimmung über Rüstungsexport statt*

Ob Mowag-Panzer in Afghanistan, Ruag-Handgranaten im Irak oder Pilatus-Flugzeuge in Darfur: Schweizer Waffen töten weltweit unschuldige Zivilistinnen und Zivilisten. Waffenexport ist Beihilfe zum Krieg und gehört endlich verboten.

Größter Kunde der hiesigen Rüstungsindustrie war im letzten Jahr ausgerechnet der Konfliktherd Pakistan. Im ersten Halbjahr 2009 stand das saudische Regime, welches die Menschenrechte systematisch verletzt, an dritter Stelle der grössten Importeure von Schweizer Waffen.

Auch die Beteiligten der Kriege im Irak und in Afghanistan werden weiter beliefert, ebenso Israel. Dies, obwohl die neue Kriegsmaterial-Verordnung Waffenausfuhren an Staaten, die in einen internen oder internationalen bewaffneten Konflikt verwickelt sind, eigentlich untersagt. Neutralität und humanitäre Tradition der Schweiz werden so zu leeren Phrasen.

### Die Schweiz hat Besseres zu exportieren als Waffen.

Ein Ausfuhrverbot ist wirtschaftlich tragbar: Kriegsmaterial und "besondere militärische Güter" machen zusammen nur 0.44 Prozent der Schweizer Warenausfuhren aus. Güter, die sowohl militärisch als auch zivil verwendet werden können ("Dual Use"), sind von der Initiative nicht erfasst. Betroffene Regionen und Arbeitnehmende werden während zehn Jahren bei der Umstellung auf zivile Wirtschaftszweige unterstützt. Die Schweiz soll sich auf zukunftsträchtige Branchen wie die erneuerbaren Energien spezialisieren, statt das Kriegshandwerk zu exportieren!
Die militärische Rechtfertigung der Waffenausfuhren vermag ebenfalls nicht zu überzeugen: Weder Kampfpanzer noch Kampfflugzeuge können vollständig in der Schweiz hergestellt werden. Und auf die "eigene" Rüstungsindustrie könnte die Schweiz im Kriegsfall ohnehin nicht zählen: Oerlikon Contraves gehört längst der deutschen Rheinmetall und Mowag ist im Besitz der amerikanischen General Dynamics.

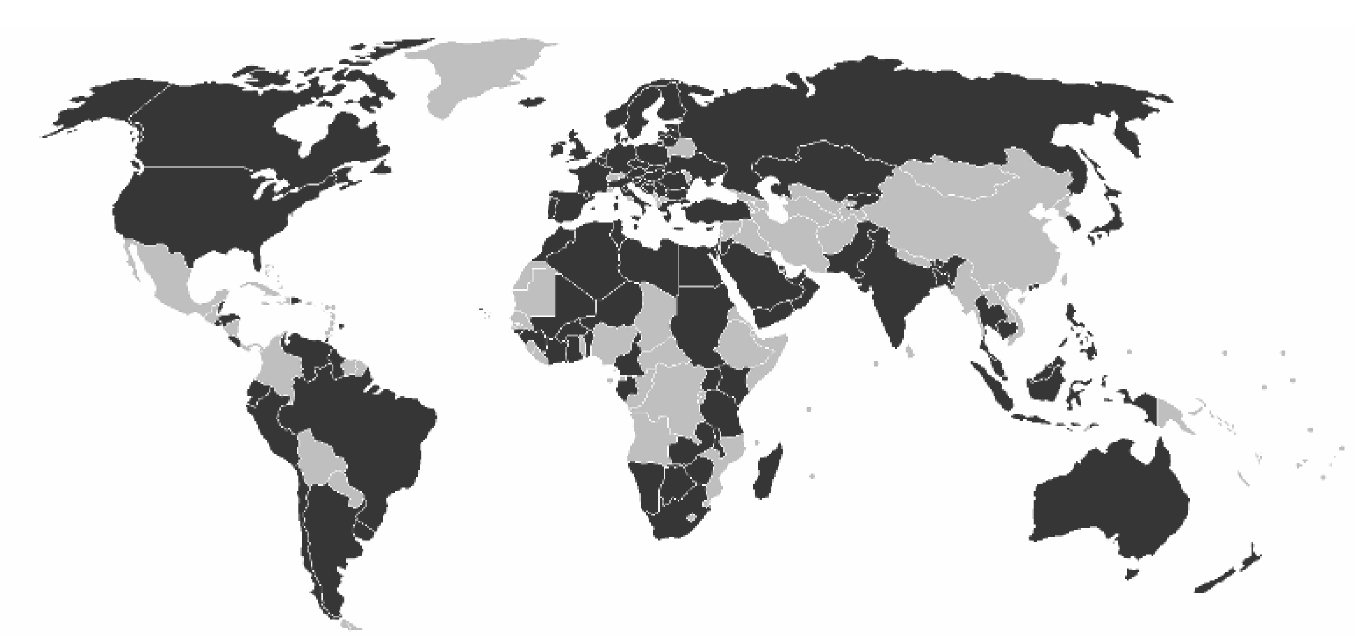
### Ein JA für den Frieden

Mit einem Verbot von Kriegsmaterial-Exporten setzt die Schweiz ein starkes Zeichen gegen Kriege weltweit und erlangt international neue Glaubwürdigkeit. Die Rüstungslobby investiert über die rechtskonservative PR-Agentur Farner Millionen in die Bekämpfung unserer Initiative. Es soll der Eindruck erweckt werden, die Schweizer Wirtschaft würde zusammenbrechen, wenn sie minimalen ethischen Standards genügen müsste. Misstrauen Sie dieser propagandistischen Schwarzmalerei und stimmen Sie JA zur Volksinitiative für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten!

**Weitere Kapitel**

- Wer exportiert was?
- Auswirkungen der Kriegsmaterial-Exporte
- Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Rüstungsindustrie
- Argumente der GegnerInnen

Eine interaktive Karte der Rüstungs-Skandale ist unter maps.kriegsmaterial.ch verfügbar. Weitere Informationen unter www.kriegsmaterial.ch.



■ Schweizer Kriegsmaterial-Exporte 1998-2008 (Quelle: seco)

# R2P
# Freibrief für künftige imperiale Kriege?

*In der UNO wird sehr kontrovers über einen neuen Begriff diskutiert: „**Responsibility to Protekt**“ (R2P). Die einen wollen damit das Volkerrecht weiter entwickeln. So hat die FDP-Bundestagsfraktion neulich das Konzept auf einem Workshop vehement unterstützt. Andere sehen darin einen Blankoscheck zur Rechtfertigung für alle möglichen Einmischungen des Westens in die inneren Angelegenheiten schwacher Länder. Vor der UNO-Vollversammlung fand im Juli eine Debatte über dieses Thema statt. Vor diesem Forum beleuchtet der schon häufig im Zusammenhang mit dem Literatur-Nobelpreises genannte kenianische Schriftsteller **Ngugi Wa Thiongo** das Thema aus afrikansicher Perspektive. **Noam Chomsky**, ein prominenter Analytiker der US-amerikanischen Linken, beleuchtete vor demselben Forum die Geschichte imperialer Interventionen und ihre jeweiligen ideologischen Rechtfertigungen.*

## Ngugi wa Thiong'o
## *Ungleiche Entwicklung ist die Wurzel vieler Verbrechen*

*Rede vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen zum Themendialog über die Schutzverantwortung (Responsibility to protect. R2P) , New York, 23 Juli 2009*

Der Ausdruck, Schutzverantwortung, erinnert mich schmerzlich an den fehlenden Schutz für vielen Menschen, die gestorben sind während der ethnischen Säuberungen in Kenia in diesem Jahr. Die Vorfälle von ethnischen Säuberungen sind als einer Folge der umstrittenen Präsidentenwahlen aufgetreten. Der Charakter einer grauenhaften Szenen wurde eingefangen in der Geschichte eines fliehenden Kindes, das vor den Flammen einer in Brand gesetzten Kirche floh, wo es mit seinen Eltern Schutz gesucht hatte, das danneingefangen und wieder in die Flammen zurückgeworfen wurde. Selbst in Kriegszeiten hat es in vorkoloniale Zeiten unter Nachbargemeinden immer Regeln gegeben, die Frauen und Kinder schützten. Die Fragen der Überlebenden zeigten Erschütterung und Unverständnis: Sie waren unsere Nachbarn, unsere Kinder spielten zusammen, wie konnten sie uns das nur antun? Die Voraussetzungen für Vergeltungsakte ethnischen Säuberungen waren geschaffen, wobei die neue Welle von Opfern waren nur durch ihre Ethnizität mit den ursprünglichen Tätern verbunden war. Einfache arbeitende Menschen, oft in ihre Armut verbunden, wurden gegenseitig aufgewiegelt durch eine Mittelklasse der politischen Elite, die das Grauen aus den sicheren Horten ihre Paläste und Cocktailrunden in den Städten fernsteuerten. Ich fühlte mich gelähmt durch eine Hilflosigkeit, die für diejenigen, die im Lande waren, tausendmal größer gewesen sein muss, insbesondere wenn der Staat zeitweilig nicht in der Lage schien, die Situation unter Kontrolle zu bringen. Weit weg in Kalifornien konnte ich mir, in einer Antwort auf eine Anfrage der BBC, nur an die Vereinten Nationen als einziger Organisation vorstellen, die in der Lage wäre zu intervenieren, zu untersuchen und hoffentlich die Verantwortlichen für diese Aufwiegelung der Armen gegen die Armen zur Rechenschaft zu ziehen. Wie es sich herausstellte war es dann auch den Bemühungen von Kofi Annan als Abgesandter der UN zu verdanken, dass die Flammen gelöscht und ein ungewisser Frieden hergestellt wurde, der dem Blutvergießen beendete.



Auch damals wusste ich, dass das, was in meinem geliebten Kenia geschah, sich bereits in Rwanda, Bosnien und Irak abgespielt hatte. Das erinnerte mich an Shakespeare wo die Meuchelmörder in Julius Cäsar, nachdem sie im Blut ihres Opfers gebadet hatten, fragen, wie oft sich diese Taten in noch ungeborenen Nationen und Staaten wiederholen würden.
Ja, wie oft noch! Ich persönlich begrüße den sehr eindrucksvollen Bericht des Generalsekretärs über die Einführung der Schutzverantwortung, abgeleitet aus der durchdachten Deklaration des Weltgipfels von 2005. Es wäre eine exzellente Grundlage zur Beantwortung von Shakespeares Frage, denn selbst ein einziges mal wieder, wo auch immer auf der Erde, ist einmal zu viel. Wir müssen die Menschheit von den Geißeln des Genozids, Kriegsverbrechen und ethnische Säuberungen, sowie Verbrechen gegen die Essenz der Menschlichkeit befreien. Das Ideal ruft zur Implementation auf.

Aber der Teufel steckt im Detail der Umsetzung entsprechend der Definition, in der Geschichte und in der gegenwärtigen globalen Situation.
Begriffe wie die internationale Gemeinschaft sind oft genug zu eng gefasst worden, was den Anschein erweckt, dass der Westen der Torwächter sei und zu bestimmen habe, wer in diese Gemeinschaft eingelassen wird und wer geächtet werden soll. Die Betonung auf die Vereinten Nationen ist richtig, aber es muss bemerkt werden, dass die Deckung durch die Vereinten Nationen und insbesondere der Segen des Sicherheitsrats manchmal benutzt worden ist, um Invasionen zu legitimieren und Regime auszuwechseln, die dem Westen nicht passten. In Afrika wurde Patrice Lumumba im Kongo getötet, während die Streitkräfte der Vereinten Nationen, die er eingeladen hatte, wegschauten. Europa ist unverhältnismäßig im Sicherheitsrat vertreten; und dieser ganze Kontinent, Afrika, hat kein Vetorecht.

Ein gewisses Maß an Bescheidenheit wird von allen Nationen, großen und kleinen, verlangt und die Haltung „Ich bin heiliger als Du“ ist nicht akzeptabel, da die Ge-

schichte der Moderne uns eine viel komplexere Geschichte erzählt . Die schlimmsten Fälle von Genozid und mutwilligen Massakern an anderen Völkern sind von Europa ausgegangen. Was das Verhältnis zu anderen Völkern betrifft, war der Hitlerismus keine Ausnahme in der europäischen Geschichte. Jede Kolonialmacht ist in der Vergangenheit an Verbrechen gegen die Menschlichkeit beteiligt gewesen. Sklavenhandel und Plantagen-Sklaverei sind offensichtliche Beispiele.
Afrika, Amerika und Australien können Geschichten erzählen von eingeborenen Bevölkerungsgruppen, die durch Europa vernichtet oder vertrieben wurden.. Der Historiker David Stannard hat von einem American holocaust im Zusammenhang mit dem Schicksal von indigenen Bevölkerungen geschrieben. In meinem eigenen Land, Kenia, haben die Briten in ihren Krieg gegen die Mau Mau Widerstandsbewegung Tausende in Konzentrationslagern und -dörfer eingewiesen; und es muss festgehalten werden, dass unter der britischen Kolonialherrschaft die Kenianer politische Organisationen nur auf ethnischen Grundlagen bilden durften, ausgenommen die letzten drei Jahren vor der Unabhängigkeit. Es geht nicht darum, auf der Vergangenheit zu beharren. Aber die Vergangenheit hat Lektionen für uns alle.
Das Dokument ruft – zu recht – zu zeitnahen und entschiedenen Antworten auf. Das Gespenst von Rwanda wird lange in unserem Gedächtnis herum spuken. Ganz offensichtlich müssen in die Zukunft gerichtete vorbeugende Maßnahmen ein integraler Bestandteil der Implementation sein, damit sich dadurch Interventionen erübrigen. Im Anhang spricht das Dokument wieder von frühzeitigen Warnungen und Beurteilungen. Eines dieser frühzeitigen Warnungen liegt bereits vor unseren Augen: Es ist das ökonomische Umfeld, das wir heute haben.

## Zwei große Trennungen

Es gibt zwei große Trennungen oder Bruchlinien in der heutigen Welt.
Das eine ist die Trennung zwischen einer Minderheit von sehr wohlhabenden Nationen und einer Mehrheit von sehr armen Nationen. Die Kluft zwischen diesen beiden Gruppen wird täglich größer und tiefer. Die Ironie ist, dass diese Minderheit der Nationen neunzig Prozent der Ressourcen der ärmeren Nationen verbraucht. Die armen Nationen geben schlussendlich den reichen eine Unterstützung. Dieses Muster wird oft auch innerhalb von Nationen wiederholt, wo einige Regionen wohlhabender als andere sind innerhalb desselben Territoriums. Öl könnte in einem Teil eines Landes entdeckt werden, aber die Segnungen könnten an den Bewohner der Region, wo das Öl gefunden wurde, vorbei fließen. Dieselbe Geschichte findet auf der globalen Ebene statt, wo die Ressourcen von armen Ländern anderswo ihren Nutzen entfalten. Dies ist die vertikale Trennung zwischen Nationen und zwischen Regionen innerhalb einer Nation.

Aber in allen Nationen (und selbst Regionen) gibt es eine andere Trennung zwischen einer sozialen Minderheit der Wohlhabenden und der Mehrheit der Habenichtse. Die Bettler und die Wohnungslosen vermehren sich in den großen Städten der Welt. Die dritte Zahl, die der Gefangenen, die wahrscheinlich am schnellsten wachsende demografische Kennzahl in allen Nationen, wird oft versteckt. Manche Nationen haben mehr als eine Million Menschen in Gefängnissen, mehr als die gesamte Bevölkerung mancher Staaten der Vereinten Nationen. Und es gibt da viele Nationen innerhalb von vielen Nationen, die wir nicht sehen. Diese zwei Trennungen von Wohlstand und Macht – zwischen Nationen sowie Regionen – sind die strukturelle Basis der Instabilität in der heutigen Welt, und vieler der Verbrechen, über die wir heute reden.
Wenn wir nach langfristigen Lösungen suchen, die Interventionen unnötig machen würden, so scheint mir, sollten wir auch jene Auffassung von Entwicklung in Frage stellen, die auf die mittleren und höheren Klassen fokussiert ist. Die Mittelklasse macht nicht eine Nation aus. Sie besteht aus Menschen, arbeitenden Menschen. Es erscheint mir, dass das, was Obama eine Entwicklung von unten nennt, das Ziel aller Nationen sein sollte. Entwicklung sollte nicht aus der Perspektive jener gemessen werden, die auf dem Gipfel des Berges stehen, sondern von jenen, die unten sind. Nur dadurch, dass wir die zwei großen Teilungen zwischen Nationen/Regionen und innerhalb Nationen/Regionen überwinden, können wir anfangen, die strukturelle Basis der Verbrechen gegen die Menschlichkeit anpacken.

Die von Menschenhand erzeugte Armut ist auch ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Deshalb denke ich, dass die globale Gemeinschaft, mit Hilfe einer gestärkten und demokratischen UNO und ihrer Organe, die strukturell ungleiche Entwicklung als integralen Teil der Durchsetzung der Schutzvereinbarung ansehen sollte.

*Übersetzung: Homi Kutar und Helga Heidrich (Coorditrad), SiG-Rdaktion*

Quelle:
un.org/ga/president/63/interactive/protect/ngugi.pdf
http://mrzine.monthlyreview.org/ngugi040809.html

**Ngugi wa Thiong'o**, geboren 1938, aus einer bäuerlichen Familie in Kenia, ist zur Zeit Distinguished Professor of English and Comparative Literature and Director of the International Center for Writing and Translation at the University of California, Irvine.
Das Kenia seiner Geburt und Jugend war eine Britische Siedlerkolonie (1895-1963). Als Heranwachsender durchlebte er den Mau Mau Unabhängigkeitskrieg (1952-1962), die zentrale geschichtliche Episode in der Formung des modernen Kenia und ein wichtiges Thema seiner frühen Werke.
Sein Roman, Weep Not, Child, wurde 1964 publiziert und machte ihn weltweit bekannt. Es folgten The River Between (1965), A Grain of Wheat (1967), und Petals of Blood (1977). Devil on the Cross (1980) schrieb er während seiner Gefangenschaft auf Toilettenpapier. Es wurde sein erster Roman auf Gikuyu. Die folgenden zwei Romane, Matigari (1986) und Wizard of the Crow (2006) wurden ebenfalls zuerst auf Gikuyu geschrieben.
**Werke in deutscher Übersetzung:**
- Der Fluss dazwischen. Unionsverlag. ISBN 3-293-20099-0 .
- Verbrannte Blüten (Übersetzung von Petals of Blood). Peter Hammer Verlag, 1995, ISBN 3-87294-167-4 .
- Kaltgestellt. Gefängnistagebuch. Trickster Verlag, München 1991, ISBN 3-87294-959-4 .
- Freiheit mit gesenktem Kopf: Roman. Nachwort von Inge Uffelmann. (Dialog Afrika), ISBN 3548202071 .
- Verborgene Schicksale, Verlag Volk und Welt, Berlin 1977.
- Moving the Centre. Essays über die Befreiung afrikanischer Kulturen. Unrast Verlag, Münster 1995, ISBN 3-928300-27-X .
- Matigari. Peter Hammer Verlag, ISBN 3-87294-449-5 .

**Responsibility to Protect (R2P**) is a recently developed concept in international relations which relates to a state's responsibilities towards its population and to the international community's responsibility in case a state fails to fulfill its responsibilities. One important aim, among others, is to provide a legal and ethical basis for "humanitarian intervention" : the intervention by external actors (preferably the international community through the UN) in a state that is unwilling or unable to prevent or stop genocide, massive killings and other massive human rights violations. Supporters of R2P view it as a method of establishing a normative basis for humanitarian intervention and its consistent application. Detractors argue that by justifying external breaches of state sovereignty, R2P encourages foreign aggression by stronger nations…
(http://en.wikipedia.org/wiki/Responsibility_to_protect)

# Noam Chomsky*

# Ein rappelndes Gespenst im Kleiderschrank

*Erklärung vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 23. Juli 2009*
*Themendialog zu 'Responsibility to Protect' ('Verantwortung zum Schutz', R2P) 06.08.2009 — ZNet.de*

Die Diskussion über die 'Verantwortung zum Schutz'* (R2P) und die mit ihr verwandte "**humanitäre Intervention**" werden regelmäßig – auch heute noch - von einem rappelnden Gespenst im Kleiderschrank gestört: Es heißt Geschichte.

Durch die Geschichte ziehen sich gewisse Prinzipien zu internationalen Themen. Diese Prinzipien sind ziemlich allgemeingültig. Da ist zum einen die Maxime des Thukydides: Die Starken können tun, was sie wollen, während die Armen ihr Leid ertragen müssen. Eine Folgerung aus diesem Satz wird von (dem heute lebenden Völkerrechtler) Ian Brownlie als "*hegemonialer Ansatz in der Gesetzgebung*" bezeichnet. Die Stimme der Mächtigen schaffe Präzedenzfälle, so Brownlie.

Ein weiteres Prinzip lässt sich aus den Aussagen von Adam Smith (1723 - 1790) über die Politik im England seiner Zeit ableiten: Die "*wichtigsten Architekten*" der Politik - damals "*Kaufleute und Manufakturbetreiber -, stellten sicher*", so Smith damals, dass ihre Interessen "*in besonderer Weise berücksichtigt*" würden, so "*traurig*" die Folgen für andere auch wären, das heißt, für Menschen in England, aber noch weit mehr für Menschen, die unter "*der rohen Ungerechtigkeit der Europäer*", vor allem im eroberten Indien (um das es Smith vor allem ging), zu leiden hatten.

Das dritte Prinzip lautet: Jede Form von Gewalt in internationalen Angelegenheiten wurde und wird praktisch mit der 'Verantwortung zu schützen' gerechtfertigt. Nur um dies zu illustrieren, verweise ich auf eine akademische Studie von Sean Murphy, in der er aus der Zeit zwischen dem Kellogg-Briand-Pakt und der Verfassung der 'Charta der Vereinten Nationen' drei Beispiele herausgreift: den japanischen Angriff auf die Manschurei, Mussolinis Einmarsch in Äthiopien und Hitlers Besetzung von Teilen der Tschechoslowakei. Alle drei Einmärsche waren begleitet von hochtrabender Rhetorik über die heilige Pflicht, eine leidende Bevölkerung zu schützen sowie von faktischen Rechtfertigungen. Dieses Grundmuster ist bis heute erkennbar.

## Diese Norm galt schon immer

Es lohnt sich, an die Geschichte zu erinnern, wenn wir hören, dass die so genannte 'Verantwortung zum Schutz' (R2P) beziehungsweise ihre Cousine, die "humanitäre Intervention", die "neue Norm" (emerging norm) in internationalen Angelegenheiten werden sollen. Diese Norm galt schon immer - wir können zurückgehen, so weit wir wollen. Nehmen wir zum Beispiel die **Gründungszeit** der Vereinigten Staaten von Amerika. Im Jahre 1629 wurde der Küstenkolonie von Massachusetts vom (englischen) König eine Charta gewährt, in der es hieß, die Erlösung der Eingeborenen von ihrem bitteren Los, Heiden zu sein, sei "*das prinzipielle Ziel dieser Ansiedelung*". Das Große Siegel (Great Seal) der Kolonialisten zeigt einen Indianer, der sagt: "*Kommt herüber und helft uns*". Und so wurden die englischen Kolonialisten ihrer Verantwortung zu schützen gerecht, indem sie fortfuhren, die Eingeborenen "*auszulöschen*" und "*auszurotten*", um es in ihren eigenen Worten zu sagen. Natürlich taten sie es auch zum eigenen Wohl, wie ihre ehrbaren Nachfahren später erläuterten.1630 hielt John Winthrop seine berühmte Predigt, in der er die neue Nation als "*gottgewollt*" und "*Stadt auf einem Hügel*" bezeichnete. Bis heute wird regelmäßig auf Winthrops inspirierende Rhetorik zurückgegiffen, wenn es gilt, Verbrechen zu rechtfertigen. Schlimmstenfalls handle es sich um ‚Abweichungen' von der noblen Mission der 'Verantwortung zu schützen'.
Es wäre ein Leichtes, ähnliche Beispiele aus der Zeit anderer Großmächte auf dem Höhepunkt ihrer Macht zu zitieren. Verständlich, dass die Mächtigen es vorziehen, uns zu erklären: Vergesst die Geschichte, blickt nach vorne! Für die Schwachen allerdings wäre diese Option unratsam.

## Das Gespenst im Kleiderschrank

Vor 60 Jahren erschien es, als der Internationale Gerichtshof (IGH) seinen ersten Fall verhandelte. Dabei ging es um den Korfu-Kanal. Das Gericht entschied, dass es "*das angebliche Recht auf Intervention als die Manifestation einer Politik der Gewalt sehen*" müsse, "di*e in der Vergangenheit zu den ernsthaftesten Verstößen geführt hat und die - wie unzulänglich die internationale Organisierung auch sein mag -, keinen Platz im internationalen Recht finden darf...; es ergibt sich aus der Natur der Sache, dass (Interventionen) den mächtigsten Staaten vorbehalten bleiben würden und die Ausübung von Gerechtigkeit als solcher leicht pervertiert werden könnte*".
Die gleiche Perspektive spiegelte sich auf dem ersten Treffen des 'Gipfels des Südens', der im April 2000 stattfand. 133 Staaten nahmen daran teil. Sicherlich hatten sie die Bombardierung Serbiens noch im Hinterkopf, denn der Gipfel lehnte das "**so genannte 'Recht' auf humanitäre Intervention**" ab, das „*keine rechtliche Basis in der 'Charta der Vereinten Nationen' oder in den allgemeineren Prinzipien des internationalen Rechts*" habe. Die Rhetorik bestätigte die wichtige 'Deklaration über Freundschaftliche Beziehungen' (UNGA Resolution 2625) der Vereinten Nationen von 1970. Diese Rhetorik wurde unter anderem auch auf dem Ministertreffen der 'Bewegung der Blockfreien' 2006 in Malaysia wiederholt. Auch hier stand die Wortwahl für die traditionellen Opfer - in Asien, Afrika, Lateinamerika und der arabischen Welt.
Zur selben Schlussfolgerung gelangte im Jahr 2004 auch ein hochrangiges UNO-Gremium - das 'Panel on Threats, Challenges and Change' (Gremium über Bedrohungen, Herausforderungen und Wandel). Es schloss sich der damaligen Auffassung des Internationalen Gerichtshofes und der 'Bewegung der Blockfreien' an und kam zu dem Schluss: "*Artikel 51 (Recht auf Selbstverteidigung) muss weder erweitert noch eingeschränkt werden, was den Umfang (des Artikels), auf den man sich seit langem verständigt hat anbelangt*". Das Gremium fügte hinzu: "*Jenen, die ungeduldig auf diese Reaktion reagieren, muss zur Antwort gegeben werden, dass in einer Welt voller potenziell wahrgenommener Bedrohungen, die Gefahr für die globale Ordnung und die Norm der Nichteinmischung, auf der diese (Ordnung) nach wie vor beruht, einfach zu groß ist, um unilaterale, präventive Akte als legal zu akzeptieren - im Unterschied zu kollektiv anerkannten Aktionen*".

Diese Grundhaltung wurde auf dem **UNO-Weltgipfel 2005** übernommen. Der Gipfel betonte bereits zuvor akzeptierte Standpunkte. Er betonte jedoch auch die Bereitschaft "*zu kollektivem Handeln... durch den Sicherheitsrat und in Übereinstimmung mit der Charta... falls friedliche Mittel sich als inadäquat erweisen und nationale Autoritäten manifest daran scheitern sollten, ihre Bevölkerungen*" gegen schwere Verbrechen "*zu schützen*". Es war eine Aussage, die vor allem die Wortwahl von **Artikel 42** präzisieren sollte, der den UNO-Sicherheitsrat zur Anwendung von Gewalt autorisiert. Das Gespenst bleibt im Kleiderschrank - **falls**, und dies ist ein sehr betontes Falls, es sich um einen Sicherheitsrat handelt, der ein neutraler Schiedsrichter ist und für den die Maximen von Thukydides und Adam Smith nicht gelten. Ich werde darauf zurückkommen.

## Heiß umstritten zwischen Nord und Süd

Es hat Bemühungen gegeben, eine scharfe Trennlinie zwischen R2P und der verwandten "humanitären Intervention" zu ziehen. Dafür mag Einiges sprechen, aber die Belege sind viel zu mangelhaft. Aus gutem Grund ist "das Recht auf humanitäre Intervention" heiß umstritten - vor allem zwischen Nord und Süd - während die 'Verantwortung zum Schutz', R2P, auf dem Weltgipfel 2005 durch einen Konsens akzeptiert, oder besser gesagt bestätigt, wurde. Der Grund dafür war, dass der Gipfel der Wortwahl der 'Verantwortung zum Schutz' (R2P) nichts substantiell Neues hinzugefügt hatte.
Die Rechte, wie sie in den entscheidenden Paragraphen 138 und 139 der Gipfel-Erklärung formuliert wurden, waren nicht ernsthaft umstritten. Im Grunde waren sie (zum Beispiel hinsichtlich des Apartheidstaates Südafrika) bereits bestätigt und umgesetzt worden. Hinzu kam, dass der UN-Sicherheitsrat bereits in Kapitel VII festgelegt hatte, dass er Gewalt anwenden kann, um massive Menschenrechtsverstöße, Bürgerkriege oder Verstöße gegen die Bürgerrechte zu stoppen (siehe die Resolutionen 925, 929 und 940 vom Juni/Juli 1994). Außerdem schreibt J. L. Holzgrefe: Die "*meisten Staaten haben Konventionen unterzeichnet, die sie rechtlich dazu verpflichten, die Menschenrechte ihrer Bürger zu respektieren*". Die wenigen Erfolge von R2P, die allgemein so sehr gepriesen werden (siehe z.B. der Fall 'Kenia') waren für die Resolution des UN-Weltgipfels 2005 nicht von Bedeutung, obgleich R2P-Terminologie einfloss.

Im Grunde ist die 'Verantwortung zum Schutz' (R2P) - wie auf dem 'Gipfel des Südens' 2000 formu liert - eine Unterkategorie des "Rechts auf humanitäre Interventionen". Allerdings wurde der umstrittene Teil, in dem es um das Recht auf Gewaltanwendung ohne Genehmigung des UN-Sicherheitsrates geht, weggelassen. Damit will ich nicht sagen, dass es nicht wichtig war, einen expliziten Fokus auf bestimmte Rechte zu legen, die bereits allgemein akzeptiert sind. Doch die Umsetzung wird zeigen, welche Bedeutung diese Verschiebung bei der Wortwahl hat. In dieser Hinsicht gibt es (bislang) wenig zu feiern.
Doch es gibt Abweichungen von jenen Einschränkungen, die im Falle der Entscheidung über den Korfu-Kanal (durch den Internationalen Gerichtshof) getroffen worden waren bzw. durch Nachfolgeentscheidungen. So bestätigt die Gründungscharta der 'Afrikanischen Union' das "Recht der Union in Mitgliedsstaaten zu intervenieren... falls die Umstände gravierend sind". Das ist ein großer Unterschied zu der Charta der OAS (Organisation Amerikanischer Staaten). Diese verbietet Einmischungen "aus welchen Gründen auch immer in interne und externe Angelegenheiten jedes anderen Staates". Der Grund für den Unterschied ist klar. Die Verfassung der OAS wollte verhindern, dass der "Koloss im Norden" (USA) interveniert. Natürlich erlitt sie damit Schiffbruch. Die 'Afrikanische Union' hingegen sah sich - nach dem Zusammenbruch des Apartheidstaates Südafrika - mit keinem vergleichbaren Problem konfrontiert.
Würde man die Doktrin der 'Afrikanischen Union' auf die OAS oder die Nato übertragen, würde dies bedeuten, dass diese Bündnisse in ihren eigenen Mitgliedstaaten intervenieren könnten. Diese Idee führt zu interessanten und aufschlussreichen Folgerungen über Nato und OAS, die nicht weiter ausgeführt zu werden brauchen. Sie wären nicht umsetzbar. Man denke nur an die jüngste Vergangenheit und an die Maxime des Thukydides.
Mir ist zu R2P nur ein einziger Vorschlag auf hochrangiger Ebene bekannt, der über den Konsens hinausgeht, der auf dem UNO-Weltgipfel 2005 gefunden wurde (*http://www.un.org/summit2005/*) (oder über die Erweiterung in der Gründungscharta der 'Afrikanischen Union'). Dieser Vorschlag ist im 'Report of the International Commission on Intervention and State Souvereignity on Responsibility to Protect' enthalten. In diesem Bericht von 2001 befasst sich eine Kommission mit einer Situation, in der "*der Sicherheitsrat einen Vorschlag zurückweist oder nicht fähig ist, sich in angemessener Zeit damit zu befassen*". In diesem Fall, so der Vorschlag des Berichtes, sollten "*Aktionen innerhalb des Bereichs der Jurisdiktion regionaler oder subregionaler Organisationen, gemäß Kapitel VIII der (UNO-)Charta*," erlaubt sein, "*vorausgesetzt, man ersuche die Genehmigung des Sicherheitsrates nachträglich*".

## Mächtige entscheiden unilateral

An diesem Punkt rappelt das Gespenst im Kleiderschrank gewaltig laut. Ein Grund dafür ist, dass Mächtige unilateral entscheiden, was in den "*Bereich ihrer Jurisdiktion*" fällt. Die OAS oder die 'Afrikanische Union' wären dazu nicht in der Lage, die Nato schon, und sie verfährt auch so. Die **Nato** hat unilateral beschlossen, dass der Balkan "in den Bereich ihrer Jurisdiktion" fällt. Hingegen fällt die Nato selbst anscheinend nicht in den Bereich ihrer eigenen Jurisdiktion, denn während der gesamten 90ger Jahre fanden im Südosten der Türkei schockierende Verbrechen gegen die Kurden statt. Dies stand nicht auf der Agenda - aufgrund entschlossener diplomatischer und militärischer Unterstützung für sie (die Türkei) durch die Regierung Clinton sowie der Unterstützung durch verschiedene andere Nato-Mächte.

Die Nato beschloss zudem, dass **Afghanistan** - und noch entlegenere Gebiete - in "den Bereich ihrer Jurisdiktion" gehören. Nato-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer informierte auf einem Nato-Treffen im Juni 2007, "*Nato-Truppen*" müssten "*die Pipelines bewachen, die Öl und Gas in Richtung Westen transportieren*". Noch genereller: Sie müssten die Seerouten der Tanker und anderer Dinge, die "*entscheidend für die Infrastruktur*" des Energiesystems seien, beschützen. Diese weit reichenden Rechte, die von der 'Internationalen Kommission' genehmigt wurden, gelten praktisch nur für die Nato. Dies ist ein radikaler Verstoß gegen die Prinzipien, die aus dem Fall 'Korfu-Kanal' und nachfolgenden Entscheidungen abgeleitet und die festgelegt wurden und öffnet Tür und Tor, um die 'Verantwortung zum Schutz' zu einer Waffe für Imperialinterventionen nach Gutdünken zu machen.

Das Prinzip 'Korfu-Kanal' sagt uns Einiges über das Timing der neuen Rhetorik der 'Verantwortung zum Schutz' (R2P) bzw. der mit ihr verwandten "humanitären Intervention" sowie über deren selektive Umsetzungen im neuen Gewand. Die

"normative Revolution" – von westlichen Kommentatoren verkündet -, fand in den 90ger Jahren statt, kurz nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion. In den Jahren davor hatte die Sowjetunion automatisch als Vorwand für Interventionen gedient.
Die Regierung Bush senior reagierte auf den Fall der Berliner Mauer mit einer offiziellen Erläuterung des neuen Washingtoner Kurses. Kurz gesagt sollte ziemlich alles beim Alten bleiben, nur die Rechtfertigungen sollten sich ändern. Wir brauchen weiterhin ein riesiges Militär-System, hieß es, doch der Grund ist ein neuer, nämlich die "Hochtechnologie" von Mächten der 'Dritten Welt'. Wir müssen die "Grundlage" für unsere "Verteidigungsindustrie" beibehalten, hieß es. Dies war ein Euphemismus, in Wirklichkeit war die staatlich unterstützte Hightech-Industrie gemeint. Wir müssten zudem Interventionsstreitkräfte in Hinblick auf die energiereichen Regionen des Nahen/Mittleren Ostens aufrechterhalten. Die Bedrohung unserer Interessen, die militärische Interventionen nötig mache, "*konnte nicht (mehr) dem Kreml angelastet werden*", im Gegensatz zu den Jahrzehnten davor hatte der Kreml als Vorwand ausgedient. Neue angebliche Rechtfertigungen wurden benötigt. Wieder hatte eine „*Revolution der Worte*" ihren Bühnenauftritt.

Die natürliche Interpretation, was im Falle von R2P Zeitgewinn bedeutet, hängt von der Auswahl des Anwendungszieles ab. Natürlich ist der Gedanke abwegig, das 'Prinzip' gelte auch für Sanktionen, wie sie damals durch den UNO-Sicherheitsrat gegen den **Irak** angewendet wurden. Die beiden Direktoren des Programms 'Öl-gegen-Nahrungsmittel' verdammten die Sanktionen als "genozidal". Es waren Denis Halliday und Hans von Sponeck. Beide traten aus Protest von ihrem Posten zurück. Hans von Sponecks detaillierte Studie über die schrecklichen Auswirkungen der Sanktionen werden in den USA und Großbritannien praktisch verbannt. Diese beiden Länder waren die Hauptakteure des Programms.
Ebenso wenig wird heute ein einziger Gedanke an den Schutz der Menschen von **Gaza** verschwendet, obgleich auch dies in den Verantwortungsbereich der Vereinten Nationen fiele. Man enthält ihnen fundamentale Rechte vor - ebenso wie den übrigen gemäß der 'Genfer Konvention' als "*geschützt geltenden Populationen*".

Zum Thema Afrika: Die größte Katastrophe des Kontinents, wenn nicht in der Welt überhaupt, spielt sich heute im Osten des **Kongo** ab. Doch auch zu diesem Thema gibt es keine ernsthaften Überlegungen. Vor wenigen Tagen kam ein Bericht auf BBC, in dem es hieß, dass Multis erneut beschuldigt werden, gegen eine UNO-Resolution, die sich gegen den illegalen Handel mit wertvollen Mineralien richtet, verstoßen zu haben und so den mörderischen Konflikt zu finanzieren.

Auf einem anderen Gebiet - dem **Hunger** - wird nicht einmal ein Gedanke daran verschwendet, die grundlegendsten Vorschriften der R2P umzusetzen, um gegen das massive Verhungern von Menschen in armen Ländern vorzugehen. Laut jüngsten Schätzungen der UNO ist die Zahl der Hungernden auf über 1 Milliarde gestiegen. Gleichzeitig meldet das Welternährungsprogramm der UNO massive Einschnitte bei den Hilfsangeboten, da die reichen Nationen ihre mageren Beiträge reduzieren und lieber in den Freikauf von Banken investieren.
Vor einigen Jahren berichtete UNICEF, dass jeden Tag 16 000 Kinder sterben, weil sie nicht genügend zu essen haben. Noch weit mehr Kinder sterben an Krankheiten, die leicht zu verhindern wären. Heute sind diese Zahlen noch gestiegen. Allein in Südafrika sterben Menschen in solchen Massen wie damals in Ruanda - nur, dass das Sterben nicht 100 Tage währt, sondern Tag für Tag weitergeht. Natürlich gibt R2P viele Warnungen aus, aber Taten folgen nicht. Wo ein Wille wäre, wäre sicher auch ein einfacher Weg.

In diesem wie in zahllosen anderen Fällen hält man sich bei der Auswahl peinlich genau an die Maxime des Thukydides bzw. an die Erwartungen des Internationalen Gerichtshofes von vor 60 Jahren.

Das vielleicht schockierendste Beispiel für die nach wie vor geltenden radikalen Auswahlkriterien war das Bombardement gegen **Serbien** durch die Nato, im Jahr 1999. Dieser Angriff wurde in den westlichen Debatten als Juwel in der Krone der "neuen Norm", der 'humanitären Intervention', dargestellt. Damals befanden sich die USA auf dem "Höhepunkt ihres Glanzes", als Führerin der "aufgeklärten Staaten". Die "*idealistische Neue Welt, die ein Ende der Inhumanität erreichen wollte*", eröffnete eine neue Ära der Geschichte. Diese Neue Welt handle nach "*Prinzipien und Werten*". Damit will ich nur einige der hochtrabenden Begriffe der westlichen Intellektuellen zitieren.
Dieses schmeichlerische Selbstbild hat mit einigen Schwierigkeiten zu kämpfen. Eines der Probleme besteht darin, dass die traditionellen Opfer der Interventionen des Westens massiv dagegen protestieren. Ich habe bereits auf die Haltung der 'Bewegung der Blockfreien' hingewiesen. Vor allem Nelson Mandela war sehr scharf in seiner Verurteilung. Aber das alles war kein Problem: Die Ansichten der Unwürdigen sind leicht zu ignorieren.
Die Bombardierung (Serbiens) stellte außerdem einen offensichtlichen Verstoß gegen die 'Charta der Vereinten Nationen' dar. Doch auch dieses Problem konnte leicht beiseite gelegt werden. Einige versuchten es mit juristischen Manövern. Die Goldstone-Kommission ging direkter, entschlossener vor: Ihrer Meinung nach waren die Bombardierungen zwar "*illegal aber legitim*". Zu dieser Schlussfolgerung konnte man nur gelangen, wenn man die Chronologie der Ereignisse umkehrte - denn zuerst waren die Bomben gefallen, dann kamen die Greuel.
Dies führt uns zu einem dritten Problem. Es gibt viele Fakten, die von unanfechtbaren westlichen Quellen dokumentiert wurden. Alle offenbarten das Gleiche: Das Bombardement der Nato stoppte die Greuel nicht, sondern ging den schlimmsten Greueln zeitlich um Etliches voraus. In der Kommandoführung der Nato und im Weißen Haus hatte man damit gerechnet. Für diese Schlussfolgerung - für die sich in westlichen Archiven so viele Dokumente finden -, spricht auch, dass die Anklageerhebung gegen Milosevic durch den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag auf dem Höhepunkt des Bombardements (gegen Serbien) erfolgte.

Doch die Verbrechen, für die Milosevic angeklagt wurde, ereigneten sich - mit einer einzigen Ausnahme - erst nach dem Bombardement. Wir können davon ausgehen, dass die einzige Anklage, die sich auf die Zeit vor dem Bombardement bezieht - das Massaker von Racak - die Amerikaner und Briten im Prinzip wenig scherte, denn zur gleichen Zeit unterstützten sie in **Osttimor** in aktiver Weise und ohne Bedauern weit schlimmere Verbrechen. Der Hintergrund der Greuel in Osttimor war unvergleichbar grotesker als alles, was auf dem Balkan geschah. Osttimor ist nur eines von vielen Beispielen, das sich zu jener Zeit abgespielt hat.
Doch auch dieses Problem wurde auf einfache Art und Weise gelöst: Die vielen Belege wurden praktisch unterdrückt.
Der Fall Osttimor ist besonders lehrreich. Ich habe im Jahre 1978 persönlich vor dem 'Vierten Komitee' (Fourth Committee) ausgesagt. Zu dieser Zeit hatten die Greuel ein Niveau erreicht, das der "Auslöschung - als Verbrechen gegen die

Menschlichkeit - gegenüber der Bevölkerung von Osttimor" gleichkam. Mit diesen Worten drückte es, Jahre später, die von der UNO gesponserte "Wahrheitskommission" zu Osttimor aus. Großbritannien, Frankreich, die USA, Australien und andere Länder hatten (das indonesische Regime) unterstützt - selbst im Jahr 1999, als die Greuel wieder stark zugenommen hatten. Nachdem der Todeskampf des Staatsterrors im September 1999 - bei dem fast alles, was von Osttimor noch übrig geblieben war, zerstört wurde -, zu Ende ging, sagte der damalige Nationale Sicherheitsberater der US-Regierung, Sandy Berger, die USA würden auch weiterhin Aggressoren unterstützen, denn, so seine Erklärung, "*ich denke nicht, dass irgendjemand je eine Doktrin artikuliert hat, die besagt, dass wir intervenieren müssen, wo immer es ein humanitäres Problem gibt*". R2P war - auf die übliche Weise - vergessen.
Zur Beendigung der Greuel wären im Falle Osttimor keine Bomben, Sanktionen oder andere Maßnahmen nötig gewesen - lediglich der Rückzug aus der eigenen Beteiligung. Kurz nach Sandy Bergers Worten, die die Politik des Westens auf den Punkt gebracht hatten, beendete Präsident Clinton - nach starkem innen- und außenpolitischem Druck - offiziell die US-Beteiligung. Daraufhin zogen sich die Invasoren sofort (aus Osttimor) zurück. Eine Friedenstruppe der UNO konnte einmarschieren, ohne auf eine Armee zu stoßen. So hätte im vergangenen Vierteljahrhundert stets gehandelt werden können. Erstaunlicherweise wurde die Horrorgeschichte von Osttimor schon bald als Rechtfertigung für R2P uminterpretiert. Diese Reaktion ist so beschämend, dass einem die Worte fehlen.

Ich habe bereits darauf hingewiesen, dass der Konsens (zu R2P), der auf dem Weltgipfel 2005 erzielt wurde, nur mit dem Korfu-Prinzip und den Entscheidungen, die darauf folgten, in Einklang gebracht werden kann, **falls** wir es mit einem UN-Sicherheitsrat zu tun haben, der ein neutraler Schiedsrichter ist. **Das ist heute offensichtlich nicht der Fall**. Der Sicherheitsrat untersteht der Kontrolle seiner 5 ständigen Mitglieder. Was ihre operative Autorität anbelangt, so gibt es Unterschiede zwischen den Fünf. Ein Indikator dafür ist die Zahl der eingelegten Vetos. Ein Veto ist die extremste Art, gegen eine Resolution des Sicherheitsrates zu verstoßen. Der relevante Vergleichszeitraum war die Zeit um die Mitte der 60ger Jahre. Damals erholte sich die Welt von den Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs, und die Entkolonialisierung schritt voran. Dies verschaffte der UNO zumindest einen gewissen Stand, um als Vertreterin der Weltmeinung agieren zu können.
Verglichen mit damals sind die USA heute bei weitem führend, was die **Zahl ihrer Vetos** geht. An zweiter Stelle kommt Großbritannien. Die anderen liegen weit abgeschlagen dahinter. In den letzten 25 Jahren legten China und Frankreich 3 Vetos gegen Resolutionen ein, Russland 4. Großbritannien legte 10 Vetos ein und die USA 43 (selbst gegen Resolutionen, in denen Staaten aufgefordert wurden, internationales Recht zu achten). Das Gespenst im Kleiderschrank nickt zustimmend. Die Maxime des Thukydides hat erneut zugeschlagen.

Eine Möglichkeit, diesen **Defekt** des Konsenses des UN-Weltgipfel 2005 zu minimieren, wäre, die **Vetos abzuschaffen**. Die meisten Amerikaner sind im Grunde für diese Lösung. Sie glauben, die USA sollten sich dem Willen der Mehrheit anschließen. Bei internationalen Krisen sollte die UNO - und nicht Amerika - die Führungsrolle übernehmen, lautet ihre Meinung. Aber hier kollidieren wir mit der Maxime des Adam Smith, die sicherstellt, dass eine solche Häresie nicht vorstellbar ist, ebenso wenig wie es vorstellbar ist, R2P umgehend auf jene anzuwenden, die verzweifelt Schutz brauchen, aber nicht auf der Favoritenliste der Mächtigen stehen.

Eine weitere Überlegung zum Thema öffentliche Meinung in den USA ist folgende: Die Leitlinien, die das Verhalten bei internationalen Angelegenheiten größtenteils bestimmen, sind keineswegs in Stein gemeißelt. Sie sind über die Jahre weicher geworden - als Ergebnis der zivilisierenden Wirkung unserer populären Bewegungen. Hinsichtlich dieses kontinuierlichen, essentiell wichtigen Projekts **kann** R2P sich als wichtiges Instrument erweisen - fast wie damals die 'Universelle Erklärung der Menschenrechte'. Auch wenn sich die Staaten nicht an die Deklaration halten - und manche Länder offiziell einiges davon zurückweisen (es ist wichtig zu sagen, dass auch der mächtigste Staat der Welt eines dieser Länder ist), so ist diese Erklärung doch **ein Ideal**, an das sich Aktivisten bei ihrer Bildungs- und Organisierungsarbeit halten können. Oft sind sie damit effektiv. Meine Vermutung ist allerdings, dass die meisten Beiträge zu dieser Diskussion (R2P) sich ziemlich ähneln dürften. Mit ausreichend Engagement (das bei den Herrschenden leider noch nicht erkennbar ist), könnte diese Debatte bedeutsam werden.

*Weitere Beiträge der Diskutanten:*
*http://zmag.de/nachrichten/the-responsibility-to-protect-noam-chomsky-and-friends*
------------------------------------------

**Anmerkung d. Übersetzerin**
*Literaturhinweise zu R2P unter
http://de.wikipedia.org/wiki/Responsibility_to_Protect
*Am 23. Juli fand vor der UNO-Vollversammlung eine Podiumsdiskussion zum Thema 'The United Nations Assembly Thematic Dialogue on the Responsibility to Protect' statt. Unter der Leitung von Miguel D'Escoto Brockmann bezogen Jean Bricmont (Belgien), Gareth Evans (Australien), Noam Chomsky (USA) und Ngui wa Thiong'o (Kenia) Stellung zu dem umstrittenen Thema 'Responsibility to Protect' ('Verantwortung zum Schutz) oder R2P. Dabei handelt es sich um ein relativ neues, umstrittenes Konzept der internationalen Politik. Unter 'Responsibility to Protect' wird die ethische und moralische Verantwortlichkeit für das Wohlergehen der BürgerInnen eines Landes verstanden. Diese Verantwortlichkeit soll auf die internationale Staatengemeinschaft, vornehmlich die UNO, übertragen werden, falls die politische Führung eines Staates innerhalb ihres Territoriums die Kriterien des "Good Governance" (was immer das im Einzelnen heißen mag) nicht mehr erfüllen kann oder will. Universale Moralvorstellungen zum Schutze der Bevölkerung anderer Länder werden angestrebt. R2P zielt damit nicht nur auf die Verantwortung des einzelnen Nationalstaates gegenüber seiner Bevölkerung ab, sondern auch auf die der internationalen Gemeinschaft gegenüber Bedrohungen von anderen Völkern. Die Abgrenzung zur gewaltsamen "humanitären Intervention" ist umstritten und in der Praxis schwierig, wie viele Beispiele in der jüngsten Vergangenheit zeigen.*

** Im Original des Artikels, der auf der ZNet-Seite erschienen ist, finden Sie viele (englischsprachige) Links innerhalb des Textes.
http://www.zcommunications.org/znet/viewArticle/22227

Noam Chomsky ist Professor für Linguistik am Massachusetts Institute of Technologie (MIT) und hat in den 60er Jahren die Vorstellungen über Sprache und Denken revolutioniert. Zugleich ist er einer der prominentesten und schärfsten Kritiker der gegenwärtigen Weltordnung und des US-Imperialismus.

*Originalartikel: UN Address: Dialogue on the Responsibility to Protect*
*Übersetzt von: Andrea Noll*
*http://zmag.de/artikel/erklaerung-von-prof.-noam-chomsky-vor-der-vollversammlung-der-vereinten-nationen-am-23.-juli-2009*

## Wissenschaftlicher Beirat von Attac Deutschland

# Kernpunkte für ein künftiges Europagesetz

***Erklärung zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts über das Begleitgesetz zum Lissabon-Vertrag***

Es ist zu begrüßen, dass das Bundesverfassungsgericht ein grundlegend neues Begleitgesetz zum EU-Vertrag von Lissabon fordert. Im Urteil vom 30. 06. 2009 finden sich viele Anknüpfungspunkte für eine Verbesserung der demokratischen Partizipation nationaler und regionaler Parlamente an den Entscheidungen auf EU-Ebene.
Es wäre noch mehr zu begrüßen, wenn das Urteil zum Anlass genommen würde, eine breite, öffentlich geführte Debatte über die Inhalte eines Begleitgesetzes zum Lissabon-Vertrag einzuleiten, um die Bürgerinnen und Bürger daran so intensiv wie möglich zu beteiligen.

Doch laufen die Verhandlungen zum Begleitgesetz zum Vertrag von Lissabon derzeit hinter verschlossenen Türen. Es scheint, als solle das Gesetz geradezu durchgepeitscht werden, um durch einen frühzeitigen Abschluss in Bundestag und Bundesrat das Referendum in Irland am 2. Oktober 2009 über den Vertrag von Lissabon, im Sinne der Vertragsbefürworter, beeinflussen zu können. Wir halten ein solches Verhalten für undemokratisch und intransparent und fordern eine öffentliche Diskussion, die sich nicht auf das Abnicken von Gesetzesvorlagen der Bundesregierung durch die Mitglieder des Bundestages beschränkt.

Vor diesem Hintergrund möchten wir in der Öffentlichkeit folgende Forderungen für ein künftiges Europagesetz in die Diskussion einbringen; dies sind Kernpunkte, die nicht nur in Deutschland, sondern europaweit Gültigkeit beanspruchen:

1. Es muss gewährleistet werden, dass bei EU-Vertragsänderungen dazu in Deutschland, wie in anderen EU-Mitgliedsländern auch, Volksabstimmungen stattfinden können.
2. Es bedarf einer umfassenden Stärkung der Rechte der Parlamente, in Deutschland des Bundestages. Der Bundestag muss in allen Belangen die Position der Bundesregierung im Rat frühzeitig festlegen können. In anderen Ländern sind ähnlich Regelungen vorzusehen. Dies muss selbstverständlich auch für alle so genannten Missionen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik sprich EU-Polizei- und Militäreinsätze gelten.
3. Es bedarf dazu auch einer umfassenden Stärkung der Informationsrechte der Parlamente und daher auch des Bundestags, insbesondere indem Zugang zu den Diskussionen in den Ratsarbeitsgruppen und im Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee gewährleistet wird. Es ist nicht hinnehmbar, dass hinter verschlossenen Türen auf Beamtenebene Tatsachen geschaffen werden, ohne dass die Öffentlichkeit überhaupt davon erfährt.
4. Es bedarf eines völkerrechtlichen Vorbehalts durch die Bundesregierung, in dem klar gestellt wird, dass auch künftig der Parlamentsvorbehalt für Auslandseinsätze der Bundeswehr und das Verbot des Angriffskrieges (Art. 26 GG) gelten.
5. Es bedarf eines völkerrechtlichen Vorbehalts durch die Bundesregierung, in dem klar gestellt wird, dass das Sozialstaatsprinzip gilt und damit der Vorrang sozialer Grundrechte im Rahmen des Europäischen Sozialmodells vor den Kapital-, Waren-; und Dienstleistungsfreiheiten gewährleistet werden kann.

Wir wissen, dass ein NEIN zum Lissabon-Vertrag auch aus nationalistischen, europafeindlichen Motiven erfolgen kann. Wir wissen auch, dass ein JA zum Lissabon-Vertrag sehr verschieden, ja gegensätzlich motiviert sein kann.
Die progressive NEIN-Kampagne in Irland verdient unsere Unterstützung, weil sie von der Absicht getragen ist, eine EU deregulierter Märkte, des Sozialabbaus und der militärischen Interventionen zu verhindern und eine demokratische, soziale, friedliche und ökologisch nachhaltige EU zu errichten.
Berlin / Frankfurt/Main, den 17.08.2009

## UNTERSTÜTZT DIE IRISCHE KAMPAGNE „NEIN ZU LISSABON“

In einem Referendum, das am 12. Juni 2008 statt fand, ließen die Wähler der irischen Republik die Lissabonner Verträge, eine Kopie des Verfassungsvertrags der Europäischen Union durchfallen. Die Nein-Stimmen gewannen entscheidend mit 862 415 Stimmen (53,4%) für Nein gegen 752 451 (46,6%) für Ja unter 1 621 037 Wählern (eine Beteiligung von 53,1%). Dabei ließen sich die Iren von der französischen und niederländischen Abstimmung gegen den europäischen Verfassungsvertrag inspirieren, der anschließend als „Reform“ oder „Lissabonner Vertrag“ umgepackt wurde.
Das Projekt war wieder hoch gebracht worden, und verfolgt uns nun, als wenn keine Abstimmungen stattgefunden hätten – weder französisch noch niederländisch noch irisch. Die europäische Union, unfähig ihre eigenen Regeln zu respektieren, wird ein „Nein“ nicht hinnehmen. Im Dezember 2008 beauftragte die EU die Dubliner Regierung, die irische Abstimmung zu eben dem gleichen Text in einem weiteren Referendum zu wiederholen – wahrscheinlich im Oktober 2009. Die europäische Kommission und die Regierungen der EU sind entschlossen, ihre neoliberale Agenda, wie sie in dem Lissabonner Vertrag ausgedrückt wird, zu verwirklichen.

Die irische Abstimmung mit Nein im Juni 2008 war im Wesentlichen eine europäische Auseinandersetzung auf irischem Boden. Die irische Verfassung legt deutlich fest, dass die Ratifizierung eines europäischen Vertrags durch ein Volksreferendum zu erfolgen hat, nicht durch eine parlamentarische Ratifizierung, die Methode die alle anderen EU-Mitgliedsstaaten gewählt hatten, um die Annahme des Lissabonner Vertrags zu erzwingen. Die anderen europäischen Regierungen hatten begriffen, dass, hätte die Bevölkerung die Gelegenheit abzustimmen, sie auch die Verträge abgelehnt hätten.
Wir, die unterzeichnenden Personen und Organisationen, möchten die Solidarität mit unseren irischen Kollegen und Genossen zum Ausdruck bringen, die Teil einer breiten Koalition sind „Kampagne gegen die Verfassung der europäischen Union / stimmt mit Nein zu dem Lissabonner Vertrag“ (CAEUC/VNLT), der 14 Organisationen verbunden sind. Wir teilen die gleiche Vision eines Europa, in dem die Wirtschaft den Bedürfnissen der normalen Bürger dient – nicht den Wirtschaftsmächte oder militärischen Ambitionen. Wir streben ein friedliches, soziales, demokratisches und ökologisches Europa an.

Das irische Volk ist der letzte Wall gegen die Ambitionen der europäischen Eliten, ihre antisoziale, antidemokratische und antiökologische Agenda durchzudrücken. Wir verpflichten uns, eng mit unseren irischen Freunden von CAEUC/VNLT in und außerhalb von Irland zusammenzuarbeiten und sind zuversichtlich, dass sie mit unserer Hilfe und Unterstützung den Lissabonner Vertrag in unser aller Namen zu Fall bringen werden.

**Praktische Solidarität:**

Informiert Euch über die irische Kampagne auf www.caeuc.org
Die CAEUC/VNLT bittet die verbundenen Organisationen und Unterstützergruppen in jedem europäischen Land, im Namen der irischen Solidaritätskampagne ein Bankkonto zu eröffnen, über das Unterstützer dieses Landes, ihren Beitrag leisten können. Die CAEUC wird mit Verantwortlichen in jedem europäischen Land Kontakt aufnehmen.
*Übersetzung: Bernt Lampe*

*S. auch* ***http://www.no-means-no.eu/***
*SiG-Bibliothek Nr 4 „Die europäischen Attac sagen „Nein“ zum EU-Reformvertrag, http://www.attac.de/aktuell/attac-medien/sig/sand-im-getriebe-bibliothek/*

# Mexikanische Gedanken zur Schweinegrippe

## Pandemie der Profitg(e)ier

Auf der Erde sterben jedes Jahr 2 Mio. Menschen an der **Malaria**, die ganz einfach durch ein Moskitonetz geschützt werden könnten. Und den Nachrichten ist es keine Zeile wert.

Auf der Erde sterben jedes Jahr 2 Mio. Mädchen und Jungen an **Durchfallerkrankungen**, die mit einer isotonischen Salzlösung im Wert von ca. 25 Cent behandelt werden könnten. Und den Nachrichten ist es keine Zeile wert.

Die **Masern**, **Lungenentzündungen** und andere, mit relativ preiswerten Impfstoffen heilbare Krankheiten rufen jedes Jahr bei fast 10 Mio. Menschen den Tod hervor. Und den Nachrichten ist es keine Zeile wert.

Aber als vor einigen Jahren die famose "Vogelgrippe" ausbrach . Überfluteten uns die globalen Informationssysteme mit Nachrichten . Mengen an Tinte wurden verbraucht und beängstigende Alarmsignale ausgegeben.

. Eine Epidemie, die gefährlichste von allen! Eine Pandemie!

Die Rede von der schrecklichen Krankheit der Hühner ging um den Globus.

Und trotz alledem, die Vogelgrippe hatte weltweit "nur" 250 Menschen zu beklagen. 250 Menschen in zehn Jahren, das ist ein Mittel von 25 Menschen pro Jahr. Die normale Grippe tötet jährlich weltweit ca. 500.000 Menschen. Eine halbe Million gegen 25 .

Einen Moment mal. Warum wird ein solcher Rummel um die Vogelgrippe veranstaltet?

Etwa weil es hinter diesen Hühnern einen "Hahn" gibt, einen Hahn mit gefährlichen Spornen.

Der transnationale Pharmariese **Roche** hat von seinem famosen Tamiflu zig Millionen Dosen alleine in den asiatischen Ländern verkauft. Obgleich Tamiflu von zweifelhafter Wirksamkeit ist, hat die britische Regierung 14 Mio. Dosen zur Vorsorge für die Bevölkerung gekauft. Die Vogelgrippe hat Roche und Relenza, den beiden Herstellern der antiviralen Produkte milliardenschwere Gewinne eingespült.

**Zuerst mit den Hühnern, jetzt mit den Schweinen.**

Ja, jetzt beginnt die Hysterie um die Schweinegrippe. Und alle Nachrichtensender der Erde reden nur noch davon .

Jetzt redet niemand mehr von der ökonomischen Krise, den sich wie Geschwüre ausbreitenden Kriegen oder den Gefolterten von Guantanamo .

Nur die Schweingrippe, die Grippe der Schweine?

Und ich frage mich, wenn es hinter den Hühnern einen großen Hahn gab, gibt es hinter den Schweinen ein "großes Schwein"?

Was sagt ein Verantwortlicher der Roche dazu . *"Wir sind sehr besorgt um diese Epidemie, soviel Leid, darum, werden wir das wundervolle Tamiflu zum Verkauf anbieten."*

Und zu welchem Preis verkaufen sie das wunderbare Tamiflu? - OK, wir haben es gesehen. 50 US$ das Päckchen.

- 50 US$ für dieses Schächtelchen Tabletten? - Verstehen Sie doch meine Dame, die Wunder werden teuer bezahlt.

Das was ich verstehe ist, dass diese multinationalen Konzerne einen guten Gewinn mit dem Leid der Menschen machen.

Die nordamerikanische Firma **Gilead** Sciences hält das Patent für Tamiflu.

Der größte Aktionär dieser Firma ist niemand weniger als die verhängnisvolle Person, Donald Rumsfeld, der frühere Verteidigungsminister der US-Administration George W. Bushs, der Urheber des Irak-Krieges. Die Aktionäre von Roche und Relenza reiben sich die Hände, sie sind glücklich über die neuen Millionen-Gewinne mit dem zweifelhaften Tamiflu.

Die wirkliche Pandemie ist die Gier, die enormen Gewinne dieser "Gesundheitssöldner".

**Wir sind nicht gegen die zu treffenden Vorbeugemaßnahmen der einzelnen Staaten. Aber wenn die Schweingrippe eine so schreckliche Pandemie ist, wie sie von den Medien angekündigt wurde, wenn die Weltgesundheitsorganisation so besorgt ist, um diese Krankheit, warum wird sie dann nicht zum Weltgesundheitsproblem erklärt und die Herstellung von Generika erlaubt, um sie zu bekämpfen? Das Aufheben der Patente von Roche und Relenza und die kostenlose Verteilung von Generika in allen Ländern, die sie benötigen, besonders in den ärmeren, wäre die beste Lösung.**

*Aus der mexikanischen Tageszeitung "La Jornada"*

---

# Finanzmarkt-, Wirtschafts- und Sozialpolitik in Lateinamerika

## Wochenendseminar am 19. und 20. September 2009 in Schwerte (bei Dortmund)




In den meisten Regionen Lateinamerikas hat man dem neoliberalen Dogma abgeschworen und neue, fortschrittliche Alternativen entwickelt.

Zu diesen Alternativen gehören neben demokratischen und ökologischen Ansätzen auch zahlreiche Elemente einer fortschrittlichen Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik, die in Zeiten der aktuellen Krise erste Früchte tragen. Kapitalverkehrskontrollen, effektive Bankenaufsicht, eine angemessene Besteuerung hoher Kapitalerträge, sowie steigende Sozialausgaben führen dazu, dass diese Länder besser gegen die Krise gewappnet sind und nicht zu den ausschließlichen Hauptopfern der Zusammenbrüche auf den globalen Finanzmärkten geworden sind.

Die Wirtschaftskrise geht allerdings auch am globalen Süden nicht vorbei: stark schwankende Lebensmittelpreise und eine rückläufige Nachfrage nach Rohstoffen treffen diese Regionen mit besonderer Härte.

In Schwerte wollen wir uns mit den Folgen der globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise, den entstandenen und neu entstehenden finanzpolitischen Alternativen und der neuen Wirtschafts- und Sozialpolitik Lateinamerikas beschäftigen. Im Mittelpunkt wird dabei die Frage stehen, was wir davon lernen können.

Mehr: http://www.attac-netzwerk.de/ag-lateinamerika/wochenendseminar-2009/

# Wende in Japan

*Ein Brief von **Yoko Akimoto**, Attac-Japan, zum Erdrutsch in der japanischen Politik*




Liebe Alle,
ich denke, die Leute dieser Mailing-Liste sind an den Ergebnissen der gestrigen Wahlen interessiert. Hier ist meine Einschätzung, die ich Euch als Mitglied der sozialen Bewegung Japans gebe.
Die „Demokratische Partei Japans“ (DPJ) hat am Sonntag die allgemeinen Wahlen haushoch gewonnen. Sie hat damit die „Liberaldemokratische Partei“ (LDP) von der Macht verdrängt, die das Land seit 1955 kontrollierte und ein enger Verbündeter der USA ist. Das drückt wirklich den Willen der Bevölkerung aus, die einen drastischen Wandel oder einen Machtwechsel verlangt.
Besonders die Kluft zwischen Arm und Reich hat sich im vergangenen Jahrzehnt vertieft. Die wachsende Arbeitslosenrate lastet auf der Gesellschaft. Wir in Japan sind jetzt an den Begriff „Working Poor“ gewöhnt, ein typischer japanisch-englischer Begriff, der die Personen bezeichnet, die immer noch arm sind, wie viel sie auch arbeiten, verursacht vor allem durch niedrige Löhne, unregelmäßige Jobs wie Entsende- oder Teilzeitarbeit, oder aufgrund von Kürzungen der Sozialtransfers – alles ein Ergebnis der neoliberalen Politik einschließlich der Deregulierung des Arbeitsmarktes. Die Leute in diesem Land haben wirklich die Nase voll von der LDP-Regierung.

Yukio Hatoyama, der Führer der DJP, der bald zum Premierminister ernannt wird, kritisierte während seines Wahlkampfes die markt-orientierte Ökonomie bzw. die harte Konkurrenzgesellschaft; er sprach von der Wichtigkeit der Unabhängigkeit von den USA ebenso wie von freundschaftlichen Beziehungen zu den Nachbarstaaten. Er zeigt sich gewillt, die bürokratisch geführte Politik der LDP zu überwinden und sich für die Arbeitslosen, Älteren, Behinderten oder Pflegeeltern einzusetzen. Außerdem weigert er sich, den Freihandel zu vertiefen, und er plant, Japans militärische Unterstützung der US-geführten Koalition im Indischen Ozean zu beenden.

Diese Politik ist gut für uns! Wir könnten ihn, jedenfalls für den Augenblick, unterstützen und von ihm verlangen, dass er die durch die LDP erzwungen neoliberalen Regeln korrigiert oder modifiziert und stattdessen unsere Vorschläge annimmt und ausführt.
In der Tat gibt es in der DPJ einige politische Verschiebungen von neoliberalen hin zu linken Positionen. Allerdings ist der neue Vorsitzende Hatoyama, ein ehemaliger Forscher im Ingenieurbereich, ein eher schwacher Politiker, der mit Beziehungsgeflechten arbeitet. Auf jeden Fall könnten wir diese Gelegenheit nutzen.

Jetzt verhandelt die Sozialdemokratische Partei mit der DJP über eine Koalition im Parlament. Ich hoffe, dass einige unserer ausländischen Freunde sich noch an den Vorsitzenden der SDP und einige Abgeordnete der DPJ erinnern, als sie in Saporro anlässlich des „People’s Summit against G8“ in Japan aufgetreten sind.

Ich denke, dass die meisten japanischen sozialen Bewegungen einige Erwartungen haben in diese erste und historische Chance. Wir sind bereit, unsere Ideen vorzutragen, denn eine andere Welt ist möglich!

Alles Gute,
Yoko Akimoto Sekretariat, attac-Japan

---




http://www.sozialforum2009.de/

Themenachsen:
http://sfid2009.info/fix/sfdb/ubersicht.html

**Aktionsmaterial: Kartenset „Karten auf den Tisch“**
Kleines Kartenset (8teilig) mit den Attac-Kritik und Attac-Forderungen zur Wahlkampf-Aktion „Karten auf den Tisch“, die bei der Sommerakademie entstanden ist. Die Aktionsbeschreibung und das nötige Material, um die WahlkampfkandidatInnen vor Ort öffentlichkeitswirksam aufzufordern, ihre Absichten und Pläne zum Umgang mit den Krisenkosten offenzulegen, finden sich unter:
www.attac.de/karten-auf-den-tisch.

**Demonstration in Berlin am 12. September**
http://wiki.vorratsdatenspeicherung.de/Gro%C3%9Fdemo_Freiheit_statt_Angst_2009

